

im Jahre 1987 landesweit eine Abnahme des Anteiles der Punkte mit Grenzwertüberschreitungen festgestellt werden. Die höchstbelasteten Gebiete liegen weiterhin im Raum Leoben und in der Veitsch. Die weiteren Belastungsgebiete sind Voitsberg, Deutschlandsberg und das Gebiet Gratkorn und Graz sowie auch das Aichfeld. Eine Verbesserung der Immissions-situation war besonders in den alten Schwefelbelastungsgebieten, und hier vor allem in Voitsberg, aber auch in Deutschlandsberg und im Aichfeld, zu verzeichnen. Es wird ein Überblick in dieser Vorlage über die verschiedenen Immissionsgebiete im Raum Donawitz-Leoben, im Raum Voitsberg, Aichfeld, Raum Graz-Gratkorn, Palten-Liesingtal und im Mürztal gegeben.

Auf Grund dieser Sondierung ist folgendes Bild zusammenfassend festzuhalten: Allgemein kann für die letzten Jahre gesagt werden, daß in den höher belasteten Gebieten die Schwefelkonzentration zurückgegangen ist. Legt man in der Steiermark eine Gesamtwaldfläche von 986.800 Hektar zugrunde, so waren 1987/88 zirca 56.000 über der Schwefelwertgrenze registriert. Wenn wir aber festhalten, daß das im forstlichen Bereich 5,75 Prozent 1985/86 waren, so sind es mit 95.900 Hektar 9,7 Prozent der steirischen Waldfläche. Anders ausgedrückt wird in der Vorlage festgehalten, daß ein Rückgang der grenzwertüberschrittenen Waldfläche von 1985/86 auf 1987/88 um 40 Prozent erfolgt ist.

Es geht um die Umsetzung des Waldrettungsplanes in bezug auf Wald und Energie. Hier wird der einprozentige Schwefelgehalt beim Heizöl gefordert und umgesetzt. Weiters wird die Fernwärmeförderung mit 50 Millionen Schilling weitergeführt.

In bezug auf Wald und Industrie geht es vor allem um die Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung, und es wird in der Frage der konkreten Bestimmungen in Kürze eine solche erfolgen.

Im weiteren in bezug auf Wald und Verkehr werden vor allem der Nahverkehrsverbund und eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Freilandstrecken forciert.

Bei der Frage „Wald und Forstwirtschaft“ geht es vor allem um die pflegliche Bewirtschaftung unserer Waldflächen, und die Waldinventur zeigt vor allem auch auf, daß speziell beim Schutzwald bereits 25 Prozent der Schutzwaldflächen einen beginnenden und fortgeschrittenen Zerfall aufweisen. Es ist daher die Schutzwaldsanierung ein forstpolitischer Schwerpunkt.

In der Wildbewirtschaftung wird festgehalten, daß im Jahre 1988 in 20 Fällen wegen Verbiß- und in 40 Fällen wegen Schälschäden Maßnahmen bei der Jagdbehörde beantragt und verlangt wurden.

Im Bereich des Tourismus, bezogen auf den Wald, ist im allgemeinen ein umweltbewußteres Verhalten registriert worden, aber es sind weiterhin neue Belastungen durch Mountain-bikes und Paragleiter zu registrieren.

Maßnahmen des Bundes: Vom Bund her wurden durch das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen die Gewerberechtsnovelle 1988, die Luftreinhalte-Verordnung für Kesselanlagen 1989 und die Änderungen des Fernwärmeförderungsgesetzes, des Umweltstrafrechtes und einer Durchführungsverordnung zum Kraft-

fahrgesetz Verbesserungen geschaffen. Die Begutachtungen dafür sind bereits erfolgt, und es wird eine baldige Erlassung der Verordnung erwartet.

Das war in dieser umfassenden Vorlage ein sehr grober Bericht und die Information. Ich bitte namens des Ausschusses um Annahme dieser Vorlage. (14.06 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch (14.06 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter hat im Bericht der Steiermärkischen Landesregierung auf den Zustand des Waldes hingewiesen. Die Steiermark kann sich schätzen, denn über 60 Prozent ihrer Fläche sind Wald, und der Wald hat gerade in unserem Bundesland eine starke volkswirtschaftliche Bedeutung. Wir haben es deshalb auch seitens unserer Fraktion sehr ernst wahrgenommen, wie Anfang der achtziger Jahre die Waldschäden stark zugenommen haben. Wie der Berichterstatter ausführte, haben sich in den letzten Jahren die Schäden etwas beruhigt.

Die Verursacher der Schäden sind viele. Es geht bis zu den Pilzkrankheiten, bis zu den klimatischen Einflüssen, den industriellen Einflüssen, den sportlichen und den jagdlichen.

Die Waldzustandsinventur bis Ende 1988, die jetzt herausgekommen ist, sagt, daß diese besonders stark auf den Wasserhaushalt anspricht, und es sind die klimatisch günstigen Jahre mit Vorsicht zu beurteilen.

Es sagt die sinkende Verlichtungsstufe von 1,34 im Jahr 1985 auf 1,28 im Jahr 1988 bei Fichte in der Steiermark nicht alles aus, besonders nicht, daß eine grundlegende Verbesserung stattgefunden hätte.

Berücksichtigt man die klimatischen Faktoren, dann ist hier die Beurteilung auch sehr unterschiedlich. Immerhin sind in der eingeteilten Zone 2 noch 23 Prozent geschädigt und in der nächstbesseren Zone 3 2 Prozent weniger.

Die Tanne zeigt in der Steiermark keine Verbesserung, sie stagniert bei 42 Prozent in der Zone 2 und bei 12 Prozent in der Zone 3.

Zu fürchten sind weitere Ausfälle der ökologisch äußerst wichtigen Baumart. Im Murtal ist eine Verbesserung der Situation festzustellen.

Zu begrüßen ist, daß die terrestrische Waldzustandsinventur (Abg. Mag. Rader: „Was ist das? Ich verstehe das nicht!“) auf das luftbildunterstützte und daher höherwertige Waldschadensbeobachtungssystem umgestellt wird.

Im Wildschadensbeobachtungssystem wird eine fundierte Ursachenermittlung mit Ermittlung der biotischen und abiotischen, Herr Kollege (Abg. Mag. Rader: „Was ist das?“), Schadfaktoren erhoben. Darunter fällt die Gewinnung von Nadelpollen für chemische Analysen und die Anwendung integraler Meßmethoden. Meßkerzenmethoden für die Erfassung von SO₂, Herr Kollege (Abg. Mag. Rader: „Kannst du das übersetzen?“), NO_x, O₃ im Umfeld der Probeflächen.

Periodische bodenkundliche Untersuchungen und forstpathologische Untersuchungen sowie Untersu-

chungen über Zuwächse an Analysebäumen. In der Steiermark sind derzeit 137 Dauerbeobachtungsstellen installiert, und man kann mit diesen 137 Dauerbeobachtungsstellen wirklich eine Schadensübersicht erreichen.

Es ist erfreulich – auch im Bericht schon zum Ausdruck gekommen –, daß gerade in den Jahren 1985, 1986 und 1987 eine leichte Besserung eingetreten ist, aber auch eine besonders starke Schwefelbelastung festzustellen war. Aber nach wie vor sind die Räume Leoben, Donawitz, Voitsberg und das Aichfeld, hier unterteilt in das Gebiet Knittelfeld und Pöls, unterschiedlich belastet. Ökologisch nach wie vor bedenklich ist die große Waldfläche von 110.000 Hektar, also 20 Prozent der Waldfläche, die gefährdet erscheint. Diese mit Immissionen verbundene Vitalitätsschwächung muß in Zusammenhang gebracht werden mit der zum Teil erschreckenden Zunahme vor allem von Pilzschäden, wozu die Witterung auch ihren Teil beiträgt. Ebenso im Zunehmen begriffen sind die Lärche-Minimiermotte und andere Käferschädlinge. Diese zunehmenden Befallstärken müssen unbedingt beobachtet werden, weil sie eine gravierende ökologische Schädigung unserer Waldungen und natürlich einen hohen wirtschaftlichen Verlust darstellen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Feststellung forstlicher Immissionsbelastung mittels stationärer Meßstationen, in denen auch Ozon und NOX gemessen werden, erhalten bleiben beziehungsweise noch weiter ausgebaut werden. Es ist dabei zu hoffen, daß dabei die neue Meßkerzenmethode, mit der eine integrale Schadstoffmessung notwendig ist, die Ausweitung des Netzes vorantreiben hilft. Nur durch dieses neue System war zum Beispiel zu erkennen, daß im Gleinalmgebiet Ozon als Belastungsfaktor anzusehen ist.

Wenn man weiß, daß die Zuwachsverluste bei Beständen in der schwer geschädigten roten Immissionszone bis zu 30 Prozent des normalen Zuwachses und in der mittelschwer geschädigten Zone 10 bis 15 Prozent beträgt, so läßt sich leicht errechnen, daß allein der Holzverlustwert sich in 100-Millionen-Höhe bewegt. Ein Verlust, der nicht nur die Waldbesitzer betrifft, sondern natürlich auch die ganze Volkswirtschaft.

Die Schäden durch Bringung sind in den letzten Jahren stark in den Griff genommen worden, und zwar hat sich die Bauweise im ganzen Forstwegebau verändert. Man arbeitet heute nicht mehr mit dem schweren Caterpillar, sondern vorwiegend mit Baggern, und man hat auch in der Holzernte zu anderen Bringungsmethoden gefunden. Es waren vor allem die Schäden der Bringung in den Großforsten wesentlich größer mit über 9 Prozent gegenüber den Kleinforsten. Der Umdenkprozeß hat inzwischen, glücklicherweise, schon eingesetzt. Im ganzen Land hat sich der natur schonende Forststraßenbau durchgesetzt, und die Seilbringung hat in der Holzernte stark zugenommen. Allein der wirtschaftliche Schaden übersteigt bei weitem die 100-Millionen-Grenze. Es wird also notwendig sein, in Zukunft noch mehr als bisher einen an das Ökosystem Wald angepaßten Einsatz der Technik sicherzustellen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe eingangs die verschiedentlichen Faktoren erwähnt und möchte auch einige Worte zur oft disku-

tierten Wildsituation sagen. Wir haben im Jahr 1949 12.338 Stück Rehwild erlegt, und es waren dies im vergangenen Jahr 60.797 Stück, etwa das Fünffache. Wir haben im Jahr 1949 4223 Stück Rotwild erlegt und im vorigen Jahr das Dreifache, 11.977 Stück. Ich glaube, es ist hier auch zu sagen, daß gerade Anfang der sechziger Jahre in der Wildvermehrung durch nicht sachgerechte Fütterungen große Fehler in die Waldwirtschaft mit eingezogen sind. Man bemüht sich heute auch seitens der Behörde, die Dinge streng zu kontrollieren, all die Wildschäden in den Griff zu bekommen, und allein die Abschuszahlen zeigen es auch, daß, wenn man hier variabel ist, die Möglichkeit der Ingriffnahme der Schäden auch vorhanden ist. Es wurden im vergangenen Jahr in der Steiermark viele Fütterungen behördlich kommissioniert und überprüft und werden in den laufenden Jahren auch von den Beamten der Forstbehörde ständig kontrolliert, so daß zumindest dieser Schadensfaktor im Griff ist. Eine weitere Frage ist der Wintertourismus. Hier hat sich mit der Öffnung des Waldes auf Grund des Forstgesetzes eine neue Situation ergeben, und man muß hier auch mit den entsprechenden Touristenvereinen in ständiger Diskussion stehen und dort sportliche Verhältnisse anbieten, damit hier der Wald nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen wird. Es kommt dazu die neue Sportart des Mountain-Bike-Fahrens, wo auch manche glauben, quer durch die Wälder fahren zu müssen, damit zum Teil die Wildbestände beunruhigen und auch andere Schadwirkungen miterzeugen. Diese Dinge können sicher nur in Aufklärung und Diskussion geklärt werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Große Sorge bereitet uns in der Steiermark vor allem der Schutzwald. 25 Prozent des Schutzwaldes stehen vor dem Zerfall, gerade der Schutzwald ist überaltert, und es ist eine Verjüngung von Natur her sehr schwierig durch die Steilheit des Geländes. Der Schutzwald hat gerade im Hinblick auf Lawinen seine besondere Bedeutung, und es muß hier seitens der Forstbehörde, aber auch seitens der Öffentlichkeit alles getan werden, um dort eine entsprechend sorgfältige Verjüngung durchzuführen.

Es gibt eine weitere Frage, die sofort geklärt werden muß – ich kenne sie aus der täglichen Begegnung. Wir leben heute in einem rechtlichen Zustand, wo praktisch der Waldbesitzer einen Schaden nachweisen muß, dies sehr hohe Kosten verursacht und oft schwierig erscheint. Ich glaube, hier müßte die rechtliche Regelung dorthin gehen, daß der Verursacher beziehungsweise Schädiger es beweist, daß er keinen Schaden angestellt hat, nachdem die Waldzustandsinventur auch gezeigt hat, daß Waldschäden auch durch die industrielle Belastung vorhanden sind. Es wird Aufgabe des Landes sein, den Emissionskataster fertigzustellen, und es wird Aufgabe der Jagdbehörde sein. Das Steirische Jagdgesetz, das als ein modernes anzusehen ist, wird hier sicher behilflich sein, das Verhältnis Wild und Wald so zu gestalten, daß es dort keine Schäden mehr gibt.

Was die sportliche Erwähnung anlangt, habe ich schon gesagt. Wenn große Sportfunktionäre, wie Hammerl, unruhig werden, so ist es eben die Tatsache, die jeder Waldbesitzer erkennt. Ich glaube, auf diesem

Gebiet läßt sich auch mit den Sportlern vernünftig und klar reden, und man kann auf einen Nenner kommen.

Der Bund hat seinerseits durch das Luftreinhaltegesetz und die Änderung der Gewerberechtsnovelle 1988 schon Verbesserungen in den Luftwerten hergestellt. Es wird aber nach wie vor notwendig sein, dieses Gesetz lückenlos durchzusetzen, um von der Gesamtbelastung der Industrie her dem Wald die schonende Wirksamkeit zu übertragen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die oft diskutierte Fernwärmeförderung ist auch ein Schutz des Waldes und muß, glaube ich, verstärkt werden. Und gerade der steirische Kammeramtsdirektor der Kammer für Land- und Forstwirtschaft Dr. Heinz Kopetz – und ich habe es anlässlich der Budgetdebatte hier schon gesagt – befaßt sich mit einem Projekt und einem Vorschlag, der, glaube ich, auch in der öffentlichen Arbeit noch ernster genommen und schneller vorangetrieben werden muß. Er bringt nicht nur die Unabhängigkeit der Energie, sondern er bringt uns auch die saubere Energie. Und wie der Berichtsteller gesagt hat, daß man wohl beim Heizöl die Schwefelwerte schon etwas heruntergesetzt hat, so glaube ich, daß wir, wenn wir davon wegkommen können und zur Biomasse übergehen, wirklich einen Weg für die Zukunft haben, den wir hier beschreiten. Und unsere Fraktion und vor allem die Österreichische Volkspartei befaßt sich ja sehr mit der Schonung der Natur auch in ihrer politischen Vorstellung im ökosozialen Weg, in der ökosozialen Marktwirtschaft, und es sind auch dort, bitte, klare Bekenntnisse zur Erhaltung und zur Schonung des Waldes. Es ist das sicher nicht nur ein Etat für die Grundbesitzer, sondern ein Etat für die gesamte Bevölkerung, weil letztlich ist der Wald die grüne Lunge und das Herzstück der Steirer auch in der steirischen Volkswirtschaft. (Beifall bei der ÖVP. – 14.24 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (14.24 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Im Bericht der Fachabteilung für das Forstwesen über den Zustand des steirischen Waldes 1989 ist der Problembereich „Wald und Wild“ bezirksweise aufgelistet. Die Erhebungen der Bezirksforstinspektionen in den Bezirken machen deutlich, daß der aktuelle Stand der Wildschäden unsere Befürchtungen noch bestätigt. Wenn ich mir in dem Bericht den Bezirk Bruck an der Mur anschau, dann ist dort zu lesen: „Im Aflenzer Becken hat sich die Wildschadenssituation durch längeres Einwirken der Bezirksforstinspektion und des Landesforstdirektors beruhigt, da in den betroffenen und auch in den angrenzenden Jagdgebieten die Abschlußzahlen wesentlich erhöht wurden und der Abschluß auch durchgeführt wurde. Im Revier Aschbach der Österreichischen Bundesforste ist die Situation noch immer nicht zufriedenstellend, obwohl seit längerem seitens der Österreichischen Bundesforste energisch eingegriffen wurde. Neue Schadensgebiete, die ein Eingreifen der Bezirksforstinspektion und des Landesforstdirektors bewirkten, sind die Eigenjagden“ – ich nenne keine Namen – „und die der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und der Gemeinde

Turnau sowie die Quellschutzgebiete der Gemeinde Wien im Salztal.“

Der nächste Bezirk – der Bezirk Graz: „Dieser Bereich ist in bezug auf Schäden durch Rotwild ruhig. In einigen Gemeinden, insbesondere Semriach und im Randbereich der Stadt Graz, nehmen die Verbiß- und Fegeschäden durch Rehwild stark zu. Seitens des Forstaufsiehtsdienstes wurden einige Beobachtungsflächen zur Beweissicherung eingerichtet.“

„Auch in der Gemeinde Blumau im Bezirk Fürstentfeld, welche in der rotwildfreien Zone liegt, traten in früheren Jahren nur selten, in letzter Zeit immer stärker werdende Schälsschäden auf.“

Bezirk Judenburg: „Der Bezirk ist ein klassisches Schadensgebiet; obwohl der Forstaufsiehtsdienst seit Jahren große Anstrengungen unternimmt, sind erst in der letzten Zeit Verbesserungen festzustellen.“

Bezirk Knittelfeld: „Die in Preg erfolgte Meldung über Waldverwüstung brachte infolge halbherzigen Vorgehens der örtlichen Jägerschaft und der Jagdbehörde noch nicht den gewünschten Erfolg.“

Bezirk Liezen: „Im Bereich der Bezirksforstinspektion Liezen sind die Wildschäden im Steigen begriffen. Dies ist auf ein Durcheinander von Wintergattern und nicht eingezäunten Rotwildfütterungen zurückzuführen und hängt mit der noch mißverstandenen Notzeitfütterungspflicht zusammen. Die Konsequenzen, die auf Grund dieser Mißstände notwendig wären, werden jedoch oftmals nicht gezogen.“

Bezirk Murau: „Der Bezirk ist ein klassisches Wildschadensgebiet und insbesondere Schälsschadensgebiet. In den letzten Jahren haben sich einige Schadensgebiete verstärkt, so die Gebiete Schöder, Krakau, Feßnach und Sankt Lambrecht.“

Bezirk Stainach: „Hier liegen die Probleme ähnlich wie in der Bezirksforstinspektion Liezen. Im letzten Jahr haben sich einige stärkere Schadensgebiete herauskristallisiert, so das Seewigtal in bezug auf Schälsschäden und der Nordhang des Grimming in bezug auf Verbißschäden.“

Bezirk Voitsberg: Wohl, den einen lese ich noch, der ist nämlich sehr interessant.

„Der Bezirk Voitsberg war lange Zeit ein ruhiger Bezirk; erst in den letzten Jahren haben sich einige Schadensschwergebiete herauskristallisiert, so der Kreuzberg, hervorgerufen durch Kirrfütterungen, und Gallmannseck durch konkurrenzierende kleine Eigenjagden mit entgegengesetzten Interessen.“

Bezirk Weiz – auch dasselbe: „Der Großteil des Bezirkes liegt im rotwildfreien Gebiet, nur im Norden und Westen ist Rotwildgebiet. Obwohl hier flächenbezogen die höchsten Rehwildabschüsse durchgeführt werden, ist das Gebiet in bezug auf Schäden durch Rehwild relativ problemlos. In bezug auf Schäden durch Hochwild gab es in den letzten Jahren in der Gemeinde Hohenau, die in der rotwildfreien Zone liegt, Probleme, da hier offensichtlich versucht wurde, durch gesetzwidrige Rotwildfütterungen das Rotwildgebiet auszudehnen.“

Soweit Zitate aus dem Bericht.

Bereits im Jahre 1988 anlässlich der Debatte hier im Landtag, betreffend die Erfüllung der Abschlußpläne, habe ich darauf hingewiesen, daß in den steirischen

Forstrevieren eine künstlich hochgefütterte Wilddichte das ökologische Gleichgewicht zusehends zerstört. Die Verbiß-, Fege- und Schälsschäden sind den Waldbesitzern – nehme ich an – schon lange bekannt. Eine „unheilige Allianz“ der Bauern mit den Jägern hat vielfach bis heute dazu geführt, daß das tatsächliche Ausmaß der Wildschäden verschwiegen wurde. Bekanntlich haben sich durch die Erlassung des Reichsjagdgesetzes des Reichsjägermeisters Hermann Göring nicht nur die Hege- und Abschlußbestimmungen auch bei uns in der Steiermark geändert, sondern es ist auch zu einer „Überhege“ an Jägern gekommen. (Abg. Grillitsch: „Gefährliche Aussichten!“) Ja. (Abg. Mag. Rader: „Nicht fürchten!“)

Der Herr Kollege Rader braucht sich nicht fürchten, aber im Zusammenhang mit der Jagd ist der Reichsjägermeister (Abg. Grillitsch: „Wir haben nur einen Landesjägermeister!“) immer im Gespräch, und ich muß auch heute einmal auf das hinweisen, daß sich seit damals im Bereich der Hegebestimmungen sehr, sehr viel geändert hat und wir dadurch sicher heute vor Problemen stehen.

Bis vor wenigen Jahren wurde noch den Argumenten der Waldschützer wenig Gehör geschenkt. Allein mit dem „waidmännischen Augenmaß“ – das ist auch so ein Begriff – kommen wir heute nicht mehr weiter. Anlässlich der Bezirksjägertagung 1989 in Bruck an der Mur, bei der ich anwesend war – Grüne unter Grünen, wie das so schön heißt –, gab es kritische Stimmen auf beiden Seiten.

Ein ökologisches Denken wird innerhalb der Jägerschaft in bezug auf den Lebensraum mehr und mehr verlangt und werden auch schon deutliche Bekenntnisse in diese Richtung abgegeben. Das bedeutet natürlich, daß der Wildbestand an das Äsungsangebot angepaßt werden muß und nicht umgekehrt – wörtliche Aussage des Herrn Mayr-Melnhof damals in Vertretung des Landesjägermeisters. Auch eine Aussage des Herrn Mayr-Melnhof, der heute auch anwesend ist, er hat gemeint: „Die Zeit der gemütlichen Ansprachen ist vorbei.“ Überlegenswert ist jetzt insbesondere in den besonders wildgefährdeten Gebieten, wo es bereits zu Waldverwüstungen gekommen ist, von den diversen Schonzeitregelungen abzugehen. In welcher Form, das bedarf noch einer Diskussion, ob überhaupt einmal auch eine ganzjährige Bejagung durchzuführen ist. (Abg. Mag. Rader: „Tiere ganzjährig schießen zu lassen ist entsetzlich!“) Ich möchte mich hier nicht einmischen, aber es hat mir ein Forstmann diese ganzjährige Bejagung geraten. „Das können Sie ruhig vertreten, das ist keine Sünde“ – hat er gemeint. Aber ich bin gerne bereit, mich vom Herrn Oberjäger Mag. Rader aufklären zu lassen. Ich weiß, daß ich damit auch in einen Bereich vorstoße, der mir nicht zustehen mag. Die Jagd ist nicht unbedingt der Bereich – (Abg. Mag. Rader: „Forstleute!“ – Abg. Trampusch: „Das ist die weidmännische Fristenlösung à la Kammländer!“) Die Diskussion um ganzjährige Bejagung möchte ich hier nicht führen. Außerdem ist von der geübten Praxis der Bestandszählungen und der Festlegung der Abschlußpläne abzugehen, und hier wird weiterhin ohne Problembewußtsein jährlich mit zweifelhaften Zahlen der alte Trend fortgeschrieben. Wenn der Wildbestand ernsthaft kontrolliert werden soll, müssen – und das habe ich von einem Jäger

erfahren, der mich in solchen Fragen berät – die Kiefer der weiblichen Wildtiere vorgelegt werden und muß der Wildstand im Verhältnis eins zu eins weiblich zu männlich angestrebt werden. Der Trophäenkult darf nicht das Maß aller Dinge sein, und das wissen auch schon verantwortungsbewußte Jäger. Ich gehe davon aus, daß es Untersuchungen von Kontrollflächen gibt in der Steiermark. Der Herr Landesforstdirektor hat mir diesbezüglich schon einmal berichtet, die ja bekanntlich die besten Beweise für mögliche Überhege erbringen. Ohne solche Vegetationsgutachten können die Standardausreden der Jägerschaft, die die Schuld der Wildschäden auf die Beunruhigung des Wildes durch Spaziergänger, auf mangelnde Äsungsflächen und so weiter gerne abwälzen wollen, entkräftet werden. Meine Forderung richtet sich deshalb in erster Linie an die Bezirksforstinspektorate besonders in diesen Bezirken, die Probleme mit Wildschäden haben. Dort sind flächendeckend eingezäunte Vegetationskontrollflächen anzulegen, und ich glaube, spätestens in ein bis zwei Jahren können anhand der Ergebnisse die Abschlußpläne geändert und auf das ökologische Gleichgewicht abgestimmt werden. Alles andere sind halbherzige Versuche und bleiben der vereinzelt Einsicht der örtlichen Jägerschaft überlassen. Auf diese Einsicht möchte ich mich nicht mehr verlassen. Sie steht erstens einmal in den meisten Fällen doch den Interessen der Herren im grünen Rock entgegen. Stellt sich die Frage Wild oder Wald, dann muß nach diesen bekannten Tatsachen die Frage eindeutig mit Priorität für den Wald beantwortet werden. Danke. (14.36 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (14.36 Uhr): Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! (Abg. Dr. Hirschmann: „Bist du ein Jäger oder ein Gejagter?“)

Als Angehöriger dieses Hauses, welcher in einem Bezirk beheimatet ist, in dem die Forstwirtschaft und vor allem der Wald dominiert, erfüllt es einen eigentlich mit Sorge, wenn man sich den Waldrettungsplan anschaut. Mit Sorge deshalb, wenn man weiß, daß bundesweit 770.000 Hektar Wald geschädigt sind und von unseren steirischen 986.000 Hektar rund 17 Prozent. Ich glaube, diese Sorge kann aber nicht nur für den Bezirk Murau, sondern muß sicher für die ganze Steiermark Geltung haben. Der Kollege Grillitsch hat schon auf die Bedeutung der Volkswirtschaft im Bereich des Forstes hingewiesen. Ich meine aber auch, wenn man diesen sogenannten Waldrettungsplan liest, so war es durchaus das legitime Bemühen, eine sogenannte Waldinventur zu bringen, und vor allem die Antragsteller haben durchaus den Gesamtzustand unseres Waldes wahrscheinlich wissen wollen. Die Ursachen, die Schwefelbelastung, die Ozonbelastung, NO_x-Belastung und vieles mehr, sind ja bekannt. Die Emittenten sind leider in vielen Bereichen nicht feststellbar. Dieser Waldrettungsplan spricht aber auch von einer weiteren Belastung, nämlich von den Wildschäden, also Verbiß- und Schälsschäden, von den Auswirkungen der Freizeitwirtschaft, den Mountain-Bikern, Schifahrern und vielen mehr. Das ist eine Erkenntnis und hat eigentlich die Ursache nicht darin,

daß man den Emittenten nicht feststellen kann, sondern weil gerade die Österreichische Volkspartei auch in dieser Frage sich in diesem Hause hier sehr doppelbödig verhalten hat, denn wir haben vor nicht allzulanger Zeit, Herr Kollege Dr. Hirschmann, das Geländefahrzeuggesetz der Steiermark novelliert, und meine Fraktion hat im Zuge dieser Novelle auch die Einbindung und die Regelung der Mountain-Bike-Fahrer verlangt. Ihre Fraktion war damals nicht bereit mitzugehen. Wenn es heute der Kollege Grillitsch bedauert, dann habe ich sehr wenig Verständnis dafür und meine, das ist doppelbödig beziehungsweise er hat versucht, eine umweltpolitische Geisterfahrt hier abzuspielen.

Meine Damen und Herren! Wenn man im Waldrettungsplan weitergeht, so muß man, glaube ich, es ganzheitlich sehen. Ganzheitlich bedeutet den Eintrag durch die Luftemittenten, aber auch die Einflüsse natürlicher Art, die Jagd, die Einflüsse der Freizeitwirtschaft zu berücksichtigen, und es darf nicht sein, wie in diesem Waldrettungsplan, daß man ankündigt, „über den Bodenzustand unserer Waldböden wird berichtet“. Dieser Zustandsbericht fehlt. Er wurde zwar für 1989 angekündigt, ich muß mit Bedauern, Herr Landesrat, feststellen, daß nur das Fehlen vermerkt ist in diesem Bericht, aber nicht der Zustand. Damit meine ich ganzheitlich. Wir sollten die Fragen der Ökonomie, aber auch der Ökologie in diesen Bereich genauestens einbinden, und eine Frage der Ökologie ist auch der Zustand unseres Bodens. Denn dann, wenn wir es ganzheitlich machen, auch den Bodenzustand genauer auflisten, dann wird es nicht passieren, daß die sogenannte Tabuisierung der Forstwirtschaft, der Jagd, der Industrie- und der Freizeitwirtschaft erfolgen kann. Wenn der Bericht umfassend ist, und ich fordere es für meine Fraktion, Herr Landesrat, daß im nächsten Jahr dieser Waldrettungsplan umfassend ist, sich auch mit dem Zustand des Waldbodens befaßt, dann wird das Verständnis der gesamten steirischen Wirtschaft vorhanden sein. (Beifall bei der VGÖ/AL. – 14.41 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (14.41 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte gleich fortfahren, wo der Kollege Weilharter aufgehört hat. In bezug auf das Waldsterben ist sicher der Boden verantwortlich, daß der Wald primär von unten her verhungert. Er verhungert, weil ein Bodenleben ohne Mikroorganismen praktisch nicht möglich ist, ein Nährstoffkreislauf ohne Mikroorganismen nicht möglich ist und weil eben durch die Säure des Niederschlages dieses Mikroorganismenleben gestört ist, und zwar so gestört ist, daß der ganze Nahrungskreislauf insoweit nicht mehr funktioniert, daß der Boden die wertvollen und notwendigen Nährstoffe aufnehmen kann. Es spielt aber auch eine Rolle, daß durch die Säure des Niederschlages die in jedem Boden enthaltenen Schwermetalle in Ionenform übergehen und diese Schwermetallionen Ultragifte für das Bodenleben sind. Ich glaube, für den Kollegen Buchberger ist das nichts Neues, weil es bereits seit Jahren Symposien gibt, seit Jahren davor gewarnt wird, und

trotzdem sieht man, daß das Waldsterben eigentlich galoppierend weitergeht. Ich teile nicht die Meinung des Kollegen Grillitsch, daß es zu leichten Besserungen kommt. Ganz im Gegenteil, dieses Waldsterben unterliegt einem exponentiellen Prozeß, das heißt, die Schadensseinheit verdoppelt sich in der Zeiteinheit. Ich vergleiche das nicht mit einem Sterben, denn sterben muß jeder, sondern es ist eine krebsartige, geschwulstartige, tumorartige Erscheinung, die, wenn man es merkt – auch beim Menschen, wenn er Krebs hat –, in relativ kurzer Zeit zum Zerfall führt. Genau das gleiche spielt sich ab. Und wir haben überall die gleichen Erscheinungen. Ob es jetzt im Erzgebirge ist, in Böhmen, ob es im Kleinen Walsertal ist: Wie man das Waldsterben merkt, ist es praktisch schon zu spät.

Diese Schwermetallionen gehen aber auch ins Grundwasser und gefährden wichtige Grundwasservorkommen. Ich möchte vielleicht hier kurz noch einmal erwähnen, daß in einem Fingerhut Boden – das ist praktisch ein Kubikzentimeter – etwa zehn Millionen Mikroorganismen sind, und wenn dieses Leben, diese Miniwelt der Mikroorganismen gestört ist – leider für unser Auge normalerweise nicht sichtbar, nur unter einem Elektronenmikroskop –, dann fängt das an, daß der Wald nicht nur durch die Säure von oben, also die Blätter, die Nadeln verätzt werden, sondern daß der Wald von unten her verhungert.

Für mich, weil wir heute schon vom Wald und vom Wild gesprochen haben, kann ich wirklich nur sagen: Der Wald ist derzeit wild, denn das, was mit ihm geschieht, ist wirklich eine wilde Geschichte.

Und ich möchte hier gar nicht auf die kurzzeitigen Schäden, wie Wildverbiß, näher eingehen, sondern von den langzeitigen Schäden und vor allem, in welchen globalen Zusammenhängen diese langzeitigen Schäden stehen, sprechen.

Wenn man weiß, wie schwer es ist, ein geschädigtes Waldbiotop wieder in Ordnung zu bringen – siehe nach Dalmatien, wo es den Jugoslawen seit Jahrzehnten kaum gelingt, hier wieder diesen Karst zu besiegen und wieder eine Ökologie aufzubauen –, dann muß man eben genau das, was der Herr Kollege Grillitsch hier gesagt hat, feststellen: und zwar, daß der Schutzwald bis zu 30 Prozent schwerst geschädigt ist. Wenn der Schutzwald fällt, dann wird es auch in logischer Folge zu einer Aussiedlung des inneralpinen Gebietes kommen. Und ich sehe sicher keine Alternative, daß dann die VÖEST dort ihre sogenannten Lawinenverbauungen mit T-Profilen und anderen Profilen macht. Das ist sicher kein Ersatz, wenn der Schutzwald hier weiterhin geschädigt wird.

Ich möchte aber auch auf die Terminologie zurückgehen, daß es zu einer leichten Besserung kommt, was ich strikt hier ablehne, oder daß die Zunahme durch Pilzschäden und durch die Witterung erfolgt. Selbstverständlich spielt der Treibhauseffekt eine wesentliche Rolle in der Verschärfung unserer klimatologischen Situation, denn so etwas, wie das Wetter momentan oder in den letzten Jahren verrückt spielt, sagen die Leute, hat es noch nie gegeben. Das heißt, es ist sicher die globale Wetterlage zu berücksichtigen, aber alles, was krank ist, alles, was geschädigt ist, hat von der Natur aus ein Regulativ, und das ist eben der Käfer, das sind eben gewisse Pilze, die dann aktiv werden, die bei einem gesunden Wald, bei einem gesunden

Baum überhaupt keine Chance haben. Die greifen dann an, weil sich die Natur hier selber zu regulieren beginnt.

Kollege Grillitsch, ich glaube, das mit der Witterung ist alles recht und schön, aber auch ein gesunder Wald würde die momentane Trockenphase wesentlich leichter überdauern, als ein bereits schwer geschädigter Wald in einer Region wie Aichfeld-Murboden, in einer Region wie Köflach-Voitsberg, in einem Bereich, wo Pöls hier tagtäglich Schadstoffe emittiert und aussendet, oder auch im Grazer Bereich. Auf dem Grazer Hausberg, dem Schöckl, schaut es, vor allem, was die Seite Semriach betrifft, durch die Papierfabrik Leykam sehr, sehr schlecht aus. Du brauchst nur mit den Waldbauern oben reden, die haben auch einen Zuwachsverlust von mindestens 30 bis 40 Prozent. Daher ist das, was den Wald betrifft, nicht nur eine Frage der Ökologie, sondern auch des Fremdenverkehrs, der Fremdenverkehrswirtschaft und der Land- und Forstwirtschaft, denn es gibt vor allem Leute, Bauern, die vom Wald leben müssen. Das ist oft das einzige wesentliche Einkommen für eine Existenz und für ein Überleben in unserer Konsum- und Wegwerfgesellschaft.

Wo ist der wesentlichste Gegner für den Wald? Wir wissen ja, daß 90 Prozent unseres Waldsterbens hausgemacht sind. Wir wissen, daß 10 Prozent einfach immer wieder über die Landesgrenzen zu uns kommen, ob es jetzt von Böhmen ist oder von anderen Industrieländern, aber 90 Prozent der Waldschäden beziehungsweise der Luftbelastung sind hausgemacht. Da kommen wir einfach nicht herum. Der Hauptgegner für die Ökologie des Waldes ist eben die Energieerzeugung, vor allem mit Primärenergiestoffen, wie Kohle, Öl, und der Energieverbrauch. Und ich glaube, daß man vor allem hier ansetzen muß. Es wird sicher sehr viel gemacht, es wird vor allem in der Steiermark auf dem Gebiet der Biomasse sehr viel gemacht. Da teile ich voll die Meinung, daß ein Kopetz, ein Plank oder wie sie alle heißen, sich hier immer wieder bemühen, auch das Biogasprojekt zu forcieren. Nur, wenn man dann sieht, wie das tatsächlich dann in der Praxis realisiert ist, und vor allem, welche Erschwernisse und welches Mühsal diese Leute, die das forcieren wollen, auf sich nehmen – ich denke vor allem an den Harrer in Stenzengreith, der könnte allein über seine Biogasanlage ein Buch schreiben.

Es ist die Energielobby, die großteils von der sogenannten Öllobby unterwandert ist. Die Energielobby ist jahrzehntelang von der Öllobby geprägt worden, und es ist die ganze Autoindustrie, auch ein Chrysler, der da seine Enderzeugung machen will, voll in der Hand der Öllobby. Es ist die ganze Autoindustrie in der BRD in der Hand der Ölmultis, der Öllobby, die hier auch in den Weltbanken gut vertreten ist. Und es ist wahnsinnig schwer, gegen diese Öllobby aufzukommen, denn wenn Alternativenenergien forciert werden, dann gehen sie wieder mit dem Preis hinunter, daß jeder wieder sagt: „Na ja, jetzt ist es momentan wieder unwirtschaftlich“, und man bremst diese ganze Welle einfach mit solchen Strategien ein. Daher muß man diese Energien, wie die Biomasseenergie, die Sonnenenergie – das Holz ist ja gespeicherte Sonnenenergie und nichts anderes –, die Hackschnitzelenergie, forcieren, auch wenn momentan der Preis nicht stimmt.

Der Preis wird einmal stimmen, und zwar bald, wenn diese natürlichen Ressourcen, die in Milliarden Jahren entstanden sind, Öl, Kohle und so weiter, am Ende sind. Und die Voraussagen sind ja für die nächsten 30 bis 50 Jahre. Das ist langfristig ökologienpolitisch gedacht ein Beistrich in der Weltgeschichte. Das ist praktisch ein ganz kurzer Zeitraum, und diesen kurzen Zeitraum muß man eben, wenn man Verantwortung für die Generationen hat, die auch einmal einen Wald sehen wollen und die vor allem uns einmal fragen werden, was wir damals getan haben, daß man diese Zeit einfach vorausschauend überbrückt.

Ich habe heute eine Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller bekommen, wo er auf die Frage Dioxin geantwortet hat. Es ist natürlich nicht nur Schwefel, nicht nur Stickoxid, also schwefelige Säure, salpetrige Säure, das Oxon, das NO_x, das ist alles bekannt, aber es sind vor allem die Dioxine, die sehr viele Industriebetriebe emittieren und die die Menschen schädigen und auch das Bodenleben und die Pflanzen. Ich möchte die Möglichkeit nutzen, weil ich in der Anfragebeantwortung eine Zusatzfrage stellen konnte, aber die ist meiner Meinung nach nicht befriedigend beantwortet worden. Wir haben heute in der Gesetzgebung Emittenten – dafür ist die Frau Landesrat Klasnic zuständig – und Immittenten, die die ökologischen Belange betreffen, und da glaube ich schon, daß der Umweltlandesrat ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Daher kann man auch eine Anfrage hier im Landtag bitte auch von zwei Landesräten beantworten. Es ist nicht notwendig, daß man sich bei der Einleitung entschuldigt und sagt: Zunächst halte ich fest, daß ich für die Anfragebeantwortung gar nicht zuständig bin. Wobei es bitte um die Dioxinmessung im Boden geht, in der Nahrungsmittelkette Milch und so weiter. Das ist einmal das Erste. Ich möchte hier schon bitten, wenn einmal eine Anfrage kommt, die in zwei wesentliche Sparten hineingeht, von mir aus auch in drei, daß die auch von drei beantwortet wird. Ist das etwas dabei, wenn man die Geschäftsordnung einmal ändert und sagt, na gut, dann sollen das alle die beantworten, die betroffen sind. Die Umweltproblematik geht ja nicht nur in eine Sparte hinein ins Gewerbe-recht, ganz und gar nicht. Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat sich praktisch mit dem, was die Gewerbereferenten ihm antworten, auseinanderzusetzen. Wenn die sagen, Dioxin und Furane sind so schwer meßbar, und das kostet soviel, und da gibt es überhaupt nur eine Stelle in Wien, das sagt ja nicht aus, daß wir uns hier nicht überlegen sollten, daß wir nicht auch auf der Universität Graz eine Stelle haben, wo wir das messen können. Daß das Land aus dem Umweltlandesfonds sagt, bitte schön, wir stellen einmal einen Teil zur Verfügung, dafür sind sie vertraglich verpflichtet, für uns günstiger zu messen im Rahmen ihrer Tätigkeit. Ich kann mich einfach mit Antworten nicht abfinden, die sicher nicht aus Ihrem Mund kommen, die Sie aber hier weitergeben müssen, die vom Gewerbereferenten kommen, wo man heute genau weiß, welche Gewerbebetriebe Dioxine emittieren und die sagen, ist nicht notwendig, ich erspare mir das vorzulesen, das zu messen, weil das in so kleinen Mengen ist. Bitte schön, in kleinen Mengen auf Jahre, das summiert und speichert sich im Boden, und daher werden diese kleinen Mengen zu großen Mengen und zu großen Belastungen. Ich kann also diese Antwort

von der Gewerbe Seite her absolut nicht akzeptieren. Wenn Sie dann schreiben, ob es überhaupt möglich sein wird, die Gewerbebehörden zu einer Prüfung der Dioxinwerte bei bestimmten Anlagen anzuweisen, hängt von der Schaffung der erforderlichen technischen Voraussetzungen ab. Mit der Antwort kann ich mich nicht zurechtfinden, werde sie auch nicht akzeptieren. Auf der anderen Seite haben wir Betriebe, die heute für spezielle kalorische Erzeugung gebaut sind, sie erzeugen kalorische Energie, und die dann sozusagen hier Klärschlämme in der Steiermark verbrennen sollen. Ich bin froh, daß das Klärschlammprojekt bei der ÖDK 3 abgesetzt wurde, und zwar von der ÖDK selber, weil wir durch Verhandlungen doch erreicht haben, daß hier der Boden hätte untersucht werden sollen, und, und, und. Daß die selber gesehen haben, daß ein kalorisches Kraftwerk ja weder geplant wurde, weder geeignet ist, hier Klärschlämme, wo ja doch Spuren von Chlorid dabei sind, Hyperchlorid, wo Dioxine wieder frei werden, hier in das sogenannte „Sonderabfallgeschäft“ einzusteigen. Ich hoffe, daß dieser Spuk „Klärschlammverbrennung“ somit doch ein Ende gefunden hat, und zwar ein für uns befriedigendes Ende.

Wir haben überhaupt vor der Verbrennung, alles, was mit Verbrennung zu tun hat, nicht nur höchsten Respekt, sondern wir betrachten das mit höchstem Argwohn. Denn der Verbrennungsvorgang ist eben jener Vorgang, der den Treibhauseffekt, den CO₂-Effekt forciert. Er ist jener Vorgang, wo eben Giftstoffe aller Art über die Politik der hohen Schornsteine, sprich Verdünnungs- und Verteilungspolitik, in die Umwelt gelangen, unkontrollierbar werden und somit in der Nahrungsmittelkette wieder ihren Rückschlag finden. Und diese alarmierende Meldung, Dioxin in der Tiroler Alpenmilch, ich glaube, die muß uns allen zu denken geben. Ich möchte auf jeden Fall in keiner steirischen Tageszeitung – sicher heißt es, eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht, aber diese Headline „Dioxin in steirischer Alpenmilch“ möchte ich wirklich nicht lesen müssen. Dann werden auch Molkereien weniger Absatz als Export haben.

Daher sind wir gleich beim Thema Müllverbrennung. Für uns ist die Müllverbrennung ein wesentlicher Beitrag in Richtung Waldsterben. Deswegen sind wir gegen jegliche Art der Müllverbrennung, weil man das nicht einmal heute diskutieren kann, weil die Abfalltrennung in den steirischen Gemeinden erst am Anfang, am Beginn ist zu greifen, weil wir der Ansicht sind, auch wenn man nur Sachen verbrennt, die nach außen hin nicht so gefährlich sind, der Verbrennungsvorgang auf das Waldsterben der wesentlichste negative Einfluß ist. Wir brauchen den Schutzwald für diese Menschen, die dort wohnen müssen, gegen Hochwasser, Muren, Lawinen. Es ist lebensnotwendig, und wir brauchen auch Menschen, die dieses alpine Gebiet pflegen und hegen. Wir sind froh, daß es einen Emissionskataster gibt, daß dies forciert wird. Wir sind sicher mit 27 Meßstellen, die Kollege Grillitsch angeschnitten hat, absolut unzufrieden. Es ist überhaupt traurig, daß man messen muß, statt daß man vorbeugend schützt. Daß man heute sagt, erst durch das Messen kommen wir darauf, wo die Schäden sind. Wir wollen nicht, daß wir weiterhin den Wald zu Tode messen, und wir glauben, daß auch ein wesentlicher

Einfluß der geschädigte Wasserkreislauf für das Waldsterben darstellt. Wir haben eben jahrzehntelang das Wasser wie einen Feind behandelt, den man versucht hat, möglichst schnell durch Wasserrennbahnen, Meliorationen, Kanalisierungen aus dem Land zu jagen. Wir haben die Talschaften ausgeräumt, wir haben Feuchtbiootope zu 90 Prozent in der Steiermark vernichtet. Und daher ist auch das örtliche Kleinklima, der Wasserhaushalt, das Rückhalten des Wassers im Land gestört worden. Daher ist auch die Luftfeuchtigkeit in diesen Gebieten – schauen Sie einmal diese Kulturstuppen an, diese Maisstuppen in der Südsteiermark – dort ist auch der Wasserkreislauf, die Verdunstung gestört. Daher ist auch, wenn man vom Waldsterben redet, primär wieder zu sagen, das Wasser im Land zurückzuhalten, alle natürlichen Retentionsrückhaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen, dezuregulieren – das ist ein richtig sinnvolles Wort, wenn man versucht, Wasserrennbahnen wieder dezuregulieren. Und wir sind sicher, heute noch bei dem brennenden Thema „Wasserkraftenergie gegen das Waldsterben“, diese Aussage, die sich sicher sehr richtig und sehr leicht spricht, nur, wir verbinden natürlich mit gewissen Dingen auch wesentliche Bedingungen. Über das Kraftwerk Fischenz ist heute zu reden, an und für sich ein Nachweis einer fehlgeleiteten Energiepolitik, eines nicht funktionierenden Energieplanes, denn wenn wir heute die technischen Möglichkeiten haben, die Überschußenergie der Laufkraftwerke vor allem der STEWEAG ungenutzt oder mit sechs Groschen pro Kilowattstunde zu verkaufen, ungenutzt zuzuschauen, daß man hier nicht einmal den Schritt in die Wasserstofftechnologie geht, nicht versucht, hier Energie so zu speichern, Überschußenergie im Sommer so zu speichern, so parat zu halten, daß man das eben in Engpässen im Winter sinnvoll einsetzt in Form von Gasturbinen, Wasserstoffgasturbinen. An jeder Steckdose können Sie praktisch eine Elektrolyse in Österreich machen – an jeder Steckdose! – und Wasserstoff speichern, in jedem Siedlungsbereich. Und dann brauchen wir nicht mehr von Fernwärme reden, sondern dann reden wir halt einmal von Nahwärme. Denn wenn dort bei dieser Gasturbine Wasserdampf hinauskommt, dann lasse ich das auch, bitte schön, vor meinem Schlafzimmerfenster machen. Und diese Wasserstofftechnologie, auch wesentlich forciert durch die Sonnenenergie, durch die Fotovoltaikenergie, durch die Solarenergie, ist die Energie der Zukunft, die Technologie der Zukunft. Und wir werden geschlossen und unisono dieses Fischenz ablehnen. Wir müssen es ablehnen, denn dieses Fischenz ist für uns wieder einmal wie Hainburg ein Stein, wo die Gehirnenergie auch der Landespolitik und der Bundespolitik eingeschaltet werden muß, und vor allem die Energie, die im Sommer tagtäglich vergeudet wird, wo nämlich die wertvolle elektrische Energie der Wasserkraft in der Steiermark restlos vergeudet und verschleudert wird und auf der anderen Seite wieder wertvolle Biotopgebiete der sogenannten freundlichen, waldschonenden Wasserkraft geopfert werden sollen. Dem werden wir nicht zustimmen. Daher gibt es nur eines: Forcierung im Sinne des Landesenergieplanes. Ich habe immer wieder gesagt, der Herr Zankel von der STEWEAG ist für mich nicht der Landesenergiebeauftragte, sondern das ist der STEWEAG-Energiebeauftragte, einer Gesellschaft in Landeshand – das ist ja

das Paradoxe, der Landeshauptmann ist zu 100 Prozent Alleineigentümer –, die immer wieder noch versucht, Energie zu verkaufen. Und wenn man heute die Wohnbauförderung betrachtet – ich habe es Ihnen damals bei der Wohnbauförderungsdiskussion gesagt –: Am Hilmteich bekommt jetzt noch eine Siedlung einen Wohnbauschek, die eine elektrische Fußbodenheizung macht. Wenn wir mit diesem Wahnsinn nicht aufhören, unterstützt mit Steuergeldern, mit unseren Geldern, so lange haben wir auch kein funktionierendes Landesenergiekonzept und keinen Landesenergieplan. Daher greife ich das auf, was der Herr Landesrat Schaller vorhat, nämlich eine Energieenquete, ein Energieforum. Ich möchte mich für letztes Mal entschuldigen; ich habe mich auch bei Ihrer Sekretärin entschuldigt. Ich habe leider eine andere Geschichte gehabt, die das Ennstal betroffen hat, und das liegt mir auch am Herzen, daß das Ennstal nicht von Theussls und Krainers Knaben verbetoniert wird und im Moor der Bauskandal gemacht wird und die österreichischen Bautechniker als Trottel abgestempelt werden. Denn eine Straße auf Moor kann nie halten, siehe Selzthaler Bereich. Das war also damals mein Entschuldigungsgrund. Ich war nicht krank, und ich wäre auch gerne gekommen. Daher greifen wir das gerne auf, denn dieses Thema Energie, Waldsterben, Landesenergieplan ist einfach ein Thema, das umweltpolitisch alle gemeinsam gehen müssen, rasch gehen müssen, und ich hoffe auch, daß Sie Leute, die heute noch von Energieerzeugung mit umweltfreundlichen und weiß Gott welchen Flußkraftwerken träumen, überzeugen, daß diese Zeit vorbei ist. Unser größter Schatz, den wir alle gemeinsam heben müssen, sind die Energieverluste, die wir minimieren müssen, und sind jene Energiebereiche, die sozusagen vergeudet werden: Das ist die Sommerwasserkraft, wo es uns bis heute nicht gelungen ist, obwohl das technisch überhaupt kein Problem wäre, diese in speicherbare Energie umzusetzen und dann eben in der Engpaßzeit, sprich Winter, Wärme, zu verwenden.

In diesem Sinne wünsche ich allen, vor allem jenen, die am Landesenergieplan und an dieser Enquete aktiv mittun, daß wir weiterkommen, damit in Zukunft der Wald in der Steiermark nicht wild spielt. Danke. (15.06 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig (15.06 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Dieser heute zur Beschlußfassung vorliegende Waldzustandsbericht ist inhaltlich sehr umfangreich und sind darin die überschaubaren Schadensgebiete und die Schadensverursacher zusammengefaßt. Die Schäden sind nach meiner Meinung sachlich begründet – egal, ob diese von der Umwelt oder von den Waldbesitzern durch Bringung oder Rückung beziehungsweise vom Wild verursacht wurden. Für mich ist erfreulich festzustellen, daß die Umweltschäden durch Emissionen und Immissionen in den letzten Jahren nicht zugenommen haben. Somit haben sich meiner Meinung nach die Gegenmaßnahmen durch den Bund und das Land, im besonderen beim Schadstoff Schwefel, positiv auf unseren Wald ausgewirkt. Ich glaube – und

das steht nicht in diesem Bericht –, daß die günstigen Witterungsverhältnisse in den vergangenen zwei Jahren, wie verstärkter Niederschlag, auch zur Verbesserung des steirischen Waldzustandes beigetragen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mich als Kleinwaldbesitzer interessiert natürlich besonders, was der Waldbesitzer zur Gesundung seines Waldes zusätzlich beitragen kann. Daher bin ich froh, daß der Glaube, die Technik mache alles, in der Forstwirtschaft den Höhepunkt überschritten hat. In den siebziger Jahren habe ich den Einsatz einer Vollerntemaschine beziehungsweise eines Vollerntezuges im Gebiet um das Salzstiegl miterleben können. Sicher war die Ernteleistung hoch. Es waren neben der Entrindungsanlage einige Schlepper im Einsatz. Was zurückblieb, meine Damen und Herren, würde man heute als Waldbodenverwüstung bezeichnen! Das Positive an der Übermechanisierung war, daß wir Waldbesitzer durch den Ökoschaden, den wir hinnehmen mußten, klug wurden. Heute werden von uns leichte Geräte für Bringung und Rückung zum Einsatz gebracht. Meiner Meinung nach muß der gefällte Baum nicht gleich während der Schlägerung schon abfuhrbereit auf der Forststraße liegen.

Große Probleme, und das ist auch bei meinen Vorrednern schon angeklungen, gibt es mit den Wildschäden. Besonders leidet die Verjüngung des Waldes durch Verbiß- und Fegeschäden. Wenn sich heute ein Kleinwaldbesitzer bemüht, der Monokultur Fichte entgegenzuwirken, um dafür einen Mischwald aufzubauen, so wird ihm das, wenn überhaupt, nur sehr schwer gelingen. Es fehlt an der Zeit und auch am Geld, um jede Tanne und jeden Laubbaum mit einem Schutzkorb gegen Wildschaden zu schützen. Ohne diese Schutzmaßnahmen haben diese Baumarten keine Möglichkeit, sich zu entwickeln. Die Zäunung der Verjüngungsflächen und Jungkulturen können sich überwiegend nur Großwaldbesitzer leisten. Außerdem vermindern diese Maßnahmen den verbleibenden Lebensraum des Wildes. Es kommt zur stärkeren Wildkonzentration der nicht eingezäunten Äsungsflächen und naturgemäß auch zur Schadenskonzentration. Daher ist meiner Meinung nach die Zäunung generell zu untersagen. Es gibt nur eine wirkungsvolle Maßnahme gegen den Wildschaden im Wald, nämlich den Abschluß solange zu erhöhen, bis der Wildschaden im Wald ein erträgliches Ausmaß erreicht hat.

Ich habe heute mit einigen Kollegen einen Antrag auf Erhöhung des Abschusses sowie betreffend weitere notwendige Maßnahmen zum Schutze des steirischen Waldes gestellt. Ich möchte aber gleichzeitig feststellen, daß es mir beziehungsweise uns nicht um die Ausrottung des Wildes, sondern um die Anpassung an die vorhandenen Äsungsflächen sowie den vorhandenen Lebensraum unseres Wildes geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig. Wir brauchen in unserer Heimat beides. Wir brauchen den gesunden Wald und den Wildstand, angepaßt an den vorhandenen Lebensraum. Ich möchte noch auf ein Problem hinweisen, das ist Wald und Energie. Ich bin auch der Meinung, die Bioenergie ist zu fördern. Nur stelle ich in der letzten Zeit immer mehr und öfters fest, die am lautesten um Bioenergie schreien, die wenden diese in ihrem eigenen Bereich

am wenigsten an, sie verlangen nur vom anderen, die Bioenergie in Anspruch zu nehmen. Ich bin weiters der Meinung, daß Strom, erzeugt aus Wasserkraft, Bioenergie ist. Und daß Strom, erzeugt aus Wasserkraft, nach meiner Meinung auf Zeit gesehen noch ausgebaut werden muß. Ich komme hier auf ein örtliches Problem zu sprechen. Es war für mich unverständlich, daß das Kleinkraftwerk in Granitzenbach bei Obdach, welches bescheidmäßig genehmigt war, im nachhinein durch das Betreiben einer Bürgerinitiative der Bau in Frage gestellt wird. Ich frage mich, wie der Naturschutzbeirat, der im nachhinein ein diesbezügliches Gutachten erarbeitet hat, zur Auffassung gekommen ist, daß im Granitzental das Naturräumliche mehr Wert darstellt als die Wirtschaftlichkeit eines Kleinkraftwerkes. Ich habe mich eigentlich gefragt, wie es zu dieser Bescheiderlassung beziehungsweise zu dieser Aussage gekommen ist. Dieses geplante Kleinkraftwerk verändert meiner Meinung nach den Naturraum nicht, indem daß die Verrohrung in diesem Bereich nicht sichtbar ist. Die Verrohrung wird unter der Erde verlegt. Ein Kleinkraftwerk, als Haus erbaut im Freiland, kann die Umwelt nicht so negativ optisch beeinflussen. In dem Bewuchs würde sich auf Zeit überhaupt nichts ändern. Ich kann Ihnen versichern, der Raum von Obdach braucht Energie, der Raum von Obdach braucht Strom, welcher in einer Kleinregion erzeugt wird. Warum? Wir sind eine aufstrebende Kleinregion mit einigen guten Betrieben, die ausschließlich auf Stromenergie angewiesen sind. Daher muß dieser Strom in unserer Region erzeugt werden, dadurch ersparen wir uns auch sehr viele Fernleitungen. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe für alle, die aus innerer Überzeugung einen Gebirgsbach murmeln und singen hören, wirklich Verständnis. Nur muß ich von meiner Betriebswirtschaft aus gesehen das so argumentieren, ich brauche den Strom. Ich habe miterlebt, so wie viele andere, wenn ich in der Früh in meinen Hof gehe, das Licht aufdrehe, ist kein Strom da. Was passiert? Ich muß mit der Hand die Melkarbeit durchführen. Ich muß auch, wenn ich keinen Strom im Sommer habe, mit der Hand die Heuarbeit im Wirtschaftsgebäude durchführen. Bei den Demonstrierern gegen solche Kraftwerke, wenn die keinen Strom besitzen, ist die Auswirkung nicht so schwerwiegend wie in einem landwirtschaftlichen Betrieb. Bei ihnen kann unter Umständen die elektrische Zahnbürste oder der elektrische Rasierapparat ausfallen. Durch den Bau des Kleinkraftwerkes im Granitzental wird ein Geschieberückhaltebecken, welches gleichzeitig als Freizeitsee für die Bewohner von Obdach und den Urlaubsgästen zur Verfügung steht, errichtet. Dadurch wird die Sicherheit der Bewohner von Warbach und Röttsch bei Hochwasser wesentlich verbessert, gleichzeitig erweitert sich das Erholungsangebot durch den Freizeitsee im Raum von Obdach.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn einer so wie ich sein ganzes Leben zwischen zwei Bächen den Betriebsstandort hat, da erlebe ich diese Bäche auch, wenn sie nicht murmeln und nicht singen. Ich erlebe diese Bäche, wenn aus diesen Wildbäche werden. Ich habe schon meine Kühe aus dem Wirtschaftsgebäude hinausführen müssen, da der Bach ins Wirtschaftsgebäude eingedrungen ist. Bei einer solchen Situation habe ich keine Unterstützung gefunden von jenen, die den Bach singen und murmeln hören. Sie sind beim

Bach nur, wenn die Sonne scheint. Daher glaube ich, sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen Energie, wir brauchen Bioenergie. Elektrischer Strom, aus Wasserkraft erzeugt, ist für mich Bioenergie. Natürlich müssen diese Betriebsstandorte ökologisch und in weiterer Folge auch umweltfreundlich gebaut werden.

Ich komme jetzt noch auf einen Satz zurück vom Kollegen Grillitsch, der erklärt hat, die steirische ÖVP und so weiter, und so weiter. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich persönlich bin davon überzeugt, daß die steirische ÖVP allein nicht in der Lage ist, die Umwelt in der Steiermark zu retten. Die Umwelt in der Steiermark kann nur gerettet werden unter Mitwirkung der gesamten steirischen Bevölkerung. Und in diesem Sinne, sehr geehrte Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 15.18 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (15.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Vorlage des Waldrettungsplanes, des steirischen Waldrettungsplanes, ist sicherlich für viele mit der Hoffnung verbunden, daß sich der Zustand unseres Waldes nun durch die Maßnahmen, wie sie auf der Seite eins angeführt worden sind, verbessert. Als Waldrettungsplan im Sinne der Maßnahmen und Forderungen sowohl an Industrie-, Energiewirtschaft und an Autofahrer als auch an die Forstwirtschaft, Jagd und den Tourismus gerichtet, soll er all diese Interessensgruppen verbinden. Meine Damen und Herren! Manchmal zweifelt man allerdings an all den Gutachten, die einem auf den Tisch flattern, die die Medien tagtäglich verbreiten, und feststellbar für die Menschen ist eine starke Verunsicherung. Wenn Sie mir gestatten, hier zu sagen, daß ich aus einem der waldreichsten Gebiete Österreichs komme: nach einer Statistik aus dem viertgrößten, grünsten Bezirk Österreichs, mit einer Waldfläche von 71,3 Prozent. Das ist der Bezirk Mürzzuschlag, und gleichzeitig auch einer jener Bezirke, die bis vor wenigen Jahren eigentlich noch ob ihrer starken Industriestruktur bewundert wurden und wo man gemeint hat, daß diese Industriestruktur, die Immissionen, Abgase und andere Probleme, dazu geführt haben, daß das Waldsterben in diesem Bereich größer sei. Nun stellt dieser Bericht fest, daß, ausgenommen im Bereich des Veitscher Tales, im gesamten Mürztal und im Murtal die Situation sich seit zwei, drei Jahren bedeutend verbessert hat und daß das Waldsterben hintangehalten wird. Meine Damen und Herren, als einer jener, der seine wenige Freizeit damit verbringt, im steirischen Wald noch Erholung zu suchen, muß ich mit Bedauern feststellen, daß diese Dinge nicht stimmen. Denn der steirische Wald befindet sich in diesen Regionen in einem äußerst schlechten Zustand, und es kann sicherlich nicht stimmen, was beispielsweise von einem Mann gesagt worden ist, der es eigentlich wissen mußte, nämlich vom Ministerialrat Werner Rachhoi im Landwirtschaftsministerium, der in einem Artikel des „Profil“ vom 31. Oktober 1988 meint: „Was seit Jahrhunderten von Menschen mühsam kultiviert wurde, wird nun vom Wald wieder erkämpft!“ Das kommen-

tierte er und stellte fest, daß die Waldfläche Österreichs trotz bedrohlicher Schäden an Buchen und Eichen sowie bei Fichten, Tannen und Kiefern seit vielen Jahren immer größer wird. Forstwirte müßten zwar immer mehr kranke Bäume entfernen, so meint er, diese werden aber meist rasch durch Neupflanzungen ersetzt. Seit 25 Jahren hat sich Österreichs Waldfläche, ohne daß dies groß verlautbart wurde, um rund 1800 Quadratkilometer beziehungsweise 180.000 Hektar vergrößert. Das ist mehr als viermal jene Fläche, die das Bundesland Wien bedeckt, oder die Hälfte des Burgenlandes. Diese Entwicklung, so sagt er, ist allerdings nur zum Teil vom Menschen gesteuert, das heißt, durch Aufforstung. Er stellt die Rodungen und Aufforstungen auch gegenüber. So waren es im Jahre 1983 1229 Hektar, 1987 nur mehr 891 Hektar, die gerodet beziehungsweise geschlagen wurden. Aufgeforstet wurden in diesem Zeitraum im Vergleich 1983 2728 Hektar, 1987 2719 Hektar. Die Wiederaufforstung – und das ist fast ein konstanter Wert – ergab 1983 16.839 Hektar und 1987 16.672 Hektar. In der weiteren Folge stellt er fest, daß sich der Zustand der Waldflächen bedeutend gebessert hat, daß der Waldanteil größer geworden ist und daß man sich eigentlich keine Sorgen machen bräuchte. Zufrieden lese ich diesen Artikel und freue mich darüber, daß es starke Verbesserungen gibt. Dies sicherlich durch gesetzliche Bestimmungen, durch Maßnahmen und andere Dinge, wobei mir – und das gestehe ich auch ein – immer das Herz weh tut, wenn ich sehe, wie Landwirte in ihrem Wald die Bäume sozusagen „misten“, das heißt, mit dem Kübel durch den Wald gehen und Düngemittel zu den Bäumen streuen; oder wenn in Bergfalten nicht nur Geröll und Nadeln liegen beziehungsweise grüner Boden vorhanden ist, sondern vielerlei Abfälle, die sich im Laufe der Jahrzehnte durch die bäuerliche Wirtschaft dort abgelagert haben.

Ich habe aber aufmerksam, Herr Landesrat, wahrscheinlich auch Sie, den Artikel verfolgt, der in den letzten Wochen auch im „Profil“ veröffentlicht wurde, mit der Überschrift „Der Wald gibt Gas“. Werner Katzmann, Dozent für angewandten Umweltschutz und Umwelterziehung, der Mitarbeiter des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen und einer der Autoren der Studie, die jetzt im Februar mit dem Thema „Wald“ herauskommt, ist, sagte: „1981 hatten wir in Österreich 3 Prozent sichtbare Waldschäden, heute sind es zumindest 30 Prozent. Dort, wo der Vorgang am gefährlichsten ist, weil dabei Schutzwald unterhalb der Baumgrenze in einer Höhe von 1500 Meter und 1800 Meter verlorengelassen, läuft dieser Prozeß nicht einmal verdeckt ab. Hier treten gehäuft gravierende, ganz neuartige Schäden auf.“

Meine Damen und Herren, das ist eine Frage, die sich für uns in all diesen Gedanken immer wieder ergibt. Wenn man den Artikel fertig liest und im Endeffekt feststellt, daß er sagt, daß, zwar nicht sichtbar, aber bereits jeder Baum in Österreich gefährdet sei beziehungsweise zum Großteil kaputt sei, dann muß man auch mit aller Deutlichkeit feststellen, daß es bedeutende Probleme in der Gesamtheit, vor allem der Übersäuerung des Waldbodens, gibt und Immissionen, die den Wald treffen, wobei ein Baum das Zwanzigfache an Grünfläche hat als er an Bodenfläche verdeckt. Im Artikel wird weiter ausgeführt, die Luftver-

schmutzung betrüge bis zu 100 Kilogramm Überdüngung. Ja, was soll man eigentlich glauben? Es gibt Ansätze, wie in diesem Bericht zum Waldzustand, des Waldrettungsplanes, und es gibt vielerlei Berichte und Feststellungen von bedeutenden Persönlichkeiten, die sich mit der Frage des Umweltschutzes und der Problematik allgemein befassen. Wenn ich selbst als ein Verunsicherter sagen kann: Wenn wir als diejenigen, die sich dauernd damit zu beschäftigen haben, bereits verunsichert sind, was ist dann mit den Menschen draußen, denen tagtäglich etwas anderes vorgesetzt wird? Einmal sagt man ihnen, es gäbe eine bedeutende Verbesserung, das andere Mal, in wenigen Wochen und Monaten, die dazwischenliegen, eine bedeutende Verschlechterung sei eingetreten. Nun wissen wir alle, daß sicherlich die Witterung eine große Rolle spielt und daß auch der Winter des heurigen Jahres auf den Waldzustand, wie er sich bisher zeigte, schlechte Auswirkungen haben wird. Das, was ich mir erwarte, ist, daß man den Menschen draußen, den Steirerinnen und Steirern, ein wahres und echtes Bild des Waldzustandes vermittelt und daß man ihnen sagt, wie es um den steirischen Wald wirklich bestellt ist.

Ich habe dem Herrn Kollegen Grillitsch mit sehr großer Aufmerksamkeit zugehört, weil ich festgestellt habe, daß in seinen Ausführungen viel Sachwissen enthalten war. Ich stimme mit ihm überein, daß der Wald die „grüne Lunge“ und das „Herzstück“ der Steiermark ist, das wir auch als Tourismusteil anbieten. Ich stimme aber nicht mit ihm überein, daß die Mountain-Bike-Fahrer, obwohl ich selber keiner bin, eine große Gefahr für den Wald sind. Gerade jene, die meinen, daß sie eine große Gefahr sind, und zwar die Jäger und Forstleute, fahren bis zum letzten Fleckchen mit ihrem Auto hinauf, und das täglich mehrere Male, und meinen dazu, das Wild und der Wald würden sich daran gewöhnen. Meine Damen und Herren, ich hätte mir ein bißchen mehr Objektivität erwartet, denn ein Mountain-Bike-Fahrer, der sicherlich um fünf Uhr in der Früh für den Jäger nicht angenehm ist, das gebe ich zu, erzeugt weder großen Lärm noch Abgase, die er im Wald hinterläßt. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie höflich und herzlich, bei all diesen Dingen zu bedenken, daß die Steirerinnen und Steirer Anspruch auf objektive und genaue Information haben. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 15.29 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (15.29 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte versuchen, kurz den Stand der Diskussionen zusammenzufassen und möchte dort beginnen, wo der Herr Abgeordnete Vollmann aufgehört hat. Er möchte sehr gern eine klare Antwort auf den Zustand des Waldes und möchte haben, daß die Verunsicherung – einmal es wird besser, einmal es wird schlechter – beendet wird. Ich wäre glücklich, wenn ich eine solche klare und direkte Antwort geben könnte. Ich bin seit Jahren mit all den Problemen der Luftschadstoffe konfrontiert, diese sind ja die Hauptverursacher unserer Waldbeeinträchtigung; wenn Sie, Herr Abgeordneter, etwa die Diskussion zur Smogproblematik in Graz und auch zur Erstellung des Emittentenkatasters mit-

verfolgt haben, dann kann ich Ihnen nur eines sagen: Es tapen auch alle unsere Wissenschaftler heute weitestgehend im dunkeln, wenn es darum geht, beispielsweise den Luftchemismus genauer zu studieren. Was sich zum Beispiel in der Luft abspielt, wenn Schadstoffe produziert werden, wie Schwefeldioxid oder Stickoxide beziehungsweise auch Kohlenmonoxid, wenn die Sonne darauf einwirkt, wenn Ozon entsteht, und was alles passiert. Man kann einmal eines festhalten, und ich möchte wiederholen, was in der Diskussion bereits gesagt wurde: Hinsichtlich der Hauptschadstoffe, nämlich des Schwefels, haben wir eine gravierende und echte Verbesserung erreicht. Das ist eine Feststellung, die uns durchaus befriedigen kann. Und zwar deshalb befriedigen kann, weil es uns eines zeigt, daß nämlich die Maßnahmen, die doch in der Politik und in der Wirtschaft in den letzten zehn, fünfzehn Jahren gezielt gesetzt worden sind, etwa Entschwefelung von Kraftwerken, etwa Reduzierung des Schwefelgehaltes im Heizöl, auch Erfolge aufzeigen. Wir können das sowohl bei den Immissionsmessungen wie bei der Bioindikatormethode feststellen. Auf diese ist ja heute schon hingewiesen worden. Wenn Sie vergleichen: In den Jahren 1985/86 waren es immerhin 95.900 Hektar, die als belastet angesehen werden mußten, wo also die Schwefelgrenzwerte in den Nadeln überschritten worden sind. In den Jahren 1987/88 war diese Fläche – Gott sei Dank – auf 56.800 Hektar oder 5,7 Prozent der gesamten Waldfläche reduziert. Das ist ein positives Signal, das wir auch als solches akzeptieren sollten. Aber ich gebe Ihnen auf der anderen Seite recht, möchte das sehr klar sagen. Das ist für mich kein Signal zur Entwarnung in der Frage Waldsterben, weil wir in der Zwischenzeit sehr wohl feststellen müssen, daß beispielsweise etwa das Ozon, das wir in den letzten Monaten und Jahren gemessen haben, massivst unseren Wald belastet. Das heißt, daß wir eigentlich über die Sekundärschadstoffe – und das Ozon ist ein solcher Sekundärschadstoff – heute Waldschäden feststellen, die wir vorher nicht gekannt haben. Also insoweit ist es sicher so, daß wir keineswegs uns auf diesen Erfolgen ausruhen dürfen und glauben können, daß das Waldsterben beendet ist, sondern daß wir sehr wohl alles unternehmen müssen, um den Schadstoffgehalt der Luft drastisch zu reduzieren. Ich kann nur wiederholen, was ich schon einmal im Hause gesagt habe: Wir werden, was wir mit Graz begonnen haben, nämlich einen Emittentenkataster auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage zu erstellen, um auch die Verursacher genau zu kennen, für das ganze Land Steiermark machen lassen, um damit auch die weiteren Entwicklungen kritisch beobachten zu können.

Nun, der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat in einem Zwischenruf danach gefragt, weil der Herr Abgeordnete Grillitsch in seinem Beitrag auf das Waldbeobachtungssystem hingewiesen hatte. Wir wissen, daß beispielsweise durch die Bioindikatormethode die Spuren- und Nährstoffelemente erfaßt werden können und die Waldzustandsinventur eben nur die sichtbaren Schäden erfaßt. Wir müssen daher ein komplexeres System aufbauen. Wir sind dabei, und es ist das sogenannte Waldbeobachtungssystem praktisch aufgebaut, ein integrales Schadstoffmeßsystem, wo eben nicht nur die Baumkronen selbstverständlich auch erhoben, sondern wo beispielsweise auch über Infra-

rotaufnahmen die Entwicklungen beobachtet werden. Natürlich weiterhin auch die Nadelproben und die Meßkerzen, so daß auch flächendeckend über die Steiermark hinweg die Entwicklung verfolgt werden kann. Hier spielt natürlich das angeschnittene Problem eine sehr große Rolle, und da gebe ich durchaus auch dem Abgeordneten Vollmann und den anderen, auch dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, recht, daß die Frage des Bodens von sehr großer Bedeutung ist. Es wurde festgehalten, daß wir zunehmend eine Versäuerung unserer Waldböden feststellen mußten, die im wesentlichen von der Düngung aus der Luft herrührt. Das heißt, von jenen Schadstoffen, die über Ferntransport in unsere Wälder mit dem Regen eingewaschen werden und ihre Schädigung verursachen. Ich glaube daher, daß wir – damit möchte ich gleich die Frage des Herrn Abgeordneten Weilharter mitbeantworten – selbstverständlich werden auch Bodenuntersuchungen durchgeführt. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß wir in der Steiermark insgesamt 137 Flächen über das ganze Land verteilt haben, wo wir in einer Reihe von Parametern Schadstofferhebungen beziehungsweise auch diese Bodenuntersuchungen durchführen.

Es wurden, wie gesagt, 137 Proben aus der Steiermark genommen. Die Ergebnisse liegen jetzt demnächst vor und werden im April noch vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auch für die Steiermark vorgestellt. Meine Damen und Herren, ein zweiter Komplex, auf den ich doch auch hinweisen möchte, ist die Frage „Wald und Wild“. Ich glaube, die Frau Abgeordnete Kammlander hat in einer durchaus kompetenten Weise sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Wenn man den Waldzustandsbericht liest und dann feststellen muß, daß 50 Prozent der Verjüngungsflächen in der Steiermark durch Verbiß geschädigt sind, also die Hälfte der Flächen, und daß auf der anderen Seite 7,5 Prozent des steirischen Holzvorrates, das sind immerhin 18 Millionen Vorratsfestmeter, durch Schälschäden beeinträchtigt sind, dann ist das auch ein gewaltiges ökonomisches Problem. Ich darf Ihnen berichten, daß ich schon im vergangenen Jahr mit Vertretern der Forstwirtschaft und dem Herrn Regierungsförstdirektor mich zusammengesetzt habe und wir diese Frage intensiv beraten haben. Ich bin dem Herrn Regierungsförstdirektor sehr dankbar, daß er in einer außerordentlich kompetenten Weise dieses Problem aufgegriffen und zur Diskussion gestellt sowie eine große Zahl von Schwachpunkten aufgezeigt und Vorschläge unterbreitet hat, die ich auch an die Landesjägerschaft mit dem Ersuchen weitergeleitet habe, sich auch damit ernstlich auseinanderzusetzen. Ich möchte hier meinen – da bin ich im Widerspruch zur Frau Abgeordneten Kammlander –, es kann nicht um die Frage gehen „Wild oder Wald“, sondern „Wild und Wald“. Denn ich glaube, daß der Wald ein Biotop, ein Ökosystem sein muß, wo auch das Getier seinen Platz hat, aus dem es nicht durch die Forstwirtschaft vertrieben wird, sondern wo wir jene Schäden, die in diesem Ökosystem entstanden sind, wieder zu reparieren versuchen und hoffen, wieder jenes Gleichgewicht zustandezubringen, das so entscheidend ist.

Nun vielleicht noch ganz kurz zu einigen Punkten. Es ist sehr schwer, hier zu reden. Entweder interessiert es viele nicht, ich weiß es nicht. Vor allem der Herr

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber hat ja selbst einige Themen angeschnitten. Eigentlich müßte er schon zuhören, wenn ich sie beantworten möchte. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe zur Kollegin gesagt – nicht ‚Wald oder Wild!‘“ – Präsident: „Der Herr Abgeordnete kann seine Bemerkungen sitzend vorbringen!“)

Ich möchte doch vielleicht noch zu zwei, drei Fragen kurz Stellung nehmen. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber hat sich auf Dioxin spezialisiert (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Nein!“) und hat heute wieder hier im Hause auch seiner Sorge Ausdruck verliehen, daß auch unsere Lebensmittel und die Milch mit Dioxin verseucht sind. Ich bitte, wir müssen auch mit unseren Aussagen in diesen Dingen behutsam umgehen. Wobei ich sagen möchte, ich bin der erste, der jeder Gefährdung nachgeht, wenn Grund dazu besteht, und durchaus – ich habe das öfter schon bewiesen – auch in der Lage ist, dort Maßnahmen zu setzen. Nun ist aber die Milch eines unserer wichtigsten Lebensmittel. Daher muß ich schon eine Klarstellung treffen. Ich habe ein Schreiben des Bundeskanzleramtes in der Hand, und zwar jüngsten Datums, das ist vor drei Tagen bei mir eingegangen. Ich lese Ihnen das vor, Herr Abgeordneter, weil es – glaube ich – wichtig ist: „Betrifft die Dioxinbelastung der Milch. Ergebnisse der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung: Von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung liegen nun die ersten Ergebnisse des Untersuchungsprogrammes zur Überprüfung der in der bekannten Studie von Prof. Wruss erhobenen Dioxinbelastung der Milch vor. Die neuen Ergebnisse stammen von den fünf nach der Studie am stärksten belasteten Entnahmestellen aus den Räumen Petzau, Kufstein, Schwechat, Steyeregg und Wien-Passing und zeigen in keinem Fall zwei, drei, sieben, acht TCDD-Toxiditätsäquivalente von mehr als 60 Picogramm pro Liter Milch an. Auch im Vergleich zu den aus anderen europäischen Untersuchungen bekannten Werten stellt das jedenfalls keine überhöhte Belastung dar und liegt darüber hinaus deutlich unter den Werten der Studie. Angesichts der besonderen Komplexität und Schwierigkeit der Messung im extremen Spurenbereich werden bei dieser ersten Probenserie gleichzeitig mehrere auf dem Gebiet der Dioxinanalytik erfahrene und anerkannte ausländische Institute, darunter das Bundesgesundheitsamt Berlin, mit Untersuchungen beauftragt. Die Ergebnisse dieser Institute haben die von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung festgestellten Werte bestätigt. Die Untersuchungen werden fortgesetzt, vor allem im Hinblick auf die Möglichkeit jahreszeitlich bedingter Unterschiede.“ Ich glaube, das ist eine wichtige Feststellung, damit wir auch unsere Konsumenten beruhigen können, denn niemand wird gerne eine Milch trinken, wenn er das Gefühl hat, sich damit zu vergiften.

Herr Kollege Zellnig, ich möchte nicht auf die ganze Problematik eingehen, glaube aber, daß wir in der Frage Wild und Wald einer Meinung sind, darauf habe ich schon Bezug genommen. Du hast eine sehr starke Lanze für die Kleinkraftwerke gebrochen. Dazu möchte ich sagen, daß das ein sehr kontraversielles Thema ist. Wir haben vor einigen Jahren eine Unzahl von Ansuchen betreffend die Errichtung von Klein-

kraftwerken gehabt, und wenn wir nicht das Naturschutzgesetz novelliert hätten, wäre wahrscheinlich der größte Teil unserer schönen Bach- und Fließlandschaft sowie Flußlandschaften vor allem im Gebirge, in den Höhenlagen und stillen Gräben längst zubetoniert. Ich möchte nicht mehr dazu sagen, weil ganz sicher in der anschließenden dringlichen Anfrage zur Frage Wasserkraft noch klare Aussagen getroffen werden und dazu diskutiert wird. Ich sage nur eines: Es gilt in jedem Fall, sehr genau abzuwägen, das schreibt auch das Naturschutzgesetz vor, ob der regionalwirtschaftliche Effekt es rechtfertigt, einen solchen Eingriff in eine Fluß- oder Bachlandschaft zu tätigen.

Meine Damen und Herren, ich bin am Ende meiner Ausführungen und möchte mich bei Ihnen für die Diskussion herzlich bedanken, aber vor allem möchte ich jenen sehr danken, die diesen Waldrettungsplan in den Landtag eingebracht haben. Ich möchte hier vor allem jenen Mann nennen, der heute nicht mehr dem Landtag angehört, das ist der ehemalige Abgeordnete Schwab, der sich persönlich außerordentlich für dieses Thema engagiert hat. Dadurch wurde uns die Möglichkeit geboten, über diesen Waldrettungsplan umfassend zu diskutieren, und es wird nicht das letzte Mal sein, sondern ich glaube, daß es gut ist, wenn wir über eine so entscheidende Frage unserer Umwelt ausführlich und gewissenhaft informiert werden und darüber reden. (Beifall bei der ÖVP. – 15.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15.

15. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 555/3, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Erklärung des Schöcklmassivs zum Wasserschongebiet, um die Wasserversorgung vor ungesetzlichem Massentourismus in der Form widerrechtlicher Parkplätze und damit der Ölverseuchung zu schützen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (15.46 Uhr): Der Antrag behandelt die Erklärung des Schöcklmassivs zum Wasserschongebiet, um die Wasserversorgung der Schöcklgemeinden Radegund, Kumberg, Weinitzen und Burgstall vor ungesetzlichem Massentourismus in der Form von widerrechtlichen Straßen, Plätzen und damit verbunden der Ölverseuchung zu schützen. Der Antrag wurde im November 1988 der Landesregierung zugewiesen.

Im Antrag wird festgestellt, daß der Schöckl durch den sogenannten Massentourismus vor allem an Wochenenden sehr stark befahren wird, obwohl doch ein öffentliches Verkehrsmittel, nämlich die Gondelbahn der Stadtwerke AG., zur Verfügung steht. Außerdem wurde festgestellt, daß auch die Seilbahn eine gewisse Ölverschmutzungsgefahr beinhaltet und daß diese Seilbahn schleunigst demnächst einer Modernisierung zuzuführen ist. Es wurde bereits Anfang des Jahres 1989 im Sinne dieses Antrages nach dem

Wasserrechtsgesetz ein Schongebiet für die Karstwasservorkommen im Schöcklmassiv eingerichtet. Daher sind in Zukunft Maßnahmen im Bereich des Schöckls einer wasserrechtlichen Bewilligung zuzuführen beziehungsweise ist auch seitens der Wasserrechtsbehörde eine vermehrte Überprüfung und Kontrolle notwendig und daher mit Verordnung vorgeschrieben.

Was die sogenannte Forststraße des Herrn Grafen Stubenberg in Radegund betrifft, ist folgendes festzustellen:

Diese Straße ist zwar mit öffentlichen Mitteln gebaut, ist eine Privatstraße, und können daher Einschränkungen des Verkehrs nach dem Wasserrechtsgesetz nur in Verhandlungen mit dem Grundbesitzer beziehungsweise im weiteren Sinne bei einer allfälligen Enteignung nur über das Entschädigungsverfahren geregelt werden. Es gibt in Österreich nicht die Möglichkeit einer kalten Enteignung, und daher sieht das Land auch vor, daß demnächst Besprechungen mit den Gemeinden und mit Herrn Stubenberg als Besitzer dieser Straße zu führen sind. Es ist auch zu erwähnen, daß die ersten 500 Meter und der Mautschranken auf Gemeindegrund stehen. Daher sind die Gemeinden selbstverständlich nicht nur als Wasserbezieher und Interessierte für eine ordnungsgemäße Wasserversorgung, sondern auch für diese Straßenverhandlungen einzuladen.

Initiativ steht in diesem Antrag – das heißt, initiativ müssen selbstverständlich die Interessierten sein, das sind die vier Gemeinden, die in Form eines Wasserverbandes die Wasserbezieher vertreten.

Was die Ölfahr bei der alten Seilbahn betrifft, muß man wirklich sagen, daß diese nicht mehr zeitgemäß ist. Hier ist die Eisenbahnbehörde zuständig und bedarf es einer wasserrechtlichen Überprüfung durch die Wasserrechtsbehörde.

Es wurde auch festgestellt, daß die in meinem Antrag angeführte Quellverunreinigung einer sogenannten Quellfassung im Bereich des Jagdhauses Stubenberg in direkten Zusammenhang mit einer undichten Abwasserentsorgung gebracht wurde. Diese fachlich kompetente Aussage seitens des Landes ist sicher ein wesentlicher Beitrag, daß ein seit eineinhalb Jahren laufender Zivilprozeß über die Schadloshaltung zwischen den Gemeinden, sprich Wasserverband, als Klagsbetreiber und als Beklagtem, Stubenberg, doch bald ein Ende finden wird und Herr Stubenberg einer gerechten Verurteilung beziehungsweise Schadloshaltung des Wasserverbandes zugeführt wird.

Das soll aber praktisch einmal ein Hinweis sein, wie brisant die Wassersituation im Karstgebiet des Schöckls ist und wie wichtig es ist, daß vorbeugende Maßnahmen vor allem in Richtung Ölverunreinigung gesetzt werden, denn es hat keinen Sinn beziehungsweise es ist technisch nicht möglich, ein Karstgebiet, das bereits verunreinigt ist, kurzzeitig wieder zu sanieren. In diesem Zusammenhang stelle ich daher den Antrag beziehungsweise bringe ich diesen Antrag vor.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber, betreffend die Erklärung des Schöcklmassivs zum Wasserschongebiet, um die Wasserversorgung vor ungesetz-

lichem Massentourismus in der Form widerrechtlicher Parkplätze und damit der Ölverseuchung zu schützen, wird zur Kenntnis genommen. (15.53 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Der Herr Abgeordnete Schrammel übernimmt die Vertretung in der Berichterstattung.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (15.53 Uhr): Ich habe gerade dem Herrn Präsidenten gesagt, bis 16 Uhr bin ich fertig, und hoffe, daß das in Ihrem Interesse ist. Ich möchte aber doch die Situation seit Einbringen dieses Antrages im Hohen Haus noch einmal so schildern, wie ich sie als Mitglied dieses Wasserverbandes sehe. Das Jahr 1989 hat auf dieser Straße sechs Totalabstürze von Privat-Pkws gebracht. Es sind allein bei einem Unfall – Unfall kann man gar nicht mehr sagen –, bei einer Aktion eines Wahnsinnigen 40 Liter Treibstoff ausgeronnen und etwa 4,5 Liter Öl. Wenn man bedenkt, daß der Grundbesitzer Stubenberg für diese Aktion voll verantwortlich ist, muß man die Frage stellen, inwieweit es überhaupt noch in Zukunft zulässig ist, wahnsinnige Autorennfahrer auf diese Schöcklstraße zu lassen, denn das, was ich hier berichte, ist unwahrscheinlich aber wahr. Betroffener besagter Autobesitzer hat seine Nummerntafel abmontiert, hat den Wagen über einen Tag im Graben liegen gelassen, im Karstgebiet, im Wasserschon- und Schutzgebiet, wahrscheinlich war er betrunken oder er hat zuviel intus gehabt, und hat erst einen Tag später diesen Unfall gemeldet. Somit wird dieser Absturz eigentlich ein Fall für das Verwaltungsrecht, für das Strafrecht, und geht schon hinein in einen kriminellen Tatbestand, nämlich einer vorsätzlichen Grundwassergefährdung für dieses Karstgebiet. Und eines muß man feststellen: Wenn das Öl im Karstgebiet drinnen ist, dann ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis es unten herauskommt. Wir wollen nicht in den Tageszeitungen wieder einmal lesen „Ölpest am Schöckl“. Dieser Fall wird von uns weiter verfolgt, ist aber der Anlaß, daß wir einmal grundsätzlich über diese Forststraße, eine einspurige, enge, schmale, kurvenreiche, absturzgefährdete Strecke, sprechen müssen, und wir machen den Vorschlag, a) vor allem an die Stadtwerke-AG., Schachner-Blazizek und seine Nachfolger, die Seilbahn endlich einmal zu modernisieren, auszubauen. Wir haben überall in der Steiermark die modernsten Seilbahnen. Auf dem Schöckl haben wir eine Bahn aus dem Jahre 1928, die sowieso nicht weiter bewilligt wird. Das ist eine Geisterbahn. Sie wissen ja, die Gondel bleibt auf einmal hängen, wenn es ein bißchen Wind gibt, die Leute frieren vier, fünf Stunden in dieser Blechgondel. Das ist nicht zumutbar. Das ist nicht mehr zu verantworten. Forderung Nummer eins: Auf diesen Schöckl, den Grazer Hausberg, ein öffentliches Verkehrsmittel in Form einer frequenzreichen, modernen, von mir aus ausbaufähigen Seilbahn, wobei die Tendenz besteht, die Seilbahn über Radegund in den Talbereich zu erstrecken, vielleicht mit einer Zwischenstation in Radegund. Es ist alles möglich. Wir Techniker, Frau Landesrat Klasnic, schaffen alles. Sie brauchen nur zu sagen „ich will es so“. (Abg. Kanduth: „Als ob die Technik alles gewinnt!“) Richard, auch bei deiner Ennstalstraße werden wir dir noch helfen. Du fährst ja

oft über das Selzthaler Moor. Das heißt, wir bieten der Frau Landesrat an, nachdem sie heute die Anfrage von Herrn Kollegen Trampusch so schön beantwortet hat, auf Grund der wirklich prekären Situation, daß man sich demnächst zusammensetzt, vielleicht noch Mitte Februar, das Problem gemeinsam mit der Stadtwerke-AG., eine moderne Seilbahn mit einer Überspannung von Radegund, vielleicht mit einer Talstation, einer Mittelstation, einer Bergstation, wäre alles möglich, um auch Radegund als Fremdenverkehrs- und heilklimatischen Kurort – wie es so schön heißt, in Radegund – zu entlasten. Und das Zweite ist, daß man sich wirklich ernsthaft mit Stubenberg zusammensetzt. Ich bin der, die Leute oben schreien, das ist so mit öffentlichen Mitteln gezahlt worden, eine Enteignung von Stubenberg. Ich habe ihnen gesagt, das geht nicht. Es geht ohne Entschädigungsverhandlungen nicht. Aber wir haben einen Umweltlandesfonds. Wir haben Möglichkeiten, ein Geld vielleicht auf einer Bank Ihres Vertrauens, ganz egal welche, so wie Sie es mit der Wirtschaftsmilliarde, Frau Landesrat, oder Herr Landeshauptmann (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Zuständig ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller!“) gemacht haben, ein Geld wo zu hinterlegen, um wenigstens mit diesem Zinsendienst, mit diesem Zinsenertrag diese Straße für das Wasser, für das Naherholungsgebiet Schöckl freizukaufen. Und hier hat es wirklich einen Sinn, wenn man mit öffentlichen Mitteln für das öffentliche Interesse etwas freikaufte. Frau Landesrat, wir werden uns demnächst zusammensetzen. Sie sind eine alte Schöcklgeherin, ich weiß es. Ich habe Sie schon x-mal am Schöckl gesehen, wenn Sie sich entlasten wollen vom Streß der Alltagspolitik, der Tagespolitik. Ich bin ein Schöcklgeher. Aber es sind Tausende andere auch interessiert. Es ist überhaupt kein Problem, wenn man die derzeitige Schöcklstraße mit GVB-Citybus ähnlich, vielleicht mit Elektromotoren, wie es die Post gemacht hat oder macht, daß man sie einspurig mit Funküberwachung auch für Gehbehinderte und Leute, die sagen, ich traue mich nicht in die Luft hinauf, ich bin nicht schwindelfrei, daß man auch hier die derzeitige Straße nur einspurig mit Funküberwachung, mit Citybus, mit Elektromotoren hier auch befahrbar macht. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.) Herr Präsident, 16 Uhr, eine Minute habe ich noch. Eine Minute vor 16 Uhr! Kurz: Wir sträuben uns gar nicht gegen Verhandlungen mit Stubenberg.

Wir wollen, daß sie in die Wege geleitet werden. Wir pochen auf die Antwort der Landesregierung, daß die Rechtsabteilung 3 als Wasserrechtsbehörde das federführend übernehmen wird. Ich weiß, daß Hofrat Dr. Rupprecht alles in seinen Kräften Mögliche unternehmen wird, wenn er die volle politische – Herr Landeshauptmann, darf ich Sie bitte ansprechen – der Hofrat Dr. Rupprecht ist ein Mann unseres Vertrauens, wenn es um Umweltfragen geht. Wenn Sie ihm den vollen Freibrief geben, für den Schöckl alles zu machen, der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller natürlich auch, Sie als zuständiger Wasserreferent, Sie sind als Landeshauptmann Aufsichtsbehörde, zweite Behörde im Wasserrecht, vor allem wenn es um ein Schutz- und Schongebiet geht. Macht es gemeinsam, tut nicht wieder der eine und der andere, macht es gemeinsam. Ladet den Herrn Landeshauptmann Gross ein, den Herrn Trampusch, jeden. Macht bitte dem-

nächst einen Schöcklgipfel, und tut nicht wieder herum, wer für was zuständig ist. (Abg. Trampusch: „Der eine für die Schattenseite, der andere für die Sonnseite!“) Das ist eine Sache, die für alle wichtig ist.

Ja, das ist deine Aussage. Es kann der Schöckl für alle eine Sonnseite sein. Aber derzeit ist es, was oben passiert, eine Schattenseite. In dem Sinne hoffe ich, daß diese Verhandlungen bald in die Wege geleitet werden, und ich erhoffe mir vor den nächsten kommenden Gemeinderatswahlen am 25. März eine bindende Zusage seitens der Landespolitik, daß dieses Thema so umweltschonend für die Menschen, auch schöcklfreundlich, gelöst wird. Danke, somit habe ich 16 Uhr – Herr Präsident – eingehalten. (16 Uhr.)

Präsident: Das ist erfreulich, wenn jemand das Wort hält. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Behandlung der beiden dringlichen Anfragen. Die erste dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Pinegger, Purr, Fuchs, Kröll, Buchberger, Neuhold und Grillitsch an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend Stand der Realisierung des steirischen Energieplanes, hat die gemäß Paragraph 58 Absätze 1 und 2 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hirschmann das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Dr. Hirschmann (16.01 Uhr): Herr Präsident!

Dringliche Anfrage der soeben genannten Abgeordneten an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend Stand der Realisierung des Steirischen Energieplanes. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Jetzt habt ihr ein Glück gehabt, zwei Minuten früher als geplant!“) Im Landesenergieplan 1984 sind Grundsätze und Ziele der Energiepolitik des Landes Steiermark festgeschrieben. Nunmehr stellt sich die Frage, ob der Ausbau der Wasserkraft den Zielvorstellungen dieses Landesenergieplanes entspricht.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, folgende Fragen:

Erstens: Entspricht die energetische Nutzung der heimischen Wasserkraft dem steirischen Energieplan?

Zweitens: Was ist vorgesehen, um den Bestimmungen des Paragraphen 8 Absatz 2 der Verordnung vom 30. Jänner 1984, mit der ein Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung erlassen wurde – wonach die Richtigkeit des Energieplanes überprüft werden soll –, zu entsprechen?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beantragen die gefertigten Abgeordneten gleichzeitig die Durchführung einer Wechselrede. (16.02 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.

Landeshauptmann Dr. Krainer (16.02 Uhr): Die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Präsident Dr. Kalnoky, Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Pinegger, Purr, Fuchs, Kröll, Buchberger, Neuhold und Grillitsch beantworte ich wie folgt:

Über meinen Antrag hat die Steiermärkische Landesregierung in ihrer Sitzung vom 30. Jänner 1984 das Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung einstimmig beschlossen, das auf Paragraph 8 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes basiert und dessen Hauptbestandteil der Steirische Energieplan ist. Dieser Energieplan war für lange Zeit der erste und auch einzige in einem Bundesland Österreichs.

Durch die Erstellung dieses Steirischen Energieplanes, bei der neben allen Energieträgern und Behördenvertretern Anfang der achtziger Jahre auch die Universitäten und einzelne namhafte Wissenschaftler beteiligt waren, ist es gelungen, die steirische Energiepolitik an festen Grundsätzen zu orientieren und davon ableitend auch konkrete Maßnahmen vorzusehen.

So ist zum Beispiel im Energieplan des Landes festgeschrieben, daß die Abhängigkeit von externen Primärenergieträgern von Energieimporten möglichst verringert werden soll und bei der Energieplanung gleichzeitig den wichtigen Prinzipien des Energiesparens und auch der Umweltverträglichkeit der entsprechende Stellenwert einzuräumen ist.

Im energiepolitischen Leitbild wird auch der verstärkte Einsatz der heimischen Energiequellen gefordert, wobei die Wasserkraft und die Biomasse als in Frage kommende Energieträger im besonderen genannt werden.

Demzufolge ist der Ausbau der heimischen Wasserkräfte für Zwecke der Stromerzeugung im Maßnahmenkatalog des Steirischen Energieplanes ausdrücklich enthalten. Dieses energiepolitische Leitbild wird durch drei Rahmenbedingungen ergänzt.

Danach müssen energiepolitische Maßnahmen erstens umweltverträglich beziehungsweise umweltschonend, zweitens nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen und drittens volkswirtschaftlich effizient sein.

Ohne die anderen Grundsätze abwerten zu wollen, darf ich sagen, daß die Umweltverträglichkeit von Energieversorgungsanlagen eine dominierende Rolle einnimmt und auch von der Bevölkerung erfreulicherweise heute besonders ernst genommen wird. Wir haben dies in der Steiermark rechtzeitig erkannt und bei der Genehmigung von Energieversorgungsanlagen berücksichtigt, lange bevor entsprechende Gesetze des Bundes erlassen wurden.

So haben wir beim STEWEAG-Fernheizkraftwerk Mellach bereits im Jahre 1982 eine über 90prozentige Abgasreinigung gefordert und dadurch eine Entwicklung österreichweit eingeleitet, die ihren Niederschlag in den Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen bei allen neuen Dampfkraftwerken, auch der Verbundgesellschaft und der NEWAG, gefunden hat. Wir waren eindeutig damals die ersten, und ich erinnere mich, anlässlich einer der ersten Konferenzen als neuer Landeshauptmann im Jahre 1980 mit dem Landeshygieniker Prof. Möse haben wir das zweite Problem, nämlich die ÖDK, diskutiert und auch in die Wege geleitet.

Ich darf Sie auch daran erinnern, daß wir von der ÖDK für das Kraftwerk Voitsberg III mit bestem Erfolg

den Einbau einer 90prozentigen Entschwefelungs- und Entstickungsanlage für Braunkohle schon 1983 gefordert und durchgesetzt haben. Die Entstickungsanlage bei einem Braunkohlekraftwerk war übrigens damals eine Weltneuheit.

Zum zweiten Teil dieser Anfrage: Im Sommer des vorigen Jahres habe ich den in der Landesregierung ressortzuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller ersucht, die in der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung aus dem Jahre 1984 vorgesehene Überprüfung des Energieplanes zu veranlassen. Es heißt im Paragraph 8 Absatz 2, und darauf ist Bezug genommen, wörtlich: „Die Verordnung ist bei wesentlicher Änderung der Voraussetzungen, die ihr zugrunde liegen, jedenfalls aber nach fünf Jahren ab Inkrafttreten, auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.“ Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller hat seinerseits den Energiebeauftragten des Landes, Dozent Dr. Zankel, beauftragt, über den aktuellen Stand der Umsetzungsmaßnahmen, die im Energieplan vorgesehen sind, zu berichten und Vorschläge auszuarbeiten, welche geeignet sind, eine Fortschreibung des Energieplanes vorzunehmen.

Wenn heute die Steiermark ein gutes Beispiel moderner Energiepolitik ist, so ist dieser Erfolg nicht zuletzt, das ist meine feste Überzeugung, mit der Installierung eines Landesenergiebeauftragten verbunden. Bereits im Jahre 1981 haben wir einen solchen installiert, also vor neun Jahren. Mit Präsident Dr. Wilhelm Altziebler und nunmehr mit Universitätsdozent Dr. Hubert Zankel haben wir nicht nur hervorragende Experten und Kenner der gesamten energiepolitischen Situation, sondern auch Persönlichkeiten gewinnen können, die in diesem konfliktreichen Milieu koordinierend, vermittelnd und beratend tätig waren und sind.

Aus den Tätigkeitsberichten des Energiebeauftragten, die, glaube ich, die meisten der Abgeordneten kennen – soweit dies nicht der Fall ist, ist die Lektüre zu empfehlen –, will ich einige „high lights“ der steirischen Energiepolitik stichwortartig herausgreifen:

So erinnere ich an die Einrichtung einer Energieberatungsstelle beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, die mit 30 freien Mitarbeitern in der ganzen Steiermark Energieberatungstage, Veranstaltungen in Schulen und auch Beratungen von Gemeinden durchführt. Auch Einzelpersonen können jederzeit kostenlos und unbürokratisch kompetente Beratung finden. Rund 1600 Beratungsfälle allein im letzten Jahr zeigen von der hohen Akzeptanz, die diese Serviceleistung des Landes in der Bevölkerung findet.

Erfolgreich war auch das Energiesparprogramm im Landeshochbau. Dadurch wurden seit dem Jahr 1981 bei der für die Landesbauten notwendigen Heizenergie rund 26 Prozent eingespart. Die Einsparungssumme seit 1981 beträgt bis jetzt über 200 Millionen Schilling. Auch der jährliche Schadstoffausstoß reduziert sich um rund 120 Millionen Kubikmeter Rauchgase. Somit ist mit der Energie- und Kosteneinsparung durch das Energiesparprogramm im Landeshochbau auch ein wesentlicher Beitrag zur Umweltentlastung geleistet worden.

Die im Landeshochbau erfolgte systematische Erfassung des Energieverbrauches wird nunmehr auch auf

den Bereich der Gemeindebauten ausgeweitet. Auch hier zeichnen sich erste Erfolge dieser Maßnahmen ab.

Es ist auch zu hoffen, daß der sogenannte Energiepreis 1990, der für die vorbildliche Durchführung einer Energiebuchhaltung in den steirischen Gemeinden ausgeschrieben wurde, weitere sinnvolle Maßnahmen von Energieeinsparungen unterstützt. Man soll das nicht überschätzen, aber immerhin ist das auch ein wertvolles Element.

Für viele Entscheidungen in der Energiepolitik und auch zur Kontrolle der Wirksamkeit von Maßnahmen sind allerdings Planungsgrundlagen von größter Bedeutung. Für die Steiermark wurde daher wiederum erstmals in einem österreichischen Bundesland eine Energiebilanz erstellt, welche mit der Bundesenergiebilanz abgestimmt ist und einen detaillierten Überblick über die Energieaufbringung und die Verwendung schafft. Dieses steirische Beispiel hat in der Zwischenzeit erfreulicherweise Nachahmung in den Bundesländern Niederösterreich und Wien gefunden.

Diese Energiebilanzierung soll nun auch in den steirischen Bezirken durchgeführt werden, wodurch in Zukunft bei wichtigen regionalen Problemen der Energiepolitik verbesserte Entscheidungsgrundlagen vorliegen werden, auch was den Bereich der durch Energie bedingten Luftschadstoffe betrifft.

Auf der Ebene der Gemeinden wurde sehr erfolgreich daran gearbeitet, die lokal vorhandene Energieproblematik durch Erstellung von kommunalen Energiekonzepten in den Griff zu bekommen.

So konnten in verschiedenen Regionen der Steiermark derartige Konzepte in Gemeindeversammlungen vorgestellt werden.

Die Steiermark ist auch österreichweit führend, wo es um die Diskussion der örtlichen Energieversorgung und um Energieeinsparungsmöglichkeiten geht. Als Voraussetzung für eine gezielte steiermarkweite Fernwärmeförderung wurde ein Raumwärmebedarfskataster in Auftrag gegeben, der in den nächsten Wochen dem zuständigen Referenten vorliegen wird.

Trotz dieser erfreulichen Erfolge ist, wie oben erwähnt, der Landesenergiebeauftragte von Landesrat Dipl.-Ing. Schaller damit befaßt worden zu prüfen, ob Umstände eingetreten sind, welche eine Adaptierung der Zielsetzungen des Landesenergieplanes notwendig machen.

Diese Maßnahme gewinnt vor allem auch deshalb an Bedeutung, zumal im Dezember 1989 der Entwurf des Energiekonzeptes der Bundesregierung vom dort ressortzuständigen Bundesminister Dr. Schüssel vorgelegt wurde.

Wie Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller bereits in der Fragestunde mitgeteilt hat, ist geplant, in den nächsten Monaten eine steiermarkweit angelegte Energiediskussion durchzuführen, die unter dem Motto „Energieforum Steiermark“ steht.

Auch die im Hohen Haus vertretenen Parteien werden in einer gemeinsamen Energieenquete ihren Diskussionsbeitrag zur Fortschreibung des Energieplanes leisten können.

Abschließend möchte ich festhalten, daß im Energiebereich dasselbe gilt wie im Umweltschutz, nämlich daß staatliche Maßnahmen sehr wichtig und natürlich

notwendig sind. Daß aber mindestens ebenso wichtig die private Initiative und ein weithin vorhandenes Bewußtsein in diesen Fragen ist. Nur wenn wir auch in unserem Lebensstil verstärkt zu einem umweltschonenden und energiesparenden Verhalten bereit sind – vom richtigen Beheizen der Räume über den Benzinverbrauch beim Auto bis zum Stromsparen –, werden wir auch eine erfolgreiche Energiepolitik insgesamt gestalten können. (16.15 Uhr.)

Präsident: Die zweite dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meier, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend Vollziehung des Landesenergieplanes, hat ebenfalls die gemäß § 58 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort zur Begründung der zweiten dringlichen Anfrage.

Abg. Mag. Rader (16.15 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Zwei Schwerpunkte sind es, die die nunmehr doch in Gang gekommene breite und öffentliche Diskussion über die Weiterentwicklung des Steiermärkischen Landesenergieplanes prägen und prägen müssen und auch ausschlaggebend dafür waren, daß wir uns entschlossen haben, gemeinsam diese dringliche Anfrage zu stellen. Das erste Faktum ist, daß die Frage aufgetaucht ist, in den letzten Monaten verstärkt, ist es denn überhaupt noch erforderlich und notwendig, neue Energieversorgungsanlagen auszubauen? Zweite Frage, die aufgetaucht ist und die natürlich auch mit einfließen soll, ist, inwieweit ist es uns im vergangenen halben Jahrzehnt gelungen, jene Grundsätze, die formuliert wurden, im Landesenergieplan tatsächlich auch zu spezifizieren, tatsächlich zu verdeutlichen und dann einer Realisierung zuzuführen? Meine verehrten Damen und Herren! Das war nicht die Frage, die für uns ausschlaggebend war, und zwar für alle Unterzeichner, daß man sich nunmehr gegen die Wasserkraft richten möchte. Ich persönlich, meine verehrten Damen und Herren, bekenne mich mit derselben Vehemenz für die Wasserkraft, als ich mich gegen die Atomkraft ausspreche. Die Ausgangslage im Jahre 1984 zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Landesenergieplanes entnehme ich einer Ausführung des damaligen Landesrates Dipl.-Ing. Riegler, der damals eine Studie des Wirtschaftsförderungsinstitutes zitiert hat, in der vorgesehen war, daß die Gewinnung von Energie aus Wasserkraft bis zum Jahre 1995, also in fünf Jahren, von 72 auf 74 Prozent steigen soll und die Gewinnung aus kalorischer Energie von 28 auf 24 Prozent in diesem Bereich sinken soll. Es ist daher unstritten, daß der Ausbau der Wasserkraft auch für die meisten – „meisten“ sage ich – erforderlich ist. Es ist aber die Frage aufzuwerfen – und hier haben wir formuliert, ob dieser Ausbau ordnungsgemäß und ausführlich öffentlich geplant war. Denn immerhin hat auch damals bei der Pressekonferenz zur Präsentation dieses Landesenergieplanes der soeben in der Beantwortung der ersten dringlichen Anfrage vom Herrn Landeshauptmann zitierte damalige Landesenergie-

beauftragte festgestellt, daß die Situierung der von der STEWEAG geplanten Murkraftwerke nicht aufgelistet und auch nicht vorgesehen und auch nicht beabsichtigt ist, das mit der Bemerkung, daß ein Handbuch für Bürgerinitiativen ja schließlich nicht erstellt werden sollte. Tatsache ist allerdings, daß der Landesenergieplan weitere regionale Entwicklungen und Spezifizierungen vorgesehen hat.

Meine verehrten Damen und Herren, hier sehen wir, daß das Problem Energieplan an sich dasselbe Problem ist wie überhaupt der Entwicklungspläne in der Steiermark. Es ist relativ leicht, großräumige und grundsätzliche Thesen zu vertreten und auch in Verordnungen zu verabschieden. Es wird schon viel schwieriger und wird daher auch meistens nicht gemacht, diese großräumigen Überlegungen tatsächlich in regionale Entwicklungen zu spezifizieren und tatsächlich die großräumigen Pläne wirklich dann zu spezifizieren. Es wird beinahe unmöglich, mangels dieser Spezifizierung eine endgültige Durchführung zu machen. Natürlich ist sie in den großen Grundsätzen leichter auch in der Öffentlichkeit über die Runden zu bringen, weil die Öffentlichkeit davon leider halt meistens nicht Notiz nimmt. Und wenn es ein Grundsatz ist, der dem einzelnen widerspricht, dann reagiert er wie seinerzeit im Hobellied und sagt, „da klopf ich meinen Hobel aus und denk, du brummst mir gut, es wird ja ohnehin nicht realisiert werden“. So gesehen, meine Damen und Herren, sitzt der Teufel dann tatsächlich im Detail. Und wie wir an Hand eines konkreten Beispiels im Moment in der Obersteiermark sehen, ist es so. Oder um es anders zu formulieren, diese Landesregierung ist großzügig in der allgemeinen Ankündigung, und, logischerweise, es muß auch Öffentlichkeitsarbeit sein, deren Bejubelungen. Sie ist schon sehr sparsam und vorsichtig und langsam mit den Detaillierungen dieser allgemeinen Pläne, so auch beim Energieplan. Und sie ist nahezu asketisch, wenn es um die Realisierung dieser detaillierten Pläne gehen wird.

Meine verehrten Damen und Herren! Allerdings ist, wenn man über Energie redet, in der Steiermark natürlich die STEWEAG, das steirische Landesenergieunternehmen, ein Hauptteil der Energieplanungen und muß es sein. Das heißt natürlich auch, daß die STEWEAG ihre Vorgangsweise, ihre Zielsetzungen in noch viel größerem Ausmaß als jetzt innerhalb dieses Landesenergieplanes haben darf, und auch hier ist eine Detaillierung bislang nicht vorgenommen worden. Und wenn man sich die Untersuchungen, die etwa in sehr guter Weise der Arbeiterkammertag in Wien über die Energieversorgungsunternehmen gemacht hat, anschaut, sieht man daraus, daß die STEWEAG in den letzten Jahren, und zwar seit 1983, im überhohen Ausmaß investiert hat. Das war ja auch die Frage der Investition in Mellach, die Sachanlagenzugänge 1984 bis 1988 waren bei der STEWEAG 72,6 Prozent. Auf diese Größenordnung kommt nur die SAVE in Salzburg mit 69,2 Prozent. Alle anderen sind weit hinten bis zu 25 Prozent in Vorarlberg, aber daß auch der sprunghafte Anstieg des Cashflow – ich detailliere das genau, weil daraus ergeben sich dann die Fragen – der sprunghafte Anstieg des Cashflow in der STEWEAG zum geringsten Maße in ganz Österreich in der Lage war, diese Sachanlagenzugänge tatsächlich auch abzudecken.

Meine verehrten Damen und Herren, weil die erste Frage, die wir in dieser gemeinsamen Anfrage stellen, Fischening ist, darf ich nur, bevor ich die Anfrage verlese, noch eine persönliche Anmerkung zu Fischening machen, von der ich ganz sicher weiß, und das sage ich ausdrücklich, daß sie zumindest zwei Antragsteller nicht teilen werden können, wenngleich wir uns auf die Fragen geeinigt haben. Dies sollte auch keine Schwerpunkt-Fischening-Debatte sein, wenngleich das bis zu einem gewissen Grad ausschlaggebend war. Die Besetzer, die allerdings dort sitzen, meine Damen und Herren, das ist eine persönliche Auffassung, sind keine Idealisten in Notwehr, sondern politische Söldner im Angriff auf den Rechtsstaat. Daher ist auch diese Besetzung keine Abwehr gegen ein energiepolitisch nicht zielführendes Kraftwerk, das muß erst diskutiert werden, sondern ein Akt der Provokation gegenüber dem Rechtsstaat, und ist daher zu trennen von einer seriösen, langwierigen, öffentlichen und sinnvollen Energiedebatte. Die Besetzer von Fischening sind kein Beitrag zu einer sinnvollen Energiedebatte. Daher, meine Damen und Herren, wollen wir gemeinsam diese Energiedebatte eingang setzen durch die Formulierung der Fragen dieser dringlichen Anfrage, die von den Kollegen Trampusch, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meyer, Kammlander, Dipl.-Ing. Dr. Korber unterzeichnet ist, und folgende konkrete Fragen stellt, konkretere Fragen, als sie bislang im Hause aufgelegt sind:

Erstens: Inwieweit entspricht das von der STEWEAG geplante Murkraftwerk Fischening dem Landesenergieplan?

Zweitens: Inwieweit ist der Landesenergieplan durch die Entwicklungen der letzten Jahre überprüfungs- und fortschreibungsbedürftig, und was ist in dieser Richtung seit 1984 geschehen? Eine Auftragserteilung allein wird wohl nicht reichen!

Drittens: Der Landesenergieplan sieht die Erstellung von kommunalen und regionalen Energieplänen vor; für welche Bereiche – und es handelt sich ja immerhin um ein halbes Jahrzehnt, das seit dem ersten Energieplan vergangen ist – liegen diese regionalen Energiepläne und kommunalen Energiepläne vor?

Viertens: Welche Maßnahmen des im Landesenergieplan enthaltenen Maßnahmenkataloges sind seitens des Landes beziehungsweise der dem Land unterstehenden Einrichtungen noch nicht realisiert? Und zwar wird auch hier nicht reichen, daß man jemanden beauftragt hat, das zu erheben, sondern wir bitten um eine detaillierte Antwort. (16.23 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung der zweiten dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Dr. Krainer (16.23 Uhr): Ich beantworte diese zweite dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meyer, Kammlander, Dipl.-Ing. Dr. Korber wie folgt:

Ich habe bereits bei der Beantwortung der ersten dringlichen Anfrage auf wesentliche Teile, Herr Kollege Mag. Rader, Ihrer Anfrage Auskunft gegeben und kann daher kurz antworten und mich auf zusätzliche und neue Aspekte konzentrieren.

Erstens: Zur Frage Fischen hat Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als ressortzuständiger Referent in der Fragestunde ausführlich und differenziert Stellung genommen. Ich teile und unterstreiche seine Ausführungen voll und ganz.

Zweitens: Inwieweit der Landesenergieplan 1984 überprüfungs- und fortschreibungsbedürftig ist, wird vom Landesenergiebeauftragten zur Zeit untersucht. Das ist eine seriöse Arbeit, Herr Abgeordneter, und sie ist im richtigen Rhythmus vorgesehen, ich habe im vorigen Jahr den Auftrag dazu gegeben. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden sie Ihnen selbstverständlich auch zur Verfügung stehen.

Drittens: Die Ausarbeitung kommunaler Energiekonzepte durch technische Büros oder Zivilingenieure erfolgt seit 1986 auf Grund eines am Handbuch für kommunale Energiekonzepte orientierten Pflichtenheftes und ist in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und dem Landesenergiebeauftragten zu vollbringen. Durch den Landesenergieverein und die Energieberatungsstelle des Landes, die ich auch in der ersten Beantwortung angesprochen habe, gab es dafür finanzielle und beratende Unterstützung. Fertiggestellt und in Umsetzung befinden sich die kommunalen Energiekonzepte für Graz, Deutschlandsberg, Trofaiach, Kalwang, Leibnitz, Kaindorf bei Leibnitz, Wagna, Müzzuschlag, Lieboch, Fürstenfeld, Altenmarkt bei Fürstenfeld und Pöls. In Gröbming ist ein kommunales Energiekonzept in Ausarbeitung und in Gleichenberg eines in Vorbereitung. Im übrigen gibt es in allen anderen Bundesländern derartige kommunale und auch regionale Energiekonzepte überhaupt nicht! Weil Sie gemeint haben, große Ankündigungen und dann wenige Mitteilungen.

Für die regionalen Energiepläne in der Steiermark werden zur Zeit auf Bezirksebene Energiebilanzen als Voraussetzungen für zielführende Planungen und Konzeptionen erstellt.

Viertens: Der Landesenergiebeauftragte Univ.-Doz. Dr. Hubert Zankel hat für den ressortzuständigen Referenten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller eine Untersuchung über die im Landesenergieplan 1984 angeführten Maßnahmen und ihren Umsetzungsrad erstellt. Diese Studie wird Grundlage für die in der Beantwortung der vorangegangenen dringlichen Anfrage bereits dargelegte steiermarkweite neue Energiediskussion unter dem Motto „Energieforum Steiermark“ sein. (16.29 Uhr.)

Präsident: Beide dringlichen Anfragen betreffen den Steirischen Energieplan. Auf Grund der Beratungen in der Präsidialkonferenz wird die Wechselrede in einem abgeführt. Ich eröffne daher die Wechselrede und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (16.29 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich kenne aus der Bibel das Recht der Erstgeburt. Seit heute weiß ich, daß es auch so etwas wie das Recht der Erstbesetzung gibt, denn ich habe bei der Präsidial-

konferenz erleben müssen, daß beide Fraktionen, die der ÖVP und der FPÖ, darum gerungen haben, wer sozusagen heute als erster das Präsidialbüro mit einer dringlichen Anfrage besetzt hätte. Natur-, erwartungs- und mehrheitsgemäß hat sich die ÖVP durchgesetzt.

Was möchte ich damit sagen, meine Damen und Herren? Ich habe schon dort erklärt, daß es uns um den Inhalt geht. Uns ist es völlig gleichgültig, wer als erster diese dringliche Anfrage stellt, denn anfragen kann man leicht, antworten ist manchmal sehr schwer, und es kommt nicht darauf an, wer als erster fragt, es kommt darauf an, wer als letzter eine gute Antwort geben kann. So verstehe ich die heutige Energie-debatte. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL.)

Die erste Frage, die beantwortet wurde, war, ob der Energieplan aktuell sei. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner jetzt gerade vorgenommenen Anfragebeantwortung auf die Verordnung vom 30. Jänner 1984 hingewiesen und voll Stolz erklärt, und das haben wir ja schon mehrmals in diesem Haus behandelt, daß dieser Energieplan der erste solcher Art in allen Bundesländern war und die Steiermark rechtzeitig die Situation erkannt hätte. Nur, Herr Landeshauptmann, hier muß ich leise einschränken, weil Sie gemeint haben, Mellach sei sehr umweltfreundlich gebaut worden. Das stimmt, nur, im Landesenergieplan 1984 wird besonders der verstärkte Einsatz heimischer Energiequellen, erneuerbarer Energiequellen angeführt – also Wasserkraft und Biomasse. Es steht dort kein Wort von polnischer Kohle drinnen, kein Wort vom forcierten Ausbau kalorischer Kraftwerke mit Auslandsabhängigkeit! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „War ja alles längst fixiert!“) Sie, Herr Landeshauptmann, haben Mellach als gutes Beispiel – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ist es auch!“) Nein, Sie haben wörtlich gesagt, wir haben die Situation rechtzeitig im Zusammenhang mit der Fragestellung erkannt, ob der Energieplan aktuell sei. Ich habe den Zusammenhang bitte nicht hergestellt. Nur, die Erlassung des heute so gerühmten Landesenergieplanes ist ja auch mit einer langen Vorgeschichte behaftet. Ein einziges Beispiel: Alle sozialistischen Abgeordneten dieses Hohen Hauses haben im Jahre 1982 einen Antrag, betreffend die Sicherung der künftigen Energieversorgung in der Steiermark (Energieplan für die Steiermark) eingebracht. Und hier in der Vorlage steht dann zu diesem Antrag der sozialistischen Abgeordneten, daß die Feststellung, eine langfristige koordinierte Planung ist zur Zeit in der Steiermark höchstens ansatzweise gegeben, also unsere Behauptung 1982, beziehungsweise, daß die vorstehenden Ausführungen erkennen lassen, daß neben dem Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung, welches in Kürze und so weiter, es ist allerdings erst zwei Jahre später dann gekommen, in die Begutachtung gehen wird, eine Vielzahl von koordinierter Tätigkeit im Energiebereich entfalten wird, weshalb dieser Vorwurf nicht aufrechtzuerhalten sei. Das wurde uns 1982 vorgehalten. Und in weiterer Folge wurde gesagt, daß die zur Koordinierung vorgeschlagene Einsetzung einer Landesenergiegesellschaft unnötig sei. Und zusammenfassend wurde damals festgestellt, daß die vorangeführten Aktivitäten des Landes nicht nur dem Sinne des Antrages entsprechen, sondern weit darüber hinausgehen. Davon leider kann man also rückschauend nicht reden.

Herr Landeshauptmann, Sie haben von Highlights der steirischen Energiepolitik gesprochen und mit Recht Energiesparprogramme angeführt, etwa das sicher erfolgreiche Programm beim Landeshochbau. Nur, wir alle fragen uns, wieso dann durch alle Zeitungen eine Meldung gegangen ist – dies hat jetzt nichts mit dem Landeshochbau zu tun –, daß Anfang Jänner ein neuer Rekord in der Steiermark mit 920 Megawatt Einspeisung, also elektrische Energie, erfolgt sei? Das heißt, das Wollen auf der einen Seite und die Erfolge auf der einen Seite müssen aber darauf schließen lassen, daß es auf der anderen Seite entweder viel mehr Bedarf an Energie gibt oder daß der Gedanke des Energiesparens und daher einiges, was hier im Landesenergieplan steht, einfach nicht zum Tragen kommen. Sonst würde ja diese Diskrepanz nicht feststellbar sein. Und Sie haben auch mit Stolz auf das Energiesparen in den Gemeinden hingewiesen. Ich darf nur bescheiden vermerken, daß wir schon 1974, vor eineinhalb Jahrzehnten, eine kommunale Energiesparagentur gegründet und in vielen Kleinarbeiten sozusagen das Bewußtsein aufbereitet haben. Wir haben in diesem Hohen Haus ja immer wieder von unserer Energiesituation gesprochen. Herr Landeshauptmann, Sie haben bei der Budgetdebatte im Dezember 1982 hier sehr vehement das Sonderbauprogramm des Bundes und das forcierte Kraftwerksausbauprogramm der Steiermark gegenübergestellt. Sie können das selbst nachlesen, auf Seite 17, dieses groß angekündigte Programm des Bundes bringt ja nur tausend Arbeitsplätze, aber unser – Sie haben nicht gesagt „mein“, Sie haben gesagt „unser“ – forciertes Wasserkraftwerksausbauprogramm bringt laut Tichy 3175 Arbeitsplätze, und das in der Zeit zwischen 1982 und 1986 waren insgesamt 6,6 Milliarden Schilling beim Wasserkraftwerksbau ausgegeben worden. Und als wir das angezweifelt haben, habe Sie gesagt, ich antworte gar nicht, gelinde gesagt, weil ich diese Art von Argumentation für dieses Hohe Haus für ungewöhnlich halte. Aber wenigstens wir selber in einer stillen Stunde sollen darüber nachdenken, wie die Dinge wirklich liegen.

Sie haben 1982 eine Nachdenkpause verordnet. Jetzt haben wir auch wieder eine. Aber vielleicht gerade deshalb, weil die Nachdenkpause anscheinend 1982 nicht genützt worden ist. Und in diesem von Ihnen angekündigten Kraftwerksausbauprogramm 1982 ist Farrach – das hat damals Farrach geheißen, in Wirklichkeit ist es Fösching –, hier hat es geheißen, 66 Gigawattstunden, geplante Inbetriebnahme 1987. Sie haben damals, 1982, die Fertigstellung des Kraftwerkes mit 1987 angekündigt. Ich sage es deshalb, weil Sie jetzt zur konkreten Frage unserer gemeinsamen Anfrage zu Fösching gemeint haben, der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller ist ja ressortzuständig, und Sie teilen seine Ansicht. Aber Sie haben sich sehr konkret zu Fösching, sprich Farrach, geäußert, nämlich am 28. Jänner 1986 auch hier im Hohen Hause. Sie haben damals wörtlich gesagt, Beispiel, ich zitiere: „Die Kraftwerkprojekte Farrach, Triebenbach gelten in diesem Programm als die in ihrer Realisierbarkeit wahrscheinlichsten jetzt, wobei bei Farrach Investitionsvolumen 510 Millionen Schilling, die VÖEST-Alpine durch ein Widerstreitverfahren diese Investition hindert.“ Sie haben also damals gesagt, Farrach würde schon gebaut, wenn die VÖEST mit ihrem Wider-

spruchverfahren das nicht verhindern würde. Also ich darf nur bescheiden anmerken, Sie haben sich damals schon eindeutig zu Fösching beziehungsweise Farrach bekannt, weil wenn das nicht genehmigt gewesen wäre, hätten Sie keinen Grund gehabt, hier die VÖEST als Verhinderer darzustellen. Ich vermute ja wirklich nichts anderes dahinter.

Was steht nun wirklich in diesem Energieplan 1984, über den wir heute reden und der fortgeschrieben werden soll? Ich mache das auch sehr kurz. Hier wird auf Seite 6 eine Befürchtung ausgesprochen, nämlich daß die Steiermark sehr wenig Eigenenergie besitzt und trotz des Vorhandenseins – ich zitiere wörtlich – „dieser noch zu erschließbaren Energievorkommen zu befürchten ist, daß bei einem weiteren Ansteigen des Energieverbrauches“ – das erleben wir leider – „die Importabhängigkeit der Steiermark bezüglich Energie weiter ansteigen wird“. Und es ist dann auch hier auf der nächsten Seite vermerkt, daß in einer Studie von Univ.-Prof. Dr. Simmler ausgewiesen wird, daß das Wasserkraftpotential der Steiermark erst etwa zur Hälfte ausgebaut ist und man etwa noch zwei Milliarden Kilowattstunden hier ausbauen sollte. Es ist dann eine steirische Nutzenergiebilanz, ausgehend vom Jahr 1979, angeführt. Hier ist die Wasserkraft mit zwölf Betajoul angeführt. Das sind 8 Prozent des steirischen Bruttoenergieverbrauches. Ich sage das deshalb, weil ich dann noch kurz darauf zurückkommen werde, wir haben ja vor kurzem eine Energiebilanz erhalten, die zeigt, daß hier einiges nicht passiert ist. Es heißt auch in diesem Energieplan auf Seite 53, daß der Stromverbrauch auch bei rückläufigem Gesamtenergieverbrauch, was man gerne haben möchte, weiter ansteigen wird. Und es wird begründet. Der elektrische Strom ist nicht nur für den Verbraucher die sauberste, sondern auch die praktischere Energieform. Sie ist auch Ersatzenergie für andere Energieträger, zum Beispiel Öl. Diese Entwicklung wird unterstützt durch den forcierten Ausbau der heimischen Wasserkraft. Und hier steht noch einmal, „deren Regelarbeitsvermögen bis zum Jahr 2000 verdoppelt werden könnte“. Es ist im Landesenergieplan auch angeführt, daß die ehestmögliche Schaffung des Verkehrsverbundes und des Ausbaues des öffentlichen Nahverkehrs quasi das Energiesparpotential schlechthin darstellt. Nur, beides, Verkehrsverbund und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, ist auch nicht im Sinne dieses Energieplanes 1984 erfolgt. Ich sage noch einmal, das energiepolitische Leitbild spricht also fast ausnahmsweise von Wasserkraft und Biomasse. Ich möchte das nicht im einzelnen wiederholen. Aber ich habe hier zur vormitägigen Beantwortung von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das steirische Energiepolitikmodell Steiermark, das ist vor der letzten Landtagswahl herausgekommen. Hier steht auf Seite 15, natürliche Ressourcen nützen Wasserkraftausbau in der Steiermark. Herr Landesrat, ich sage das deshalb, weil Sie heute gemeint haben, Umweltverträglichkeitsprüfungen sind ja nicht vorgeschrieben ad hoc. Hier steht nämlich wörtlich drinnen, ich nehme an, Sie stehen dazu, wenn Sie das herausgebracht haben: Durch die Gunst der Natur verfügt die Steiermark über erhebliche Möglichkeiten zur Erzeugung von Strom aus Wasserkraft. In Projektierung befinden sich weiters – es sind vorher andere angeführt, die der STEG in Lebring gehören – „die STEWEAG-Kraftwerke Farrach bei Judenburg,

sprich Fischen, und Triebenbach bei Trieben. Grundsätzlich ist festzustellen, daß der weitere Ausbau der steirischen Wasserkraft entsprechend dem steirischen Energieplan fortgesetzt wird. Dieser Ausbau kann aber unter Bedachtnahme auf die Umweltverträglichkeit erfolgen. Für größere Projekte, Murstufen, sind daher Umweltverträglichkeitsprüfungen erforderlich." Das ist damals, vor der Wahl 1985, eindeutig festgestellt worden. Sie sind erforderlich. Dann heißt es weiter: „Als vorbereitende Maßnahme hiefür wird derzeit“ – also 1985 – „ein Rahmenplan erstellt, der eine Gesamtbeurteilung aller denkbaren Kraftwerkstandorte entlang der Mur zum Inhalt hat.“ Nach Vorliegen dieses Rahmenplanes wird es möglich sein, eine Prioritätenreihe der Projekte entsprechend ihrem energiewirtschaftlichen Nutzen einerseits beziehungsweise ihrer Umweltverträglichkeit andererseits vorzunehmen. Herr Landesrat, wenn das so gekommen wäre mit Umweltverträglichkeitsprüfung, mit Rahmenplanung, mit der Prioritätenfestlegung, dann müßten wir alle heute nicht dringliche Anfragen einbringen und über dieses Thema so diskutieren. Dann würde aber die Antwort auch nicht so lauten können, wie wir sie am Vormittag gehört haben, denn Sie haben gesagt, es gibt keine gesetzliche Verpflichtung auf Vorschaltung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, Sie haben sie ja angekündigt und versprochen. Wenn jetzt eine Schweizer Gruppe eingesetzt wird, das ist aus unserer Sicht durchaus zu begrüßen, ergeben sich doch zwei Fragen: Denn erstens müssen Umweltverträglichkeitsprüfungen, die einem Konsenswerber sozusagen auferlegt werden, sicher vom Konsenswerber bezahlt werden. Umweltverträglichkeitsprüfungen, die ich nach Vorlage aller rechtskräftigen Bescheide erlasse, da weiß ich nicht, vielleicht durch gutes Zureden, daß die STEWEAG sich dann bereit erklärt, die Kosten für die nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung zu bezahlen. Ich bin auch nicht davon überzeugt, daß, wie Sie meinen, Herr Landesrat, die STEWEAG mit einem Wunsch an Sie herangetreten sei, diese Umweltverträglichkeitsprüfung nun doch zu machen.

Es gibt noch ein Problem dabei, ich will es aber nicht sehr negativ sehen: Ich lese in den Medien, es muß aber nicht immer alles stimmen, daß die Besetzer in Fischen schon erklärt haben, sie werden dieses Gutachten der Schweizer Experten nicht zur Kenntnis nehmen. Andererseits haben Sie uns aber gesagt, Sie haben die Zusage der Besetzer, wenn die STEWEAG erklärt, sie stellt den Bau ein, bis das Gutachten vorliegt, dann werden sie die Besetzung aufgeben. Jetzt frage ich Sie, was wird passieren? Einerseits soll das Gutachten nicht anerkannt werden, andererseits ziehen sie ab, weil die STEWEAG erklärt hat, sie wird bis zum Vorliegen des Gutachtens warten. Die Situation ist, glaube ich, eher noch etwas verworrener geworden. Herr Landesrat, Sie haben auch in der Landtagssitzung vom 28. Jänner 1986 – das Datum habe ich schon einmal zitiert – sehr ausführlich zu dieser problematischen Frage des Kraftwerksbaues gesprochen, ganz konkret und wörtlich, das bringe ich noch einmal in Zusammenhang mit der heutigen Feststellung, daß Sie nicht gewußt haben, daß Umweltverträglichkeitsprüfungen notwendig sind – Sie haben dort wörtlich gesagt, ich zitiere: „Nun zum Ausbauprogramm der STEWEAG selbst, das ja heute zur Diskussion steht: Wie der Herr Berichterstatter schon erwähnt

hat, ist es ein sehr umfassendes Ausbauprogramm, ich möchte sagen, ein sehr anspruchsvolles Programm, und man kann sagen, es ist auch ganz sicher ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen – nämlich die vorhandenen Ressourcen so zu nutzen, das heißt also, eine vernünftige Energiepolitik, die Vorräte, die es gibt, auch tatsächlich zu nutzen. Und positiverweise gerade von der STEWEAG werden sensible Bereiche, wo der Eingriff in den Naturraum problematisch gewesen wäre, von vornherein ausgeklammert und damit auch Konfliktfelder beseitigt.“ Sie haben das wörtlich angekündigt, es ist alles ausgeräumt, die Konfliktfelder sind beseitigt.

Nun zum vorletzten Teil, zu Fischen selbst: Es ist sicher eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei solchen Projekten notwendig. Ich frage mich aber schön langsam nur, ob nicht eine Rechtsverträglichkeitsprüfung in unserer Demokratie auch notwendig wäre, wenn man die Abfolge dieser Dinge über die Medien mitverfolgt. Da wird einerseits festgestellt, daß die Besetzer nicht bereit sind, ihre Identität bekanntzugeben, sie fordern aber über den Rechtsanwalt, daß bei jenen, die nächstens – was auch nicht vertretbar ist – sehr unsanft dieses Lager besucht haben, durch die Exekutive die Identität festgestellt werden soll. Man kann nicht auf der einen Seite die eigene Identität verschweigen, aber von den anderen die Identitätsfeststellung verlangen. Ihr Rechtsanwalt Dr. Franz Unterassinger beruft sich ganz klar auf Herrn Univ.-Prof. Dr. Schilcher – es tut mir leid, daß er heute nicht mehr da ist –, und zwar beruft er sich darauf, daß er seinerzeit gesagt hat, es sei im Abwehrkampf ein übergesetzlicher Notstand gegeben. Das sollte uns, glaube ich, auch zum Denken geben, denn für die Besetzer ist Univ.-Prof. Dr. Schilcher so etwas wie ein „rechtspolitischer Leihvater“, noch dazu ein sehr prominenter. Daher meine bescheidene Frage und Sorge einer rechtspolitischen Verträglichkeitsprüfung dieser Situation. Herr Landesrat, ich möchte jetzt nicht auch noch den Brief zitieren, den Ihnen die Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der STEWEAG geschrieben hat, ich habe den Brief und glaube, den haben viele erhalten – auch hier wird anscheinend von Leuten, die sehr wohl die Bescheide kennen und über das Vorverfahren informiert sind, mit viel Erstaunen zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht ganz verstehen und der Meinung sind, daß Sie, Herr Landesrat, so weit rechts stehen, daß es Ihnen nicht gelingen wird, die Grünen links zu überholen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Umweltschutz ist notwendig, es darf aber auch hier keine Monokulturen geben, auch keine geistigen. Nicht jedes Kraftwerk ist notwendig, aber auch nicht jedes Kraftwerk muß von vornherein schlecht sein. Ich glaube, wenn wir mit dieser Einstellung doch versuchen, zu guten gemeinsamen Lösungen zu kommen, dann wird uns allen das sicherlich auch für die Zukunft und für die steirische Energiepolitik etwas bringen.

Es wurde heute auch schon das Energiekonzept des Bundes, des Herrn Ministers Schüssel, zitiert. Dazu darf ich noch ein paar Worte sagen, damit es nicht mißverstanden wird: Hier wird ausgesagt, daß Modellsimulationen zeigen, daß im betrachteten Zeitraum neue Kraftwerkskapazitäten nicht notwendigerweise gebraucht werden. Davon ist abgeleitet worden, man braucht keine neuen Kraftwerke mehr bauen. Aber

hier muß man sich das genau anschauen, es heißt nämlich dann weiter – das darf ich wohl auch noch dazusagen: Die Belastung mit Luftschadstoffen aus kalorischen Kraftwerken nimmt im Falle eines Verzichts auf einen weiteren Wasserkraftwerksausbau und der damit verbundenen vermehrten kalorischen Erzeugung trotz modernster Rauchgasreinigungsanlagen zwangsläufig zu. Das heißt, man spricht deutlich davon (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten) – ich bin gleich fertig, Herr Präsident –, es sei kein Kraftwerksausbau von der Kapazität her notwendig, sehr wohl aber in Richtung Wasserkraft oder Biomasse, das kommt hier nicht so stark zum Ausdruck.

Ich darf abschließend sagen, daß es in dieser Angelegenheit noch sehr viele offene Fragen gibt, und wenn jetzt gemeinsam die Fortschreibung des Energieplanes geschehen soll und heute ein Energieforum sowohl in der „Kleinen Zeitung“ als auch hier angekündigt wurde vom Herrn Landeshauptmann und vom Herrn Landesrat, möchte ich doch sehr ernst aber immerhin eine boshafte Bemerkung machen: Mir kommen manche Dinge so vor wie aus einem ÖVP-Mandkalender, wo drinnensteht: „Brennt ganz hell der Hut, ist eine Enquete immer gut, ist die Kritik dann nicht mehr stark, heißt das ganze Modell Steiermark!“ (Beifall bei der SPÖ.) So darf es in dieser Frage nicht kommen, und daher stelle ich zum Abschluß einen Beschlußantrag, damit es auch gemeinsam bleibt, Herr Landeshauptmann, und nicht umfunktioniert wird zum „Modell Steiermark“, wenn am Ende etwas Gutes herauskommt!

Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meyer, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Landesenergieplan mit sehr konkreten Zielen und Festlegungen auch im regionalen Bereich vorzuschreiben; zweitens rasch einen Rahmenplan über eine Gesamtbeurteilung aller denkbaren Wasserkraftwerke, auch der privaten, an den steirischen Flüssen, wie etwa Mur, Enns, Raab und so weiter, vorzulegen; drittens rechtzeitig Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzunehmen und viertens Energietarife einzuführen, die das Sparen von Energie belohnen.

Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 16.50 Uhr.)

Präsident: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, muß ich darauf hinweisen, daß die Redezeit auf 20 Minuten beschränkt ist.

Am Wort ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (16.51 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Energieplan des Landes Steiermark, dessen Vollzug beziehungsweise Nichtvollzug heute diskutiert werden soll, ist genauso alt wie die Ereignisse um Hainburg, nämlich fünf Jahre. Er wurde im Jahre 1984 erlassen. Und die Frage lautet also nicht nur, wo ist die Energiepolitik im Land Steiermark geblieben, sondern sie lautet auch, was wurde in der Steiermark aus Hainburg gelernt? Damit ergeben sich automatisch

auch die Querverbindungen zu den aktuellen Ereignissen rund um das Kraftwerk Fisching bei Zeltweg. Was hat sich eigentlich geändert? Geändert hat sich die Erkenntnis, daß man mit Prügel der Polizei eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit zum Thema Energiepolitik nicht lösen kann. Nicht geändert hat sich die Schuldzuweisung auch heute meines Herrn Kollegen an „politische Söldner“ zum Beispiel. Das haben wir in Hainburg gekannt, das haben wir in Zwentendorf gekannt. Jedesmal, wenn es um Energiedebatten geht, ist die Frage der „politischen Söldner“ auf der Tagesordnung. Ich war im Dezember nach der Landtagsdebatte in Fisching. Ich habe dort vor Ort mit den Besetzern diskutiert, das Pro und Kontra der Besetzung. Ich habe meine Möglichkeiten dort diskutiert, die ich im Landtag habe. Wenn Sie jetzt meinen, daß diese Leute im Sold der Grünen stehen, dann haben Sie sich in diesem Fall geirrt. Es sind junge Menschen, die sich dort versucht haben, gewaltfrei zu artikulieren, was ihnen leider Gottes nicht immer gelungen ist. Es ist nicht ohne Eskalationen geblieben. Aber ich habe letzte Woche bei der Diskussion auf der Universität erlebt, in welchem Stil STEWEAG-Beschäftigte dort diskutieren und auf welch beleidigendem Niveau sie auf Argumente reagieren. Ihre Position der Stärke schafft natürlich auf der anderen Seite Ohnmacht und unter Umständen auch Aggressionen. Der Herr Kollege Mag. Rader beruft sich immer wieder auf den Rechtsstaat. Ich erinnere nur daran, daß auch im Namen des Rechtsstaates oder im Namen von Gesetzen immer in der Vergangenheit Menschen verfolgt worden sind und Menschenrechte verletzt worden sind. So einfach soll man es sich mit den Gesetzen bitte nicht machen.

Nicht geändert hat sich die Energiepolitik als solche, deshalb ist es auch kein Wunder, daß es zu einem neuen Hainburg oder zu mehreren neuen Hainburgs kommt. Nicht nur in der Steiermark, es ist auch bekannt, daß es in anderen Bundesländern Demonstrationen oder Besetzungen gegeben hat, zum Beispiel an der Bregenzer Aache, am Inn, an der Drau, an der Traun und an der Salzach. Damit will ich gleich auf den Kern der Problematik kommen. Wir diskutieren hier nämlich nicht über Energiepolitik, sondern im Grunde genommen um Wirtschaftspolitik und – wenn Sie es so wollen – natürlich auch um Arbeitsplätze. Das zeigen nicht nur die Handgreiflichkeiten von Bauarbeitern an Kraftwerksbaustellen, sondern das zeigen auch die Proteste etwa von Arbeitnehmern bei der Maschinenfabrik Andritz im Zusammenhang mit Fisching, das zeigen aber wohl am deutlichsten die vielen Seiten des Rechnungshofberichtes zum Thema STEWEAG. Und niemand wird ernsthaft über Energiepolitik in der Steiermark diskutieren können, ohne eine Meinung abzugeben, wie im Bereich unserer Landesenergie- und Elektrizitätsgesellschaft mit Geldern der Strombezieher umgegangen wird. Der Herr Landeshauptmann ist leider schon abwesend. (Präsident: „Er ist hier!“) Na, dann wird er ja noch zuhören, wenn es um die STEWEAG geht. Der Umstand, daß es dort trotz Kritik des Rechnungshofes grundsätzlich keine öffentlichen internationalen Ausschreibungen gibt, daß dort nicht einmal primitivste Regeln bei der Vergabe eingehalten werden, spricht schon eine sehr deutliche Sprache. Nämlich die Sprache, daß unter dem Vorwand – ich betone wirklich Vorwand – der Arbeits-

platzbeschaffung und -sicherung die STEWEAG zu einem einzigen Bedienungsladen umfunktioniert wurde. Spricht man nur von irgendwelchen Prozentzuwächsen beim Stromverbrauch oder nur von der sogenannten Notwendigkeit der Umstellung von Dampfkraftwerken auf Strom aus Wasserkraft, dann geht man an dem Thema von vornherein vorbei, und alles ist letztendlich eine Scheindebatte, womit wir wieder beim Thema wären. Sowohl der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als auch die STEWEAG haben mehrfach davon gesprochen, daß das Kraftwerk Faching nicht – ich zitiere – aus lauter „Jux und Tollerei“ gebaut werden soll. Dieser Meinung bin ich auch, und es stehen eine Reihe von Arbeitsplätzen dahinter. Natürlich auch fünf versäumte Jahre, in denen man auf andere Technologien, von der Fernwärme bis zur Wärmepumpe, hätte umsteigen können. Wir sind trotzdem durchaus der Meinung, daß Wasserkraftwerke zur Zeit nicht notwendig sind, und sehen uns damit in einer Reihe mit dem Herrn Bundesminister Schüssel. Wir sind allerdings der Meinung, daß dies nicht aus ernsten, wirtschaftlichen Gründen geschieht.

Soweit die Seite der Kraftwerkserrichter. Was nun den sogenannten Bedarf anbelangt, müssen wir feststellen, daß einerseits die Politiker endlich davon abgehen sollten, sich nicht die Welt der E-Wirtschaft allein von der STEWEAG und der Verbundgesellschaft erklären zu lassen und deren Wünsche als Bedarf in irgendwelche Bescheide hineinzuschreiben, um dann damit den Vorwand zu liefern, daß alle Welt sich auf den sogenannten Rechtsstaat beruft. Und der Bescheid, heute schon einmal erwähnt, in welchem der Bedarf für das Kraftwerk Faching geprüft wurde, nämlich der naturschutzrechtliche Bescheid, in dem zwischen volkswirtschaftlichem Bedarf und Naturschutz abzuwägen war, hat eigentlich eine Qualität eines – ironisch gemeint – „Kaszettels“ denn eines wirklich dem Problem angemessenen Verfahrens oder Bescheides, hat wirklich keine Qualität, und wir wissen das auch schon von anderen Seiten, wie das so mit Bescheiden geht. Ich erwähne nur das Kraftwerk Granitzenbach am Zirbitzkogel. Hier hat man einen Bescheid genauso wegen zweifelhafter Qualität und bedenklicher Art des Zustandekommens aufheben müssen.

Der nächste Punkt: Der Stromzuwachs ist nicht naturgesetzlich bedingt. Es ist auch kein Zufall, daß genau jene wesentliche Größe „woher kommt der Bedarf“ in keiner Untersuchung jemals näher erläutert wurde. Sie hören also richtig, es gibt für die Steiermark und auch für die anderen Bundesländer keine wissenschaftlich anerkannte offizielle Analyse der Ursachen des Stromverbrauchszuwachses. Es existieren lediglich einige Studien von sogenannten Außenseitern, die unter großer Mühe, das heißt meistens unter Boykottierung vor allem der Datengrundlagen durch die Stromgesellschaften, versucht haben, dieses Problem zu untersuchen beziehungsweise möglichst nahe an gesicherte Ergebnisse heranzukommen. Der Bedarf kommt einfach nicht vom Himmel herunter, sondern er ist hausgemacht und wird sogar massiv gefördert. Ich erwähne hier jetzt nur die Großverbraucher. Dazu kann man ja im Rechnungshofbericht seitenweise lesen und auch in der letzten Zeit die Berichte aus der

Tagespresse anführen. Der berühmte oststeirische Gastwirt aus Söschau, der an seinem Zähler manipuliert hat, ist ein Fall, der Genuß eines Sondertarifes für Großabnehmer ist ein anderer Fall. Und eben jener Größe, nämlich einem Gastwirt, bis hinauf zu den großen Industrieunternehmen, werden Rabatte gewährt, und zwar eben genau für jene, die dann am meisten Strom verbrauchen.

Ein nächstes Beispiel, erst vor wenigen Tagen diese bewußte Diskussion auf der Universität im Hörsaal A. Der Generaldirektor der STEWEAG antwortet auf eine Frage aus dem Publikum, daß für eine einzige Papiermaschine der Leykam-Mürztaler in Bruck an der Mur ein Anschlußwert von 40 Megawatt, das sind 40.000 Kilowatt, zu erwarten ist. Und daß für diese Maschine ständig 25 Kilowatt elektrischer Leistung zur Verfügung zu stellen ist. Und dies zu einem jahreszeitlich zwischen zirka 40 und 60 Groschen pro Kilowattstunde schwankenden Preis.

Dazu jetzt im Vergleich weitere Zahlen, die nicht unbedingt den Anspruch erheben, vollständig zu sein: Dieser dauernden Stromabnahme durch eine einzige Papiermaschine von 25.000 Kilowatt steht eine Leistung des Kraftwerkes Faching gegenüber, die zwischen 20 und einem Megawatt schwankt. Das heißt also, jahreszeitlich bedingt, zwischen Trockenzeiten im Winter und Sommermonaten beziehungsweise Zeiten in den Übergangsmonaten steigt die Stromproduktion auf zirka 20 Megawatt. Das bedeutet nichts anderes, daß, um diese Papiermaschine im Winter ausschließlich aus Wasserkraft zu betreiben, 25 solcher Wasserkraftwerke notwendig wären, und zwar in der Größenordnung von Faching. Laut offizieller Aussage der STEWEAG ist ab Kraftwerk der Preis für den elektrischen Strom in Faching 70 Groschen pro Kilowattstunde. Samt Personal- und Übertragungskosten sind aber sicherlich zirka 1,50 Schilling anzusetzen. Selbst wenn es weniger sein sollte, ist folgende Überlegung zulässig: Wie ist es möglich, daß ein zusätzliches Kraftwerk begründet wird mit dem Stromzuwachs, zum Beispiel eben dieser Papiermaschine in Bruck, und gleichzeitig offensichtlich der Strom weit unter den Gestehungskosten zur Verfügung gestellt wird? Wenn ich also im gegenständlichen Fall von einem Defizit pro Kilowattstunde von zirka einem Schilling ausgehe, bedeutet dies ein Defizit von 25.000 Schilling pro Stunde beziehungsweise 200 Millionen Schilling im Jahr.

Ein weiteres Beispiel – die Elektroheizung in der Steiermark: Die STEWEAG hat in der letzten Zeit der Bevölkerung weismachen wollen, daß die Strombedarfsspitze in der Steiermark durch Kleinheizgeräte verursacht wurde. Diese Geräte sind sicherlich Mitverursacher, aber nicht Alleinverursacher. Nicht umsonst erwähnt auch Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, daß es ihm gelungen sei, den Einbau der Elektroheizung bei öffentlich geförderten Bauten, insbesondere auch Wohnbauten, zurückzudrängen. Wir sehen das allerdings umgekehrt! Für uns ist die ÖVP verantwortlich für den Zustand, daß es in der Vergangenheit zu einer Explosion von E-Heizungsanschlüssen, vor allem im Wohnungsbau und bei den öffentlichen Bauten, gekommen ist, und zwar in den letzten Jahren. Und wir stehen heute vor diesem Fiasko. Diese Entwicklung ist

auch verantwortlich, daß etwa das Kraftwerk Zeltweg – jetzt ÖDK – nicht stillgelegt werden kann.

Wie Sie wissen, entspricht die elektrische Leistung des Kraftwerkes Zeltweg 130.000 Kilowatt, auf der anderen Seite sinkt die Leistung des Kraftwerkes Fischening an kalten Wintertagen bei Niedrigstwasser auf zirka 1000 Kilowatt herunter. Dies ist zumindest im langjährigen Durchschnitt an 30 Tagen im Jahr der Fall.

Wer in diesem Zusammenhang ernsthaft davon spricht, daß man umweltbelastende Dampfkraftwerke durch Wasserkraft ersetzen könne, belügt entweder sich selbst oder die Öffentlichkeit. Solange wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß in unseren Breiten im Winter geheizt wird, das heißt, unsere „Dreckschleudern“, wie Zeltweg, eben im Winter zu ersetzen sind und nicht im Sommer, solange kann man nicht ernsthaft von einem Ersatz von Kohle- oder Ölkraftwerken durch Wasserkraftwerke sprechen.

Dennoch ist es möglich, den Einsatz von Kohle und Öl zu reduzieren und damit die Umweltsituation zu verbessern. Wir müssen aber, und damit komme ich zurück zum Landesenergieplan beziehungsweise zur Energiepolitik in diesem Lande, folgende einfache wirtschaftliche Überlegungen anstellen. Ich meine, es ist billiger, mit dem eingesetzten Geld – nehmen wir jetzt zum Beispiel die 500 Millionen Schilling für Fischening – Energiesparmaßnahmen vorzunehmen, als zusätzliche elektrische Energie bereitzustellen, das heißt Kraftwerke zu errichten.

Nach allen vorliegenden Informationen – und jeder einigermaßen informierte Zeitgenosse wird Ihnen das bestätigen – stehen wir heute vor einer Situation, daß im Bereich der Wärmedämmung an Gebäuden zwar unheimlich viel gemacht werden könnte, wenn nur die entsprechenden Förderungen oder Unterstützungen vorhanden wären. Eine Gegenüberstellung der Kosten für eine Kilowattstunde vor allem im Winter – und wir reden jetzt immer vom Winter – für Strom aus Wasserkraft im Winter kostet also bedeutend mehr, als die Rentabilitätsgrenze für Wärmedämmungsmaßnahmen beträgt.

Entscheidend bei dieser Überlegung ist selbstverständlich, daß man Gelder aus dem Bereich der Elektrowirtschaft auch in einen Bereich umschichtet, der sich nicht auf die Elektrowirtschaft beschränkt. Dann kann ich mit diesen Geldern durch Wärmedämmung sehr wohl den Einsatz von Kohle, Öl und Gas bei zahllosen Gebäuden beziehungsweise auch bei zahllosen Heizungen stark verringern. Diese Überlegungen – und damit bin ich am Schluß – waren schon bei Hainburg beziehungsweise bei der Erstellung des ersten Energieplanes für das Land Steiermark durchaus aktuell, und damals wurden diese Überlegungen schon stark diskutiert. Leider hat man seit damals nichts unternommen, man war anscheinend auch politisch zu schwach, um das durchzusetzen, und heute stehen wir vor der Situation, wie sie sich in Fischening darstellt. Es hat sich nichts geändert; ich hoffe, daß durch diese Diskussion im Landtag doch einiges in Bewegung kommt und vor allem auch die Fachleute im Rahmen dieser Enquete und der Veranstaltungsreihe über Energiepolitik in der Steiermark neue Erfahrungen sammeln. Ich danke. (17.08 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (17.08 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe schon ein Lob des Herrn Präsidenten bekommen, weil ich mich an die Redezeit gehalten habe, und ich werde mich auch diesmal daran halten.

Ich möchte in der Geschichte der österreichischen Energiepolitik etwas zurückblenden beziehungsweise zurückblättern: Bei Zwentendorf hat es geheißen, es gehen die Lichter aus, wenn das nicht gebaut wird – bei Hainburg hat es geheißen, es werden die Lichter ausgehen – und auch bei Fischening läuft es in der gleichen Richtung an. Es war für mich interessant, daß heute sozusagen der Chef der STEWEAG, der Herr Landeshauptmann als Alleineigentümer des steirischen Stromzählers, dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller alle Kompetenzen beziehungsweise Verantwortung hinschieben wollte und gemeint hat, er sei nicht kompetent in der Sache Fischening; – ja selbstverständlich, wenn ich Bauherr bin, bin ich der Hauptverursacher und sehr kompetent in der Angelegenheit.

Es ist auch unglaublich, aber wahr, daß seitens der STEWEAG noch immer die 10 Prozent jährliche Bereitstellungskosten bzw. Betriebserhaltungskosten für den Atomsarg Zwentendorf zur Tullnerfeld-Zwentendorf-AG. abgeliefert werden, obwohl jeder weiß, daß Zwentendorf wenigstens nach der Entscheidung des Staatsbürgers todsicher nicht in Betrieb geht. Dieses sogenannte „todsichere Atomkraftwerk“ ist unserer Meinung nach tatsächlich „todsicher“, wenn man die ganzen Erfahrungswerte berücksichtigt, die bisher bei Atommeilern gesammelt wurden. Ich glaube aber, daß wir diese Themen hinter uns haben und für uns das Thema „Wasserkraft, Einhaltung des Energieplanes“ ein wirklich willkommener Anlaß ist, und das verdanken wir Leuten, die den Mut und die Energie haben, in Fischening ihrer Meinung parteiunpolitisch voll Nachdruck zu verleihen. Wir verdanken es den Leuten, die den Mut haben, daß wir heute wieder einmal in eine Energiediskussion einsteigen und heute wieder einmal über einen Landesenergiebeauftragten reden, der für mich immer der STEWEAG-Energiebeauftragte ist. Wir haben Kontakte zu anderen Herren Professoren auf der Technischen Universität, auf der Technischen Hochschule, die an und für sich sagen, Fischening ist eine absolute energiepolitische Fehlplanung, und daher brauchen wir von einer Umweltverträglichkeit nicht einmal reden. Denn wenn es energiepolitisch eine Fehlplanung ist, dann ist es schade um jedes Umweltverträglichkeitsgutachten. Dann darf diese Maßnahme einfach nicht mit dem Geld der steirischen Steuerzahler beziehungsweise Stromzahler gebaut werden, auch wenn es noch so schön geplant ist. Ich möchte auch gar nicht verhehlen, daß der Planer zum Beispiel ein persönlicher Freund von mir ist, Ing. Brunold, der auf der Hochschule fünf Jahre gegenüber von mir gesessen ist. (Abg. Dr. Hirschmann: „Super!“) Ja, und trotzdem ich nie aus irgendwelchen freundschaftlichen Interessen irgend etwas decken noch dulden. Wir haben auch Gemeinderäte, in Judenburg zum Beispiel den Herrn Hasler, der wieder eine andere Meinung vertritt. Aber es ist auch gelungen, ihm klarzumachen,

daß – nachdem wir drei Jahre hier im Landtag ein energiepolitisches Konzept verlangt haben, den Energieplan am Papier, Papier ist geduldig, das nicht eingehalten wird, wo die Umweltverträglichkeitsprüfung vom Modell Steiermark verpflichtend vorgeschrieben wird, nicht einmal bei der Planung eingehalten wurde, ist für uns ein leeres Papier. Ich habe den Herrn Hasler gebeten, einmal grundsätzlich unsere Meinung zu unterstützen, daß die vorhandene und reichliche Energie, elektrische Energie der Wasserkraft in der Steiermark, im Sommer einmal sinnvoll in eine speicherbare Energie für die Wintermonate, für die Engpässe umgewandelt wird. Und sollte es im Jahre 2020 heißen, jetzt brauchen wir wieder Wasserkraft, dann kann man über energiepolitische und auch Umweltverträglichkeitsmaßnahmen überhaupt zu diskutieren anfangen. Auf jeden Fall ist es dem Herrn Hasler gelungen, mit den Vorstandsdirektoren Gutjahr und wie sie alle heißen in Kontakt zu treten und von denen auch einmal zu verlangen, was ist bitte mit der Überschußenergie im Sommer?

Wir müssen auch zwischen fachlicher und persönlicher Meinung unterscheiden. Und das ist das Schöne an unserer Demokratie, daß jeder seine persönliche Meinung haben kann, und es ist sehr schön, wenn einer dann versucht, doch bei einer fachlichen Meinung mitzudenken und vielleicht auch mitzuhandeln. Ich habe hier das Energiesparbuch des Herrn Landeshauptmannes Dr. Niederl, bitte, das, was damals gemacht worden ist in den achtziger Jahren, in allen Ehren! Das war eine gute Sache. Wir haben den Energieplan aus den fünfundsiebzig Jahren, eine gute Sache. Aber es ist jetzt einfach notwendig, daß diese Dinge ernsthaft nicht nur diskutiert werden und wieder besprochen wird, was alles gemacht wurde, Mellach hin und Mellach her. Die ganze Geschichte Mellach verdanken wir Steirer der Grünalternativen Szene, die das damals vorgeschlagen hat. Dann ist dem Herrn Märzendorfer beim Rasieren eingefallen, daß man das vielleicht doch machen könnte. Diese Rasieridee ist dann so gut geworden, daß wir das heute überall verkaufen, steiermarkweit verkaufen, und auch als Energiebeitrag oder als Entschwefelungsbeitrag, wir haben damals immer gesagt, nicht schwafeln, sondern entschwefeln, daß dieser Beitrag auch anderswo anerkannt wird. Wie lang ist uns gesagt worden, daß bei den sogenannten Braunkohlekraftwerken der ÖDK eine Entstickung technisch überhaupt gar nicht möglich ist. Ich kenne doch diese Herren zur Genüge, und ich muß sagen, sie haben alle im Sinn ihrer Interessensvertretung einfach gesagt, das ist nicht möglich, der Strom wird dann unwirtschaftlich. Was glauben Sie, was das kostet? Da haben wir gesagt, ja, die fünf Groschen können wir auch noch dazuzahlen, wenn wir zu einer sinnvollen Entschwefelung und Entstickung kommen. Und siehe da, nächste Woche wird auch die Entstickung in der ÖDK eröffnet. Es geht heute technisch sehr viel, und wir sind froh, daß die Ideenlieferanten wenigstens soweit akzeptiert werden oder auch hie und da gestreichelt werden, weil jeder Mensch braucht auch Streicheleinheiten. Auch in der Politik ist es leider so. Die festen Grundsätze, Energieimporte zu reduzieren und Energiesparmaßnahmen anzugehen aus dem Jahre 1985, wird von uns vollinhaltlich unterstützt, und jede Maßnahme in der Richtung ist nur ein Beitrag im Sinne eines zeitgerech-

ten Umweltschutzes. Heute ist aber das Thema Ausbau der Wasserkraft, sozusagen Fischen, als umweltfreundliche Energiemaßnahme, weil die Argumentation so ist, daß man die kalorischen Dreckschleudern, vor allem die ÖDK Zeltweg, vielleicht reduzieren kann. Ich glaube, das ist Ihnen jetzt allseits bekannt, daß dieses Märchen einfach nicht greift, weil eben die elektrische Energie der Flußkraftwerke im Winter vor allem beim Projekt Fischen praktisch in bezug auf die Investitionskosten kaum der Rede wert ist. Mit 7 Schilling Leistungskosten pro Kilowatt ist es eigentlich eine Überbezahlung. Es ist unwirtschaftlich, wenn man allein von der energiewirtschaftlichen Seite her das betrachtet. Ich bin auch gar nicht glücklich über die Entwicklung, das alles auf ein Umweltverträglichkeitsgutachten abzuwälzen. Ich stelle hier im Landtag die Forderung, daß Leute der Hochschule, zum Beispiel Herr Prof. Schleicher, der volles Ansehen der ÖVP genießt, ein Herr Prof. Raggam, der volles Ansehen vor allem der „schwarzen Riege“ hier genießt, daß die einmal ein Energieverträglichkeitsgutachten machen, ein Energiewirtschaftlichkeitsgutachten, und daß der Herr Dr. Zankel als Landesenergiebeauftragter einmal hier unterstützt wird durch solche Leute. Sind wir doch ehrlich, einer kann nicht alles wissen, einer kann nicht die ganzen Landesenergieprobleme kennen – das ist eine Hausmachtspolitik vom Herrn Landeshauptmann, weil er an und für sich so beschäftigt ist, daß er immer nur einem zuhören kann. Dadurch kommt aus dieser Machtpolitik auch ein gewisses Höflingswesen heraus. Das heißt, stellen Sie Ihren Höflingen, Ihrem Landesenergiehöfling Dr. Zankel Leute, die auch unser und Ihr Vertrauen genießen – Prof. Schleicher, Prof. Raggam – zur Seite, und überlegen Sie, ob es nicht sinnvoller wäre, die 500 oder 600 Millionen Schilling anders zu investieren, aus der Obersteiermark ein Energiesparzentrum zu machen, ein Energiezentrum für Technologien, die auch zukunftsweisend sind, die zukunftsreich Chancen haben. Hören wir auf mit diesen ganzen Greißlerprojekten, wo wir dann der Öllobby eigentlich nur Sparring machen und da 33 Prozent für dieses Wahnsinnsprojekt in der Steiermark zahlen sollen. Das ist eine falsche Wirtschaftspolitik. Setzen Sie die Gelder der Steuerzahler, der Strombezieher ein, um eben gemeinsam mit Schleicher, Raggam und anderen Leuten, die es wirklich ehrlich meinen, zusammenzuarbeiten. Herr Landeshauptmann, bitte, vielleicht wäre es einmal möglich, im Zuge dieser Energieenquete, daß man wirklich einmal versucht, reden Sie mit Prof. Schleicher, mit Raggam, laden Sie uns dazu ein. Machen Sie einmal ein Gespräch der im Landtag vertretenen politischen Parteien. Die Energieenquete von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller werden wir voll unterstützen. Aber Sie sind der Chef der STEWEAG. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Er ist kein Jurist!“) Ich weiß, aber ich bin nie eingeladen worden zur Ihrer Solositzung. Aber ich bin nicht eingeladen worden! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie gehören zu meinen alten Freunden. Ich lade Sie gerne ein!“) Ach so, Herr Landeshauptmann, wenn Sie sagen „alter Freund“, dann wird es immer gefährlich bei Ihnen, habe ich gehört. Und wenn Sie zum Klopfen anfangen, dann wird es noch gefährlicher! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es ist die Wahrheit. Ich lade Sie zu einem solchen Gespräch ein!“) Sie sind Alleineigentümerversorger. (Landeshauptmann

Dr. Krainer: „Wissen Sie, was nach dem Aktiengesetz der Eigentümervertreter ist? Der Vorstand ist autonom, der Aufsichtsrat hat Kontrollrecht!“ Und trotzdem sind Sie der Chef. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe nicht einmal ein Weisungsrecht!“) Dann geben Sie den Posten zurück, und sagen Sie, der Landtag soll die Aufsicht über die STEWEAG übernehmen.

Herr Landeshauptmann, Sie haben letztesmal schon gesagt, die ganze Situation ist sozusagen kaum verständlich. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ein rein formelles Phänomen.“) Sie ist auch für uns nicht mehr akzeptierbar, weil die STEWEAG ist zu 100 Prozent Eigentümer des steirischen Steuerzahlers beziehungsweise des steirischen Strombeziehers. Wäre es nicht an der Zeit, Ihre Bürde, die Sie so schwer tragen müssen und trotzdem die alleinige Verantwortung tragen (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich kann Ihnen schwer helfen!“), an den steirischen Landtag abzugeben? Wäre das nicht schön? Uns fehlt ja auch im Landesbudget zum Beispiel die Dividende der STEWEAG. Der Gewinn der STEWEAG scheint hier nicht auf, obwohl das Land 100 Prozent Eigentümer ist. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wir werden, wenn Sie es wünschen, den Herrn Professor für Handelsrecht einladen!“) Vorher bitte ich, mit Prof. Schleicher und Prof. Raggam, mit allen Klubs und politischen Parteien zu versuchen, dieses Thema ernsthaft zu diskutieren. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Okay!“) Gut, ein Mann ein Wort! Sie haben mich schon einmal eingeladen, ich hoffe, ich werde das zweite Mal nicht enttäuscht!

Ich bin der Ansicht, daß die Steiermark ein gutes Beispiel ist für Biomasseenergiepolitik, für das, was auf dem Gebiet der Hackschnitzelanlage gemacht wurde, auf dem Gebiet der Biomasseverwertung, das alles ist zukunftsweisend, ist richtungsweisend, zum Beispiel die Gemeinde Wildon, eine energieautarke Gemeinde mit Biomasse, da können die Landwirte wieder ihre Biomasse verkaufen, können überleben, haben ein Einkommen, und die Energie kommt uns allen wirklich zugute, und zwar eine umweltfreundliche und schonende Energie in der Erzeugung und im Verbrauch.

Ich möchte hier aber ganz klar noch einmal sagen: Der Wohnbauschek – ich habe es heute schon einmal gesagt, und der Herr Landesrat Dipl. Ing. Schaller hat es zur Kenntnis genommen – wie viele Minuten habe ich noch? (Präsident Meyer: „Sechs Minuten!“) Sechs Minuten noch, gut, sechs ist immer eine gute Zahl! – Wenn man aus der „Kleinen Zeitung“ erfährt, daß in der Hilmteichsiedlung mit dem Wohnbauschek wieder eine elektrische Fußbodenheizung gefördert wurde, dann gehören die Beamten – ich möchte den Herrn Landesrat entlasten, er kann ja nicht überall dabei sein –, dann gehören die Beamten zur Rechenschaft gezogen, denn man kann nicht heute noch, wo man von Fernwärme und Nahwärme redet, noch elektrische Fußbodenheizungen installieren – Energieverrichter sondergleichen, auch noch ungesund, denn wenn der Boden heiß ist, ist das Wohnklima ungesund. (Abg. Kanduth: „Das gibt es nicht, zu heiß!“) Ja, ich weiß, man fährt im Niedertemperaturbereich, aber trotzdem, rede einmal mit Leuten, die etwas von einem Wohnklima verstehen, manche reißen heute bereits ihre Fußbodenheizung wieder heraus, weil sie diese ewige Wärme bei den Füßen nicht mehr vertragen;

angeschwellene Füße und so weiter sind die Folge. Außerdem ist der Boden viel zu hart, ein Holzboden ist noch immer der beste Boden. (Abg. Kanduth: „Das stimmt nicht!“) Gut! Vielleicht reden wir einmal mit Leuten, die bereits ihre Fußbodenheizung hinausgeworfen haben, obwohl sie ein Defizit von 100.000 Schilling haben!

Ich möchte auf den Kollegen Mag. Rader zur Sprache kommen, wenn er sagt, „politische Söldner im Angriff auf den Rechtsstaat in Fisching“, das ist keine Grundlage einer sinnvollen Energiepolitik im Land Steiermark. Hier muß ich sagen, er hat von der aktiven Umweltpolitik überhaupt keine Ahnung, und er hat auch nicht die Sensibilität, so etwas richtig zu bewerten.

Ich sage auch, ich war deswegen nicht in Fisching, weil das Thema derart brisant ist, daß man es parteipolitisch nicht verwenden, geschweige denn mißbrauchen soll. Wir haben aber Kontakt mit den Leuten und werden schon schauen, daß es richtig läuft.

Ich bin auch nicht glücklich mit der Aussage von Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, jetzt wird alles auf dieser Umweltverträglichkeitsprüfung aufgehängt. Eines muß man sagen: Wenn das, wie ich es sehe, richtig läuft, ist er ein guter Taktiker, das wurde auch bestätigt. Es kann positiv oder negativ ausgehen! Sie haben aber taktisch etwas sehr Kluges gemacht: Sie haben sich den Gutachter durch den Kollegen Hagenauer motivieren lassen, es steht in der Zeitung, daß der ihn vorgeschlagen hat. Das ist im Sinne der Objektivität für mich unmöglich (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Hat er nicht vorgeschlagen!“) Hat er nicht vorgeschlagen! Gut, dann ist die Zeitungsmeldung falsch. Hat er das auch nicht motiviert? (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Er kennt ihn, aber er hat ihn nicht vorgeschlagen!“) Er kennt ihn, aber er hat ihn nicht vorgeschlagen, gut, nehmen wir das zur Kenntnis! Jetzt haben Sie zwei Möglichkeiten: Ich mache jetzt ein Gedankenspiel, daß es auch nicht so gespielt wird: Wenn es für Fisching positiv ausgeht, wäre es möglich zu sagen, na ja, gut, die Leute kennen die, zu denen muß man Vertrauen haben. Ich hoffe, daß das nicht so gespielt wird, sonst würde ich einen Aufschrei machen und sagen, in dieser Richtung kann man mit uns nicht so spielen, vor allem finde ich es auch nicht sinnvoll, daß man das Thema in dieser Richtung versucht, es sich unter den Nagel zu reißen. Geht es negativ aus, dann hoffe ich, daß Sie zu Ihrem Wort stehen und sagen, Fisching wird nicht gebaut. Gut, somit haben wir dieses Thema abgeschlossen.

Wir sind der Ansicht, daß der größte Schatz, den wir zu bergen haben, die Energieverluste sind. Wir können mit besserer Regelungstechnik, mit Energiesparmaßnahmen 30 Prozent der Primärenergie besser nutzen. Damit hätten wir in den nächsten 20 Jahren kein Energieproblem, wenigstens was die derzeitige Energiesituation betrifft.

Für uns ist das Thema Wasserkraft gegen Atomkraftwerk, das wissen Sie genau, seit 20 Jahren überhaupt kein Thema, und wir möchten eines: Wir möchten, daß die Überschußenergie der Laufkraftwerke, das schreiben die Freunde in Fisching ganz richtig, nicht um 3,6 Groschen pro Kilowattstunde verschleudert wird, sondern in eine wertvolle, speicherbare Energie umgesetzt wird. Der Vorteil der Primärenergie ist, daß sie

speicherbar, jederzeit verfügbar ist, wenn man sie lagert, wie zum Beispiel Holz, Kohle, Öl, Gas – bei Gas gibt es schon wieder das Problem der Speicherkapazität. (Präsident Meyer: „Herr Abgeordneter, die Zeit ist um, 20 Minuten sind vorbei; bitte kommen Sie jetzt zum Schluß!“) Ich werde das Thema jetzt in einer Minute abrunden!

Wir wollen, daß die Überschußenergie der Laufkraftwerke in speicherbare Energie umgesetzt wird, es bietet sich die Wasserstofftechnologie förmlich an – aus jeder Steckdose kann mit Elektrolyse Wasserstoff erzeugt werden. Vor allem ist diese Energie gleich wie Biogas auch im öffentlichen wie im privaten Verkehr verwendbar. Wir stellen uns vor, was Mercedes seit vier Jahren macht: ein Wasserstoffauto, das seit vier Jahren absolut betriebsbereit ist und die besten Ergebnisse bringt, und daß wir in der Steiermark nicht warten, bis irgendeine Öllobby etwas vielleicht in 20 Jahren freigibt, sondern daß wir selber in diese Technologie einsteigen und mit dem Wasserstoff, der Technologie der Zukunft, weiterkommen, denn bei der Umsetzung von Wasserstoff mit Sauerstoffzugabe in Energie wird Wasserdampf frei, und das kann jeder von uns unbedenklich inhalieren. Ich danke. (17.29 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heibl das Wort.

Abg. Heibl (17.29 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Ich war, wie die Frau Abgeordnete Kammlander, auch im Dezember in Fisching. Ich rede daher von etwas, das ich in Wirklichkeit gesehen habe, und mache keine Ferndiagnose. Es waren zwar keine Baumaschinen mehr auf der Baustelle, und es wurden auch keine Leute mehr angetroffen – bis auf ein paar Einheimische –, aber trotzdem. Aber was uns Bauarbeiter stört – und ich möchte das jetzt nicht strapazieren –, ist folgendes, das uns besonders berührt: daß wir auch in diesem Fall wieder als Umweltzerstörer hingestellt wurden, obwohl wir weder Planer dieses Kraftwerkes sind, noch Betreiber und schon gar nicht Besitzer. Es wird auch immer wieder gesagt, daß die Bauwirtschaft einer derer ist, die unbedingt diese Wasserkraftwerke bauen wollen. Es stimmt schon zum Teil, aber die Wertschöpfung sieht anders aus. Ein Drittel der Wertschöpfung bei einem Wasserkraftwerk ist Ingenieurleistung, ist kaufmännische Leistung, ein Drittel ist wirkliche Bauleistung, und ein Drittel ist Maschinenbau und Elektrotechnik – also in keiner Weise eine Vormachtstellung der Bauarbeiter oder der Bauwirtschaft insgesamt. Daß der Ausbaugrad der Wasserkraftwerke in unserem Lande, in Österreich und wahrscheinlich in der Steiermark ähnlich erst bei knapp über 60 Prozent der möglichen Nutzung liegt, dürfte ja eigentlich allen bekannt sein. Nur, beim Stromkonsum gibt es meiner Auffassung nach derzeit zu wenige Möglichkeiten des Einsparens von Energie. Hier liegt natürlich eine große Möglichkeit. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo! Ein wahres Wort zur rechten Zeit. Zehn Jahre sind verschlafen worden!“) Das stimmt! Nur muß man eines dazu sagen, daß die Situation folgende ist, daß wir in der nächsten Zeit, wenn wir die benötigte Energie zur Verfügung stellen

wollen, ich denke hier an die Neue Bahn, aber auch an die Papiermaschine in Bruck, um zusätzliche Kraftwerke nicht herumkommen werden. Aber auch die Idee, meine Damen und Herren Abgeordneten, die in den Medien bereits im Dezember abgedruckt war, daß man – und die Frau Kammlander hat das auch gesagt – mit diesen 500 Millionen Schilling sicher etwas anderes machen könnte, wie zum Beispiel die Häuser in der Anschlußgegend zu isolieren. Das ist eine Möglichkeit, aber die reicht sicher nicht aus, um keine Kraftwerke mehr zu bauen. Denn in Österreich sind etwa nur 8 bis 10 Prozent der Wohnungen mit elektrischer Energie beheizt. Und diese Häuser sind meistens auch aus der letzten Zeit, also vor kurzem gebaut und daher besonders gut isoliert. Wir isolieren ja seit dem Ölschock im Jahre 1976 unsere Häuser enorm. Und teilweise, meine Damen und Herren, müssen wir diesen Menschen, die in diesen gut isolierten Häusern heute wohnen, das Wohnen wieder direkt beibringen; wir isolieren so gut, daß wir weder, Frau Kammlander, einen Sauerstoff hereinbringen und umgekehrt, den Wasserdampf nicht wieder hinausbringen. (Abg. Kammlander: „Diese Rechnung klingt hohl. Sie machen nur bei diesen Wohnungen eine bessere Wärmedämmung, in denen eine Elektroheizung ist!“) Nein, nein, Frau Kammlander, da irren Sie sich. Schauen Sie ein bißchen herum, dann werden Sie das schon sehen. Es wird genug isoliert, um Millionen.

Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, der Grazer Literat Herrgout hat das so nett gesagt, wie soll man wissen, ob man richtig mißt, wenn man selbst das Maß der Dinge ist. Das paßt auf ihre Bewegung wunderbar. Es gibt ja auch das bekannte Beispiel USA. Wir haben das bei der Diskussion in der Universität ja auch gebracht, wo Energie-, Elektrounternehmen Energiesparmaßnahmen finanziert haben. Nur ist der Vergleich mit diesen Staaten für uns nicht passend, weil in Amerika rund 40 Prozent der Wohnungen mit elektrischer Energie beheizt werden. Darum bin ich der Meinung, meine Damen und Herren, daß es für uns niemals geben kann ein entweder oder, Kraftwerksbau oder nur isolieren, sondern beides zusammen, sowohl als auch. Das ist meine Auffassung.

Und jetzt zum Kraftwerk Fisching direkt. Es ist für mich unverständlich, dieses Kraftwerk ist im Energieplan, die Bescheide sind alle rechtskräftig, die Rodung wurde vergeben und auch durchgeführt, und das ist kein kleiner Auftrag. Und plötzlich stoppt man dieses Bauvorhaben und holt ein neues Gutachten aus der Schweiz. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die haben noch gar nicht angefangen!“) Dann waren Sie nicht oben!

Die Leute werden nach Hause geschickt, die Maschinen abgezogen, die Leute wahrscheinlich auch noch zusätzlich dem Arbeitsamt übergeben. Nur, weil etwa zehn bis 20 Personen bis auf einen nicht aus der Gegend stammend, die Baustelle für besetzt erklären. Ich weiß schon, daß man mit Schaffung von Arbeitsplätzen heute keinen Kraftwerksbau mehr rechtfertigen kann. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Aber es geht ja weiter. Am 13. Jänner, Frau Kammlander, schickt man in Fisching weitere Bauarbeiter auf die gerodete Baustelle, um diese berühmte Hütte abzutragen. Natürlich kommt es zu Verletzungen und zu gefährlichen Drohungen. Ich bin der Meinung, so kann das auch nicht gehen. (Abg. Dipl.-

Ing. Dr. Korber: „Die lächerliche Hütte hat nicht einmal ein Fundament!“)

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, entweder ist man doch zuwenig vorsichtig bei der Entscheidungsfindung, wie das gebaut werden soll, vorgegangen oder, zu dem neige ich eher, die Verantwortlichen der STEWEAG und der Landesregierung haben auf die Herausforderung dieser zehn bis 20 Menschen überempfindlich reagiert. Es gibt nämlich auch positive Beispiele in unserem Land Steiermark. (Abg. Kammlander: „Was hätten Sie als Verantwortlicher gemacht?“)

Lassen Sie mich einmal ausreden. Es gibt auch positive Beispiele in unserem Land beim Kraftwerksbau, wo es nach dem Baubeginn zu keinen Schwierigkeiten gekommen ist. Ich denke an die Kraftwerke bei Frohnleiten, ist nach Baubeginn kein Problem gewesen. Ich denke an die Kraftwerke etwa südlich von Graz in Lebring, wo es zu keinen Problemen nach Baubeginn gekommen ist.

Ich möchte aber zusammenfassend jetzt feststellen: Ich glaube auch, daß das Erstellen von Großkraftwerken in der Zukunft nicht einfach sein wird, weil einfach die Entscheidungsfindung eine komplett andere geworden ist. Man kann nicht am Tisch entscheiden, das wird gebaut. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Ich gebe eine größere Chance eher mittelgroßen Kraftwerken und der Revitalisierung bestehender, etwa so wie in Lebring, wo ein Kraftwerk, das nicht mehr entsprochen hat, außer Kraft gesetzt wurde, und es ist heute sogar ein Museum, und man hat an derselben Stelle ein anderes gebaut. Aber ich gebe auch dieser Möglichkeit eine Chance, diese überschüssige Energie in Form von Wasserstoff zu bringen, ich weiß nur nicht, wie das technisch besonders gut geht. Ich nehme nur an, daß es technisch noch nicht besonders ausgereift ist.

Und noch etwas, es dürfte sich auch wirtschaftlich nicht besonders rechnen, weil ich kann es mir nicht vorstellen, daß es sonst nicht passieren würde. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Es ist unvorstellbar, daß es so einfach ist und nichts geschieht!“)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß, wenn mit noch mehr Feingefühl und auch mit mehr Mut an diese Energieversorgungsbauten herangegangen wird, uns dann ähnliche Differenzen wie in Fisching erspart bleiben werden können. Danke für das Zuhören! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Nächstes Mal, wenn Landtag ist, nehme ich ein Heferl mit und zeige dir mit der Steckdose, wie man Wasserstoff gewinnt!“ – Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.38 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (17.38 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich bin auch einer derjenigen gewesen, die sich in Vorbereitung auf diese heutige Diskussion den Landesenergieplan angeschaut haben (Abg. Erhart: „Das erste Mal!“), und war überrascht davon, wie konkret auch die Maßnahmen darin enthalten sind, so daß wir tatsächlich auf Grund der Maßnahmen, die dort schon 1984 formuliert und niedergeschrieben

worden sind, heute überprüfen können, wie erfolgreich war tatsächlich diese steirische Energiepolitik. Und da ist auch die Antwort sehr leicht, und sie ist ja heute direkt und indirekt auch durchaus schon gefallen. Es ist in der Steiermark durchaus eine Energiepolitik geschehen, die sich sehen lassen kann und die in vielen Bereichen auch eine Vorreiterrolle einnimmt österreichweit. Und das möchte ich an einigen Beispielen nochmals aufzeigen, weil es sich lohnt, auch über diese Aspekte zu reden, weil Fisching doch nur ein kleiner Teil in diesem gesamten Mosaik ist. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Sie haben die Haushalte noch nie beraten, wie man sparen könnte!“) Schauen wir etwa auf die Energiebilanzierung, von der heute auch schon gesprochen worden ist. Und sie ist deswegen so wesentlich, weil auf Grund dieses Planungsinstruments dann tatsächlich Entscheidungen getroffen werden können. So ist heute auch schon angeklungen, daß zwar der Strombedarf gestiegen ist, daß aber trotzdem der Gesamtenergiebedarf gleichgeblieben ist, so daß wir auf Grund dieser Energiebilanz wissen, daß sich einfach innerhalb der Energieträger Verschiebungen ergeben, obwohl der Gesamtenergiebedarf im wesentlichen konstant bleibt. Das hat natürlich wesentliche Veränderungen zur Folge, und eine hat Kollege Trampusch schon zitiert, daß etwa die Stromsteigerungen, die schon im Jahre 1984 prognostiziert worden sind, auf Grund der Maßnahme, die man etwa in der Wärmedämmung im Geschoßbau eingesetzt hat, gar nicht in dem Ausmaß gekommen sind, wie ursprünglich angenommen. Insgesamt, glaube ich, daß hier auch noch ein zweiter wesentlicher Punkt für die konkrete Politik dann herauskommt, daß nämlich auf Grund der Energiebilanz auch die Luftschadstoffe errechnet werden können, so daß auch hier Maßnahmen ganz gezielt greifen.

Ein weiterer Schwerpunkt war ja auch die Einsparung. Auch hier ist schon genannt worden, und es ist notwendig, das zu wiederholen, daß die Beratungsfälle um die 1600 pro Jahr sind, und auch hier ist es notwendig zu wiederholen, daß sich dadurch, daß die Beratung sich auf die Gemeinden erstreckt, mit einem gewissen Multiplikator zu rechnen ist, so daß tatsächlich in realiter natürlich wesentlich mehr von dieser Energieberatung profitieren, so daß der Einspareffekt natürlich wesentlich größer ist als diese 1600 Beratungsfälle im Jahr. Eine gigantische Vorreiterrolle, die das Land im Landeshochbau eingenommen hat mit dem guten Viertel an Energieeinsparung, ein Äquivalent von über 600 Einfamilienhäusern, was an Schadstoffen hier vermieden worden ist, was an Energie vermieden worden ist durch reale Einsparungserfolge. Ein weiterer Punkt ist auch die Verschärfung etwa im Bereich der Wärmedämmung, das wurde auch schon angesprochen. Es wurde durch die Bauordnungsnovelle die Möglichkeit geschaffen, hier auch verstärkt einzugreifen. Die Energiebuchhaltung für die Gemeinden, wo tatsächlich auch für die Gemeindebauten das nachvollzogen werden kann, was im Landeshochbau schon geschehen ist. Auch ein in die Zukunft gerichteter Handlungsbedarf, Forschungsprojekte etwa des Landesenergievereins, wo diejenigen Schulen und öffentlichen Bauten herausgefiltert werden, die noch besonders energiefressende Konstruktionen haben, wo also durch gezielte Wärmedämmung und sonstige Maßnahmen auch wieder ein deutlicher Einspareffekt

erzielt werden kann. Ich glaube, es geht nur so, daß die Flanke nicht offengelassen werden kann, sondern ein möglichst breites Herangehen an diese gesamte Energiefrage notwendig ist, weil Einzelantworten zu falschen Schlüssen verleiten. Darauf möchte ich noch etwas später eingehen.

Es hat aber auch eine starke Umorientierung gegeben von den fossilen Energieträgern zu erneuerbaren. Auch hier ist es wesentlich, diesen Weg weiterzugehen – (Abg. Trampusch: „Sie müssen eine andere Bilanz haben, Herr Kollege!“) das ist geschehen, lesen Sie nach. Sie werden nachlesen, daß etwa, wenn Sie die Wasserkraft nehmen, den Ausbau in der Biomasse, daß Sie auf einen Prozentsatz kommen, den Sie vor fünf bis sechs Jahren an erneuerbaren Energieträgern noch nicht gehabt haben. Überhaupt ist etwa in diesem Bereich mit 13 Prozent Primärenergieanteil Biomasse die Steiermark führend, unter anderem natürlich auch, weil eine besondere Förderung in diesem Bereich gegeben ist, der uns auch kulturell, von der Geographie her und von der Beschaffenheit mit dem Wald in der Steiermark betrifft. (Abg. Trampusch: „10 Prozent, nicht 13 Prozent!“) 13 Prozent, die neueste Zahl! (Abg. Trampusch: „Dann haben Sie eine andere Bilanz!“) Das ist aus dem Jahr 1967! Es muß auch einen kleinen Heimvorteil geben! (Abg. Trampusch: „Unserer Fraktion steht nichts Neues zur Verfügung!“)

Ich stelle dem Herrn Abgeordneten Trampusch gerne das neueste Modell-Steiermark-Exemplar zur Verfügung, nachdem es eine Vorliebe von ihm ist, daraus zu zitieren und mir jedesmal Freude zu bereiten. (Abg. Gennaro: „Es wäre besser, wenn ihr es selber genau lesen würdet, damit ihr wißt, wovon ihr sprecht!“) Ein weiterer Schwerpunkt war die Effizienzsteigerung beim Energieeinsatz, verbunden mit Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit – ich spreche von der Fernwärmeversorgung; auch hier sind die Zahlen bekannt und auch schon genannt worden. Es ist wesentlich, darauf hinzuweisen, weil hier wirklich ein gigantisches Investitionsvolumen durch diese beachtliche Förderung zur Verfügung steht, und es ist auch rasch angenommen worden, wie die 1900 Wohneinheiten, die Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hier bekanntgegeben hat. Auch würde ich durchaus den Anstieg der Fernwärme im geförderten Geschoßbau auf über 40 Prozent als tatsächlichen Erfolg in diesem Bereich nennen, genauso wie den Rückgang an E-Heizungen von 25,8 auf 11,4 Prozent. Hier ist die richtige Entwicklung über die Zeit auch tatsächlich zu einem vernünftigen und erträglichen Ergebnis gekommen.

Das ist ein überaus positiver Rückblick, die Vorschau ist schon differenzierter zu betrachten, weil hier die Landesenergiepolitik auch davon abhängt, wie es auf Bundesebene weitergehen soll. Ich verhehle nicht, daß ich keine große Freude mit der forcierten fossilen Energieträgerschaft und dem Einsatz dieses fossilen Energieträgers auf Bundesebene habe, weil es die eigenen Anstrengungen in diesem Bereich konterkarieren würde. Hier ist noch kein letztes Wort gesprochen, und es gilt hier auch, gemeinsam dagegen aufzutreten.

Einige Bemerkungen erlauben Sie mir noch zum Ausgangspunkt unserer heutigen Diskussion und des vielfachen Studiums des Energieplans – für manche

eine Auffrischung –, zum Kraftwerk in Fisching. Für mich war entscheidend der Lernprozeß hier insofern, als wieder einmal klar geworden ist, daß sich sehr viele im Besitze von Wahrheiten befinden, die in Wahrheit aber nur Teilwahrheiten sind, und die Summe all dieser Teilwahrheiten ergibt dann nicht das allgemein verbindliche und tatsächliche Gesamtbild, sondern es ist auch hier ein vernetztes Denken erforderlich. Einzelne dieser Teilwahrheiten sind natürlich für sich gesehen, auch wie sie heute vorgetragen wurden, durchaus aus der jeweiligen Position heraus verständlich, können aber nicht für die Gesamtsicht gesehen verbindlich erklärt werden. Es ist so, wie der Herr Abgeordnete Mag. Rader gemeint hat, der Teufel steckt im Detail, und in dieser Erkenntnis wurde von ihm das Detail bewußt umgangen und ist im Allgemeinen steckengeblieben.

Aber lassen Sie mich einige dieser Teilwahrheiten noch einmal zusammenfassen: Stromsparen ist die schonendste Art, sich Kraftwerke zu ersparen, nur wird hier auch übersehen, daß Leistung und Arbeit gerade bei der Elektrizität zwei Kategorien sind, die oft vermischt werden, und das zeigt das Beispiel, daß der Stromverbrauch von einer Waschmaschine und einem Herd hintereinander nur ein Kraftwerk erfordert, während, wenn diese Leistung gleichzeitig in Anspruch genommen wird, zwei Kraftwerke erforderlich sind – übertragen auf die gesamte Steiermark. Hier muß tatsächlich differenziert werden zwischen Leistung und Arbeit. Eine Leistungserhöhung, das heißt, das Zurverfügungstellen der Energiemenge zum selben Zeitpunkt, kann auch eine Kraftwerkserweiterung trotz Stromeinsparung zur Folge haben.

Wir sehen auch in diesem Bereich – es wurde auch schon aus dem Jahre 1982 zitiert, als das Kraftwerk Fisching schon im Gespräch war – folgendes: Wir haben gerade in diesen Großbauprojekten lange Projekt- und Verfahrensdauern, das heißt, zu einem Zeitpunkt eine Planung dieser Großbauvorhaben, wo dann zum Realisierungszeitpunkt unter Umständen das Bewußtsein und die Stimmungslage in der Bevölkerung, aber auch der Planenden eine ganz andere ist. Die Forderung kann hier nur heißen, daß wir sehr rasche, von der Bürgerbeteiligung begleitete Gesamtverfahren haben, wie sie sehr wohl – und die Umweltverträglichkeitsprüfung ist nun einmal Bundeskompetenz – in Diskussion sind. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ja in den jüngsten drei Monaten in Verhandlung gewesen, weil es sogar einen eigenen Regierentsentwurf hierfür gegeben hat.

Spannend ist für mich auch, daß die betriebswirtschaftlichen Argumente dann plötzlich von denjenigen in den Mund genommen werden, die sonst betriebswirtschaftliche Argumente nie gelten lassen. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber ist nicht im Haus, aber es ist genau diese verkürzte Sicht der Dinge, daß die Kosten, die über Emissionen im Umweltbereich entstehen, die etwa im Gesundheitsbereich entstehen, nicht berücksichtigt werden, sondern aus einem allgemeinen Steuertopf heraus zu begleichen angesehen werden und dadurch Verzerrungen eintreten, weil diejenigen Kraftwerke, die keine Emissionen, keine Umweltbelastungen, keine Gesundheitsbelastungen verursachen, in ihrem realen Errichtungsaufwand höhere Kosten haben. Auch hier ist der Schluß nahelie-

gend, daß betriebswirtschaftliche Argumente keine zutreffenden Argumente sind, solange die externen Kosten nicht in die Errichtungskosten und in die Betriebskosten aufgenommen werden.

Verständlich ist auch, daß die Bevölkerung in der Umgebung des geplanten Kraftwerkes mehr als verbittert ist über die Situation, daß einige wenige scheinbar dieses Kraftwerk verhindern können, andererseits aber Behördeneinsatz und das engagierte und couragierte Auftreten von Landesrat Dipl.-Ing. Schaller nicht verhindern kann, daß eine tatsächliche „Dreckschleuder“ einige Kilometer nebenan ihren Betrieb trotz aller Bedenken wieder aufnimmt und fortsetzt. Und zutreffend ist wahrscheinlich auch, daß am fünften Jahrestag von Hainburg quasi zur Geburtstagsfeier wahrscheinlich jedes Kraftwerk in Österreich hätte erhalten müssen, um einem Teil der Grünen Bewegung eine Geburtstagsfeier auch wirklich zu erlauben, und zwar derjenigen, die in einem grünen Hegemoniestreben quasi sowohl Hainburg als auch viele andere Grünbewegte aller Parteien und Parteilosen für sich zu vereinnahmen suchen. Und so war es ja auch entlarvend, wie Wahl im Parlament, obwohl es keine diesbezüglichen Vorgänge gegeben hat, bereits von schwer verletzten Legionen in diesem Bauwerksgelände, im projektierten Kraftwerksgelände, gesprochen hat, obwohl tatsächlich keine Verletzungen – mit kleinen Ausnahmen – aufgetreten sind. Aber trotzdem, auch Skeptiker, die eben diesen Vergleich mit Hainburg nicht zulassen, sind keineswegs sicher, daß dieses Kraftwerke tatsächlich benötigt wird. Die Bedarfsfrage ist nämlich nicht leicht zu beantworten, weil wir ja auch die Substitutionswirkung mit einbinden müssen in diese Beantwortung, weil wir mitsehen müssen, daß wir Strom importieren aus Staaten, die jetzt in das Bild der Öffentlichkeit gerückt sind, wo unter katastrophalen ökologischen Verhältnissen Billigstrom, Billigenergie produziert werden und wir quasi unter spätkolonialistischen Verhältnissen uns dann diesen billigen Strom importieren. Auch diese Substitutionseffekte, auch diese Verantwortung, die wir gegenüber diesen Ländern, die sich nunmehr auch in der ökologischen Frage entfalten wollen, sind hier mit zu berücksichtigen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Auf was es mir angekommen ist, ist, darauf hinzuweisen, daß die Diskussion nicht geführt werden kann, wenn jeder nur eine der keinen Teilwahrheiten sich herausnimmt und mit dieser Teilwahrheit auf der Fahne in den Kreuzzug marschiert. Und so etwa stelle ich mir, obwohl ich nicht dabei war, auch die Diskussion auf der Universität vor, daß tatsächlich jeder sein kleines Argument, das für sich gesehen durchaus zutreffend sein mag, hergenommen hat und dabei geblieben wird, daß aber diese Gesamtsicht nicht aufgebracht worden ist. Das ist unser Auftrag, das ist tatsächlich der Auftrag, den die Politik hat. Das ist – glaube ich – auch der, so habe ich das verstanden, wie Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das sehr eindrücklich geschildert hat, wie er diese Dinge angegangen ist, nämlich klug und vor allem mit dem, was heute eben erforderlich ist, ein vernetztes Denken, ein die verschiedenen Teilwahrheiten berücksichtigendes Denken, denn Problemverkürzung und sektorale Sicht der Dinge sollten tatsächlich der Vergangenheit angehören. (Beifall bei der ÖVP. – 17.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Sponer das Wort.

Abg. Sponer (17.55 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Meine Wortmeldung habe ich heute nicht deshalb gemacht, weil ich ein Energiespezialist bin, sondern deshalb, weil kein Tag in unserem Bezirk und in unserer Region vergeht, wo man nicht von besorgten Mitbürgern und Mitbewohnern angesprochen wird, nämlich mit der Frage, wie lange werdet ihr Politiker noch zusehen, was hier in Fishing passiert. Meine Damen und Herren! Meine Aufgabe heute hier ist es, die Meinung und die Wünsche der Bevölkerung in unserem Gebiet zu vertreten und auch kundzutun. Und bei dieser Gelegenheit möchte ich auch einmal darstellen, wie es uns örtlichen Abgeordneten in den Bezirken, und im speziellen hier in unserem Bezirk, draußen geht, mit welchen Dingen man konfrontiert wird. Und bei weitem ist es nicht möglich, all diese Argumente und Darstellungen, wie sie heute hier von allen Rednern kundgetan wurden, den Menschen draußen zu sagen. Daher versuche ich einmal, das aus unserer Sicht und in unserer Situation darzustellen.

Meine Damen und Herren, etwa eine Woche vor der Besetzung der Baustelle in Fishing wurden wir örtlichen Abgeordneten von der STEWEAG eingeladen, uns an Ort und Stelle vom Baufortschritt zu überzeugen, und was hier geplant ist. Der Kollege Zellnig und ich haben diese Einladung angenommen, und wir haben uns das angeschaut. Dort wurde uns von den Verantwortlichen der STEWEAG versichert, daß alles, was den Bau und den Beginn betrifft, in Ordnung sei, daß es für alles rechtskräftige, gültige Bescheide gibt, daß auch alle notwendigen Gutachten vorhanden sind und wir eigentlich sehr optimistisch die Baustelle verlassen haben. Dazu darf ich noch sagen – dies ist auch etwas Positives –, daß es der STEWEAG gelungen ist, recht lange vorher das Projekt in der Öffentlichkeit im positiven Sinne vorzustellen, und es wurde auch positiv von der Bevölkerung akzeptiert und angenommen. Und nun, meine Damen und Herren, mit diesem guten Gefühl – ich darf noch einmal sagen, wir haben ja gar keine andere Möglichkeit, als das zur Kenntnis zu nehmen und auch zu glauben, was uns offizielle Vertreter und Fachleute sagen. In diesem Sinne und mit diesem Glauben haben wir natürlich auch mit den Leuten in unserem Bezirk und in unserem Gebiet gesprochen. Ich darf noch auf ein Schreiben vom 17. Jänner vom Vorstand der STEWEAG hinweisen, ich glaube, das haben alle Damen und Herren des Hohen Hauses bekommen mit dem Prospekt Kraftwerksprojekt Fishing, wo unter anderem steht, ich zitiere: „Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, daß sämtliche für die Errichtung erforderlichen Genehmigungen vorliegen und mit allen vom Kraftwerksprojekt berührten Grundeigentümern, Fischerei- und Wasserberechtigten privatrechtliche Verträge abgeschlossen werden konnten. Sämtliche Bürgermeister des Bezirkes Judenburg haben sich für eine rasche Realisierung dieses Projektes ausgesprochen. Es kann von einer breiten Zustimmung der örtlichen Bevölkerung gesprochen werden. Im Gegensatz dazu wird diese Baustelle unter Verletzung zahlreicher gesetzlicher Bestimmungen seit Ende

November von einer Gruppe von Aktivisten, die überwiegend nicht aus diesem Bezirk kommen, widerrechtlich besetzt gehalten, wodurch Schäden in Millionenhöhe entstanden sind. Bis zum Vorliegen eines vom Land Steiermark in Auftrag gegebenen zusammenfassenden Umweltverträglichkeitsgutachtens wurden die Bauarbeiten ausgesetzt.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Prospekt der STEWEAG, wo das Kraftwerk vorgestellt wird, ist im Anhang beigeschlossen eine positive naturschutzrechtliche Genehmigung, eine positive Stellung der Bundesanstalt für Fischereiwirtschaft, eine positive Stellung des Institutes für Geothermie und Hydrogeologie. Und auf einmal, meine Damen und Herren, ich wiederhole – es wurde ja schon heute gesagt –, taucht eine Gruppe von Berufsdemonstranten – so bezeichne ich sie, und so werden sie auch von der Bevölkerung in unserem Bezirk gesehen – auf. Ich darf noch dazu sagen, derzeit, mit heutigem Tage, befinden sich zwei Personen aus der Region unter den Besetzern, alle anderen kommen von Vorarlberg bis Wien, um hier ihre Besetzungen oder Demonstrationen durchzuführen. Und das, meine Damen und Herren, ist das, was die Bevölkerung in unserem Bezirk nicht mehr versteht, auch nicht verstehen will, und eben auch interessiert ist, daß hier ein Ende gesetzt wird.

Meine Damen und Herren, was machen diese Herrschaften? Diese Herrschaften benutzen und besetzen ein fremdes Grundstück, diese Herrschaften errichten ohne Bewilligung ein Bauwerk, diese Herrschaften verheizen Holz, das nicht ihnen gehört (Abg. Erhart: „Das ist schlicht und einfach Diebstahl!“), und diese Herrschaften, meine Damen und Herren, richten Schäden in Millionenhöhe an. Das ist nachweisbar. Ich möchte als Beispiel dazu sagen, wenn jemand einen Garten besitzt und die Absicht hat, ein Gartenhäuschen aufzustellen, und das nicht kommissionieren läßt und nicht die Bewilligung der Gemeinde einholt, bekommt er einen Abbruchbescheid und muß innerhalb kürzester Zeit dieses Bauwerk entfernen. Diesen Herrschaften ist anscheinend alles gestattet, die können machen, was sie wollen. Das ist die Situation, die die Bevölkerung nicht mehr versteht und auch nicht mehr zur Kenntnis nehmen will. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir leben in einem Rechtsstaat, und es kann nicht angehen (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Diese Argumente sind ein Witz!“), es kann nicht angehen, daß es in Zukunft so ist, daß eine Handvoll Menschen in diesem Lande laufend gegen das Gesetz und gegen das Recht verstößt und daß sich eine Mehrheit in diesem Lande von solchen Leuten tyrannisieren läßt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Meine Damen und Herren, es ist derzeit so, daß diejenigen, die das Recht brechen, und diejenigen, die dort als Besetzer auftreten, von der Exekutive geschützt werden müssen vor der aufgebrachten Bevölkerung. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wer bricht das Recht?“) Wer das Recht bricht? Ich habe dir gerade vier Punkte genannt, lieber Freund. Ich sage dir nur eines: Wenn du hinaufkommst, fährst du nach einer Stunde wieder heim. Bleib einmal oben, lebe oben so wie wir und setze dich mit den Leuten auseinander, dann bekommst du eine andere Einstellung dazu.

Meine Damen und Herren, einen Vorwurf – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die Hütte bedarf keiner beson-

deren technischen Maßnahme!“) einen Vorwurf muß ich – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die Argumente sind lächerlich!“) Korber, gib eine Ruhe, melde dich zum Wort, wenn du etwas zu sagen hast! (Präsident Meyer: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Sponer!“) Was aber die Leute ebenfalls nicht verstehen ist, daß von seiten auch des Landes diesen Besetzern gegenüber ein Kniefall gemacht wird. Es wird ein Gutachten in Auftrag gegeben. Wir wissen aus Pressemeldungen, daß sich diese Besetzer geäußert haben, „wenn das Gutachten da ist, nehmen wir es trotzdem nicht zur Kenntnis“. Ich darf sagen, meine Damen und Herren, dieser Kniefall – so nenne ich ihn – kostet nicht nur zusätzliches Geld dem Steuerzahler oder dem Stromabnehmer, wer es letztendlich zahlen wird, werden wir sehen, sondern es tritt dadurch auch eine Verzögerung beim Baubeginn um einige Monate ein. Und noch etwas – wieder gesehen aus der Sicht und aus der Situation unseres Bezirkes. Dieses Projekt Fischening – (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber. – Präsident Meyer: „Der Herr Abgeordnete Sponer ist am Wort!“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das muß ich ihm ja sagen!“) Dieses Projekt Fischening ist für die steirische Wirtschaft sicherlich äußerst wichtig, im besonderen für die Wirtschaft in unserem Bezirk und in unserer Region. Es geht immerhin um ein Volumen von mehr als 500 Millionen Schilling. Darüber hinaus ist auch dieses Projekt und das ganze Gebiet als Sport- und Freizeitgebiet in der Zukunft ebenfalls für die Bevölkerung von großer Bedeutung und wird auch zur Verfügung stehen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Macht lieber etwas für den Zeltweg Wald!“)

Meine Damen und Herren, es wäre daher meines Erachtens – und so denken viele in unserem Bezirk – wichtig, daß die Arbeiten für dieses Projekt, für diesen Bau sofort aufgenommen werden und daß vor allem dem Recht in unserem Lande wieder zu seinem Platz verholfen wird.

Namens meiner Fraktion darf ich sagen, daß wir beiden Beschlußanträgen – wobei ich sagen möchte, daß unserer den konkreteren Inhalt hat – unsere Zustimmung geben werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.06 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl.

Abg. Pörtl (18.06 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser sehr langen Debatte ist es, wenn man es genau betrachtet, fast für jeden schwer verständlich, wenn man mit einer solchen Form ein solches Projekt blockiert oder verhindern will. Ich möchte aber trotzdem sagen, daß wir trotzdem alles ausreizen müssen – die heizen sich selber auf, da tu ich mir nichts an! –, um in dieser Zeit vordergründig doch zu versuchen, zu überzeugen und nicht zu überwältigen. Ich möchte, trotzdem es fast nicht verständlich ist, etwas Positives ableiten: Es ist im Grund fast ein Projektunterricht über die grundsätzliche Energiepolitik der Zukunft. Das ist wahrscheinlich der tiefe Stachel, den man praktisch in die gesamte Problematik stecken möchte. Nur eines ist ein Faktum: Wir erleben immer mehr auf weiten

Gebieten, daß wir früher sehr klar nach der Methode: sehen, urteilen, handeln unsere Entscheidungen getroffen haben. Wir begegnen aber: sehen, urteilen, verurteilen und überhaupt für die Zukunft keiner Entscheidungsfähigkeit mehr.

Ich möchte einige Gedanken zum Grundsätzlichen sagen: Wir wissen sehr genau, daß wir derzeit 30 Milliarden Schilling für die Energieimporte ausgeben. Wir haben bereits einmal 60 Milliarden Schilling ausgegeben, und es ist zum Angreifen nahe, daß die regenerierbare Energie, weltweit gesehen, 17 Prozent ausmacht, alles andere kommt aus dem fossilen Bereich; in Österreich sind es 25 Prozent, bereits 10 Prozent Biomasse. Das ist eine sehr dynamische Entwicklung. Ganz speziell in der Steiermark haben wir bereits vor über zehn Jahren begonnen, in der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft diesen Weg zu beschreiten. Wir wurden manches Mal belächelt und nicht ganz verstanden. Heute überschlagen sich die Fakten – denken wir an die Klimaveränderungen, die sich ergeben, und denken wir vor allem an die Energieleistung des steirischen Waldes. Es sind an die 5,3 Millionen Tonnen Erdöl, die jährlich zuwachsen im steirischen Wald, das ist eine gewaltige Menge, und ich glaube daher, daß dieser Weg für die Biomasse ein klarer Weg für die Zukunft ist. Wir haben in der Steiermark 35 solcher Anlagen in den letzten Jahren geschaffen, es sind drei Anlagen im Bau und 25 solcher Fernheizanlagen in der Steiermark in Gemeinden und Märkten sowie Ortschaften in Beratung beziehungsweise in Bearbeitung. Fast überall sind diese Wirtschaftskonzepte im regionalen Bereich mit solchen Energiekonzepten verbunden. Ich habe es selbst erlebt, so etwas umzusetzen in unserer Bezirksstadt Hartberg, wo ein sehr klares Signal der Ölmultis von sich gegeben wurde, daß zum Beispiel Shell, eine hundertprozentige WBG-Tochter, 100 Millionen investiert und selbst Energieflächen mehr als die Ackerfläche Westeuropas ausmachen.

Ich glaube daher, daß wir langfristig – und das möchte ich abschließend in den Raum stellen – auch diese Rahmenbedingungen für die regenerierbare Energie und für die Erhaltung unserer gesamten Erdatmosphäre alles unternehmen müssen. Es gibt nach dem heutigen Wissensstand ein sehr klares Konzept, über alle politischen Parteien und Interessensgruppen hinweg, eine Arbeitsgruppe zum Schutz der Erdatmosphäre, wo man vor allem versucht, ökonomische Anreize zu schaffen und vor allem unverträgliches Handeln damit belohnen möchte.

Und das Ziel ist vor allem, diese regenerierbaren Energiebereiche weiter auszubauen, nach wie vor die Biomasse, nach wie vor die Wasserkraft, die Sonnenkollektoren, die Fotovoltaik-Entwicklung. Eine ganz interessante Geschichte, in der Schweiz werden bereits die Lärmschutzwände beschichtet, und 300 Megawatt Strom wird aus diesem Stromprodukt erzeugt, genauso die Wasserstoffsolarenergie und die Windenergie. Das wird in der Zukunft eine sehr klare Schwerpunktarbeit sein. Und wir haben von der Landwirtschaft her nicht nur im Bereich der Bioenergie, was die Verbrennung und Wärmeversorgung betrifft, sondern vor allem auch im Treibstoffbereich mit dem Raps-Methyl-Ester diese Kreislaufwirtschaft mit der Folge einer vermehrten Fruchtfolge und einer Eiweißherzeugung kombiniert,

und daher ist für uns aus der Sicht der Land- und Forstwirtschaft die Innovationsförderung mit plus 30 Millionen Schilling auf Bundesebene und mit einer Aufstockung im Landesbudget ein sehr klarer Weg. Ich möchte das bei dieser Diskussion ebenfalls ausführen, weil wir vor allem die Motivation der positiven Beispiele brauchen, und nicht immer die Depression von solchen Ereignissen, von einer Hiobsbotschaft zur anderen eilend. Ich glaube, daß wir Geist, Fähigkeit, aber vor allem die innere Kooperationsbereitschaft in der breiten Bevölkerung entwickeln müssen, um für die Zukunft diese fundamentalen Grundlagen der Energieversorgung zu sichern und weiter auszubauen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (18.14 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde das kurz machen, ich muß nämlich den Beschlußantrag abgeben. Vielleicht darf ich aber nur kurz einige Bemerkungen hinzufügen. Ich glaube, die ganze Debatte hat eines aufgezeigt – dankenswerterweise auch –, daß man die gesamte Palette der steirischen Energiepolitik vor Augen geführt bekam, zumindest ansatzweise, und ich glaube, es ist unserem Landeshauptmann, dem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller im besonderen, und ich möchte auch dazusagen dem Energiebeauftragten, dem Dozenten Dr. Zankel, wirklich zu danken für das, was in den letzten Jahren hier gemacht wurde, weil zumindest partiell auch aufgezeigt werden konnte, daß wir österreichweit in einigen Bereichen uns wirklich am meisten anstrengen. Ich sage das in aller Zurückhaltung. Und Sie alle wissen, auf welch gefährlichem und schwierigem Pfad wir hier alle gemeinsam gehen. Ich glaube, gerade auch die Wortmeldungen der Kollegen Heibl – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – und Fredl Sponer haben gezeigt, was der eine Teil der Bevölkerung wirklich auch denkt und was die Leute besorgt macht und was die Leute zum Teil auch bestürzt. (Abg. Erhart: „Nicht der eine, sondern der größte Teil der Bevölkerung!“) Okay, das ist die eine Seite, ich möchte sie gar nicht quantifizieren. Ich möchte nur sagen, daß wir das alle gemeinsam sehr ernst nehmen. Ich möchte auch dazu sagen, damit es keinen Irrtum gibt: Ich halte das, was die sogenannten Besetzer da oben machen, auch für rechtswidrig, für nicht in Ordnung, und man muß sicherlich auch Wege im Sinne dessen finden, was Pörtl am Schluß gesagt hat – reden, denken, sehen –, aber dann muß man auch irgendwann einmal handeln, wenn einfach alle Möglichkeiten und alle Wege des Zuredens und des Überzeugens auch ausgeschöpft sind.

Ich möchte aber schon etwas Zweites auch dazu sagen. Ich glaube, daß gerade Fishing das falsche Objekt für eine an sich notwendige und richtige Diskussion ist. Ich bin dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sehr dankbar, daß er gerade in den letzten Tagen auch in einem Gespräch mit dem Kollegen Mag. Rader, mit dem Kollegen Trampusch und mir vereinbart hat, daß es in den nächsten Monaten eine sehr breite energiepolitische Debatte in diesem Land geben wird. Denn über eines sind wir uns auch klar. So wenig

es ein Weg sein wird, in Hinkunft ein Kraftwerk ums andere aneinanderzureihen, das wissen wir, das geht nicht mehr. Es hat keinen Sinn, und es ist auch nicht notwendig, weil Schüssel auch zitiert wurde. Er hat allerdings, bitte, das möchte ich schon der Wahrheit halber dazusagen, nicht gesagt, daß wir kein weiteres Kraftwerk mehr bauen sollen, er hat nur gesagt, wir haben an sich genug Kraftwerkskapazitäten. Jetzt bin ich da kein Sophist, nur, es ist ein großer Unterschied zwischen der einen und der anderen Aussage, denn er ist schon der Meinung – da möchte ich zum anderen Bereich kurz einen Satz noch sagen. Ich verstehe auf der einen Seite das, was die Frau Kollegin Kammlander, der Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber auch sagen, aus einem eher fundamentalistischen anderen Gesichtspunkt heraus. Ich teile aber nicht die Meinung, daß man sagen kann, wir brauchen überhaupt nichts mehr. Ich weiß auch nicht, warum die Frau Abgeordnete Kammlander fragt, wer kann heute wissenschaftlich nachweisen, was den Stromzuwachs ausmacht, wo er herkommt. Ich weiß nur, daß Stromzuwachs, zusätzlicher Bedarf leider gegeben ist. Ich sage dazu leider. Ich muß Politik für heute und auch für morgen machen. Ich kann nicht nur an übermorgen denken. Ich meine, gerade wenn ich mir die Entwicklung im Osten anschau, und wir wissen, daß das Waldsterben, über das wir heute auch gesprochen haben, natürlich zu einem Großteil ja von diesen gräßlichen Emissionen der Kraftwerke in Polen, in der ČSSR, in der DDR und so weiter auch zu uns herüberschwappt, dann muß es uns ja ein Anliegen sein, doch verantwortbar die Wasserkraft dort zu nutzen, wo es eben aus ökologischen Gesichtspunkten heraus zum Nutzen ist. Ich kann das nicht beurteilen. Ich bin kein Umweltwissenschaftler. Aber hier scheint es doch große Bemühungen auch innerhalb der STEWEAG und – ich muß sagen – der oft zu recht kritisierten österreichischen E-Wirtschaft insgesamt zu geben. Nur meine ich – zweiter Punkt –, wenn wir sagen, hin und wieder müssen wir ein bißchen Strom importieren auch: Ich weiß schon, daß wir ein Nettoexportland sind. Aber der importierte Strom kommt dann eben auch zum Teil aus Atomkraftwerken des Westens. Und das wäre ja auch doppelbödig, wenn ich sagen würde, ich nehme entweder den sehr „schmutzigen“ Strom aus dem Osten oder den Atomstrom aus dem Westen. Ich würde schon sagen – nur als Gedankenanstrengung –, es wäre auch zu überlegen, warum soll Österreich nicht ein Stromexportland sein in dem Bereich, wo der eben aus einer der saubersten Energiequellen herauskommt? Und das, lieber Freund Dr. Korber – ich weiß nicht, ob er noch da ist – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ja!“), lieber Seppi, schau, da gibt es von dir immer den Einwurf, 7 Schilling kostet der Strom (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Nicht der Strom, sondern ein kW erzeugte Leistung!“), und die Frau Kollegin Kammlander war bei 1,50 Schilling für die Kilowattstunde, die da oben erzeugt wird. Schau, ich will dir folgendes sagen: Ich weiß, ich kenne die Bilanzen der STEWEAG nicht, ich nehme an, du auch nicht. Das sind so Gerüchte, die in die Welt gesetzt werden. Wenn das stimmt, dann gehören die ja geschlossen eingesperrt dort alle miteinander. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Rechnung, die die Frau Kammlander heute aufgemacht hat, daß die im Tag dort ein Defizit von 25.000 Schilling produzieren, daß das auch nur annähernd stimmt. Das wäre

ja ein Wahnsinn, und da muß ich sagen, da müßte man wirklich mit allen Mitteln einschreiten. Aber ich nehme nicht an, daß der Sachverstand hier so wenig gegeben ist.

Ein Letztes dazu, wenn ich das noch anmerken darf. Ich könnte mir schon vorstellen, weil ich glaube, daß unsere Elektrizitätswirtschaftsgesellschaften alle, die Landesgesellschaften und die Verbundgesellschaft, natürlich ein besonders schlechtes Image aus der Entwicklung der siebziger Jahre heraus haben, daß wir diese Gesellschaften auch umwandeln und daß sie einen neuen Unternehmensauftrag bekommen. Minister Schüssel hat ja dazu auch die Weichen gestellt in Hinblick auf eine Satzungsänderung für die Verbundgesellschaft. Ich könnte mir schon vorstellen, daß auch die STEWEAG aufgefordert wird von uns allen, bitte einen Bereich – zum Beispiel Energiesparen – als Unternehmensfaktor auch bei sich einzuführen. Ich weiß, sie sind – es ist heute mehrfach genannt worden – auch sehr verdienstvoll tätig im Bereich der Energiesparberatung. Ich sage auch, das ist auf die Dauer zu wenig. Warum soll man hier nicht auch einen Unternehmenszweig aufmachen? Es gibt ja ausländische Beispiele. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von anderen Vorschlägen des Ministers Schüssel in diesem Zusammenhang, die ich jetzt im Detail nicht erwähnen möchte, die aber sehr sinnvoll wären. Ich meine nur, wir sollten hier wirklich nach Abwägung aller sehr gegensätzlichen Standpunkte doch zu einem kommen, daß man am Schluß auch sagt, es muß doch noch möglich sein bei aller Vorsicht, daß man ein paar Dinge in diesem Lande noch oder wieder mehr zusammenbringt. Dazu gehört nun einmal für mich – wie gesagt – auch der Bereich des Ausbaues der Wasserkraft im Sinne einer Substitution für andere Dinge. (Beifall bei der ÖVP.) Da bin ich nicht so hoffnungslos wie die Grünen.

Das Zweite, ich möchte es auch dazusagen, weil es natürlich auch zu diesem Bereich gehört. Wir haben ein Riesenproblem mit den Mülldeponien, und ich sage das hier auch ganz offen, weil es hier auch einige Male angesprochen wurde, selbstverständlich werden wir um eine thermische Müll-, ich sage einmal -behandlung jetzt nicht herumkommen. Ich weiß schon und nehme es sehr ernst, daß es Leute gibt, die eine andere fundamentalistische Position haben. Nur, wir haben ein gewisses Müllaufkommen – ich bin sehr dafür, daß wir darum kämpfen, Müllvermeidung, Müllvermeidung, Müllvermeidung. Aber es wird immer noch etwas überbleiben, und das müssen wir wegbekommen, sonst werden uns in zwei, drei Jahren die Leute fragen, was ist los, wohin damit?

Ich komme zum Schluß und möchte den Beschlußantrag unserer Fraktion übergeben, der lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemäß Paragraph 8 Absatz 2 der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 30. Jänner 1984, mit der ein Entwicklungsprogramm für Rohstoff- und Energieversorgung erlassen wird und dessen wichtigster Bestandteil der Landesenergieplan 1984 ist, zu prüfen, inwieweit wesentliche Änderungen in den Voraussetzungen eingetreten sind und daher der Landesenergieplan zu überarbeiten und neu zu erlassen sein wird.

Das ist unser Beschlußantrag – wer mitstimmen möchte, ist herzlich eingeladen; es wird eine große

Mehrheit sein! Ich danke herzlich. (Beifall bei der ÖVP. – 18.23 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (18.23 Uhr): Wir haben ja zwei Anträge, einen von der ÖVP und einen von der Opposition, wenn ich das so nennen darf!

Ihr regt euch völlig falsch und umsonst auf, wenn ihr glaubt, daß ich jetzt irgendwie meine Rede einschränke! Ich wollte nur kurz auf ein paar Argumente eingehen. Ich glaube, daß es nicht sinnvoll ist, mit einer Hütte da oben zu operieren und zu sagen, das sind Gesetzesbrecher (Abg. Zellnig: „Das sind sie ja!“), denn ich muß sagen, eine derart lächerliche – ja, aber es bedarf keiner besonderen technischen Kenntnisse, und es haben die Leute bewiesen, es ist kein einziger vom Baufach dabei, und trotzdem steht die Hütte! Das hat kein Baumeister gemacht! (Abg. Trampusch: „Das macht es noch nicht gesetzlich!“) Hängt euch nicht auf der Hütte auf, das ist lächerlich, und ich muß sagen, im Sinne des Naturschutzgesetzes passieren in der Steiermark mysteriöse Sachen. Ich gebe denen oben vollkommen recht, daß die Interessensabwägung nach dem Naturschutzgesetz einfach nicht gemacht wurde. Das heißt, wir beschließen hier im Landtag Gesetze, und ihr sagt dann, die sind Rechtsbrecher, und wollt selbst einen Rechtsbruch unterstützen! (Abg. Kanduth: „Ist es auch. Sie wurde widerrechtlich aufgestellt!“) Es ist auch im Ennstal die Interessensabwägung nicht untersucht worden. Der Bescheid von Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, über ein Naturschutzgebiet zu gehen, obwohl ein Umweltverträglichkeitsgutachten sagt, der Altbestand wäre besser auszubauen, ist auch ein Rechtsbruch, und dann regt ihr euch auf, wenn die Leute oben demonstrieren, und dann heißt es, nächstes Mal sind 1000 für die Ennstasse, und wir warten, bis man die zwei zusammen läßt, und dann haben damit auch noch alle eine Gaudi. (Abg. Kanduth: „Das wäre euer Ziel!“) So läuft das nicht! (Abg. Kanduth: „Wie läuft es dann?“) Daß man jetzt eine Energiewirtschaftlichkeitsbetrachtung abwartet! Wenn Kollege Dr. Hirschmann sagt, wenn das stimmt, was wir ihm heute vorgerechnet haben, gehören die alle „zum Teufel gejagt“, oder wie er gesagt hat, dann sind das alles Wahnsinnige, dann werden wir das einmal von den Herren Hochschulprofessoren, wie wir gesagt haben, beim Herrn Landeshauptmann als Vertreter der STEWEAG oder als Alleineigentümer – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Du bist im Irrtum!“) Mir gefällt das, wenn Sie sich so dagegen wehren! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie werden das nie begreifen!“) Sie sind aber trotzdem politisch voll verantwortlich, was bei der STEWEAG passiert! Ich gehe ja nicht auf Wortklaubereien ein, Sie, der Landeshauptmann, sind verantwortlich für das, was bei der STEWEAG passiert! Und ob ihr jetzt irgend welche juristischen Finkleien macht – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie begreifen das nicht. Das ist ein ganz klarer legistischer Tatbestand!“) nein, ich begreife das schon! Ich muß nur lachen, wie Sie sich wehren, wenn ich sage, Sie sind politisch für die STEWEAG allein verantwortlich. Freilich ist der, dem es gehört, verantwortlich. Sie können ja nicht die

Verantwortung an einen Aufsichtsrat abschieben. Nichts gegen den Kollegen Dr. Maitz, er ist ehrenwert, er hat im Immunitätsausschuß gesagt, es wird bewilligt. Ich bin immer für das, was ich vertrete, verantwortlich und kann nicht an einen Aufsichtsrat alles abschieben. Politisch, Herr Landeshauptmann, sind Sie verantwortlich für die STEWEAG. (Abg. Kanduth: „Du hast nie etwas verantwortet!“)

Du, ich bin in der Gemeinde Obmann vom Bauausschuß und habe sehr viel zu verantworten. Aber wegen einer solch lächerlichen Hütte da oben in Farrach würde ich dieses Theater hier nicht aufführen und sagen, die Leute gehören alle mit dem Wasserschlauch weggespritzt! Das ist ja keine Konfliktlösung in einem demokratischen Land! Energiewirtschaftskonzept – der Herr Kollege Dr. Hirschmann hat uns vollkommen recht gegeben –, ich gratuliere dir, Gerhard, wenn du sagst, die Zahlen, die wir dir auf den Tisch gelegt haben, wenn die stimmen, dann ist das ein Wahnsinn und gehören die Leute „zum Teufel gejagt“; über das werden wir reden, und zwar mit Professoren wie Schleicher und Raggam und in Anwesenheit von Landeshauptmann Dr. Krainer, weil ich glaube, Herr Landeshauptmann, der Herr Kollege Dr. Hirschmann ist ernst zu nehmen, die Aussage, die er trifft, ist von uns allen ernst zu nehmen, aber ihr seid die Mehrheitspartei und habt die politische Verantwortung in diesem Land. Und da werden wir einmal reden, bevor man mit dem Wasserschlauch herumspritzt! Ich danke! (18.28 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (18.28 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich bin für die Energiepolitik innerhalb der Landesregierung zuständig und in diesem Bereich mehrmals angesprochen worden. Daher erlauben Sie mir auch, daß ich zur heutigen Diskussion einen abschließenden Beitrag leiste.

Ich bin sehr froh, daß grundsätzlich in einer eher umfassenden Weise über Energiepolitik gesprochen wird. Ich sage ganz offen, daß mich in der Diskussion um Fischen vor allem eigentlich eines immer gestört hat und auch heute noch stört, daß das Thema Energiepolitik auf eine sehr schmale Basis eingengt wurde. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das war nur ein Denkanstoß, daß die Gehirnenergie eingeschaltet wird!“) Denn in Wirklichkeit – ich habe das auch schon oft genug gesagt, und ich wiederhole es – ist ein sehr großer Teil unserer gesamten Umweltprobleme, mit denen wir uns heute auseinanderzusetzen haben, im direkten Zusammenhang mit dem Verbrauch von Energie zu sehen. Meine Damen und Herren, wenn wir über Smog und Luftprobleme diskutieren, wissen wir heute, daß der allergrößte Teil der Luftschadstoffe bei der Verbrennung fossiler Energie entsteht. Daher kann man nicht das Thema so eng sehen, wie es zum Teil dargestellt wurde, sondern man muß den großen Zusammenhang sehen und auch den Bezug zur Frage Energie und Umwelt herstellen.

Zweite Feststellung: Wir müssen uns heute, ob wir es wollen oder nicht, mit der Treibhausproblematik aus-

einandersetzen. Das heißt, mit der Tatsache, daß die Erdatmosphäre in einem Maße durch Kohlendioxid angereichert wird, und wir es uns ausrechnen können, wann sich das Antlitz dieses Planeten Erde entscheidend verändert hat. Dies ist eine unmittelbar zusammenhängende Frage mit dem Energieverbrauch, und ich stelle mir drittens schon auch die Frage, was einmal sein wird, wenn die fossilen Energiere Ressourcen verbraucht sind und diese Möglichkeiten den nach uns kommenden Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen. Ich sage das deshalb, weil ich auch meine Position zur Frage der Wasserkraft noch einmal formulieren möchte. Ich habe immer erklärt – ich komme natürlich dann auf den Beitrag des Herrn Klubobmannes Trampusch zurück – und habe es auch heute in der Anfragenbeantwortung klar ausgedrückt, daß ich unter gewissen Voraussetzungen ein sehr klares Ja zum Ausbau der Wasserkraft sage, und zwar unter folgenden Voraussetzungen:

Erstens die ökologische Verträglichkeit. Das ist ein Gesichtspunkt, der einfach absolute Priorität hat, das heißt, es muß in jedem Fall abgewogen werden, ob der regionalwirtschaftliche Wert eines solchen Kraftwerkes die Schädigungen beziehungsweise den Eingriff überwiegt, denn jeder Eingriff in die Natur ist auch mit Schaden verbunden, ob also ein solcher Eingriff überwiegt oder ob die schützenswerten Ressourcen wichtiger sind.

Zweite Voraussetzung: Daß die Frage der Substitution fossiler Energie oder mit fossiler Energie erzeugten Stromes als Ganzes gesehen werden muß. Es ist heute mehrmals betont worden. Ich finde es einfach pharisäerhaft, wenn wir auf der einen Seite uns massiv gegen den Ausbau der Wasserkraft dort stellen, wo es vertretbar ist, und andererseits nichts daran finden – ich wiederhole das, was der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis gesagt hat –, wenn wir in einer zum Teil wirklich imperialistischen Weise jene Länder ausbeuten, die unter grauenhaftesten Bedingungen Strom erzeugen und auf die Einnahmen daraus angewiesen sind. Sie müssen sich einmal anschauen, was etwa in Nordböhmen passiert ist, wo unter furchtbarsten Bedingungen die gesamte Umwelt zerstört worden ist. Und bitte, meine Damen und Herren, die Frage muß man auch mitdenken. Für mich ist das auch eine moralische Frage.

Ich sage eine dritte Voraussetzung, bitte: Natürlich bedeutet der Ausbau der Wasserkraft meiner Meinung nach zwingend, daß wir auch die Tarifpolitik verändern müssen. Die derzeitige Situation ist im höchsten Maße unbefriedigend. Wenn also der Winterstrom, der unter sehr vielen aufwendigeren Bedingungen produziert wird, genauso teuer oder billig für den Konsumenten ist wie der Sommerstrom und ich damit im Prinzip eigentlich eine falsche Nutzung der hochwertigsten Energie forcieren, das ist der elektrische Strom für Heizzwecke, dann stimmt etwas nicht. Genau dort sind wir. Das heißt, wenn wir über den weiteren Ausbau der Wasserkraft diskutieren, dann nur unter der Voraussetzung, daß wir so schnell als möglich auch unsere Tarifpolitik verändern und dann die Kosten tatsächlich auch durchschlagen. Hier kann ich durchaus auch einigen Diskussionsbeiträgen recht geben. Wir müssen mit dem billigeren Sommerstrom etwas Vernünftiges anfangen. Ich kann nur sagen, da erwarte ich mir sehr

wohl auch beispielsweise von einem Unternehmen, wie der STEWEAG, daß sie sich intensiver etwa mit der Frage der Wasserstofftechnologie beschäftigt. Denn wir wissen heute, daß sie durchaus heute schon wirtschaftlich sein kann und wahrscheinlich wirtschaftlicher ist, als den Strom ganz billig ins Ausland zu verkaufen, daß es wirtschaftlicher sein wird, heute schon wirtschaftlicher sein wird, mit dem im Sommer im größeren Umfang verfügbaren billigen Wasserkraftstrom dann etwas Sinnvolles damit zu machen. Unter diesen Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, ist es durchaus vertretbar und sinnvoll, die Wasserkraft auszubauen, weil sie auch im Sinne unseres Energieplanes eine erneuerbare Energie und eine im Prinzip umweltfreundliche Energie ist. Unter diesen Voraussetzungen, meine Damen und Herren!

Und jetzt komme ich schon zum Beitrag des Herrn Klubobmannes Trampusch. Sie haben mich zitiert, und zwar meine Landtagsrede vom 26. Jänner 1986. Das ist richtig. Das war damals richtig und ist, ich sage es auch, in gewisser Hinsicht auch heute noch richtig, weil wir gerade damals, als diese Flut von Kleinkraftwerken eingereicht worden ist und wirklich Gefahr bestanden hat, daß wir unser Land zerstören, und zwar wirklich unter zum Teil unsinnigen Konditionen, im Naturschutzbeirat damals massiv dafür eingetreten sind, daß das Naturschutzgesetz hier geändert wird. Und es ist geändert worden, sonst könnten wir die Mitsprache des Naturschutzes gar nicht gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch der weitere Ausbau der Mur diskutiert worden. Damals hat der Naturschutz sich dazu bekannt. Ich glaube, daß das im Prinzip heute noch gilt, daß man nicht mehr zurückgreift auf die Mur in Bereichen, wo eine außerordentlich wertvolle und unberührte Landschaft, Flußlandschaft, gegeben ist, nämlich von Judenburg aufwärts. Damals ist von Naturschutzseite auch gesprochen und gesagt worden, daß man sich im Bereich Judenburg, Farrach, abwärts sehr wohl vorstellen kann, weitere Kraftwerke zu bauen. Das war sicher auch der Grund, und ich gehe schon davon aus, daß die Naturschutzbehörde im Rahmen ihres Bewilligungsverfahrens auch die Frage der Umweltverträglichkeit geprüft und abgewogen hat, sonst hätten sie das Kraftwerk nicht genehmigen dürfen.

Jetzt komme ich schon zum Kraftwerk Fösching selbst, meine Damen und Herren, weil es mir heute mehrmals – ich möchte fast sagen – zum Vorwurf gemacht wurde, daß ich eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben habe. Meine Damen und Herren! Die Vorgeschichte ist die – und da möchte ich sehr klar Stellung nehmen zum Herrn Abgeordneten Sponer, weil er gesagt hat, es geht um den Rechtsstaat –, daß ich anläßlich der Besetzung des Kraftwerkes, als der Auftrag an die Bezirkshauptmannschaft, die Baustelle zu räumen, ergangen ist, Rücksprache mit dem Herrn Sicherheitsdirektor gehalten habe, und es war seine Entscheidung gewesen und kann nur seine sein, weil ich nicht für den Einsatz der Exekutive verantwortlich bin. Ich habe ihm empfohlen, und dazu stehe ich, den Einsatz der Staatsgewalt nicht als erstes, sondern bitte wirklich als letztes Mittel anzusehen. Ich sage jetzt auch, warum. Meine Damen und Herren, wir gehen einer Zeit entgegen, wo es unendlich schwierig wird, überhaupt noch Entscheidungen durchzubringen.

Wenn ich heute in Fragen der Müllpolitik oder in anderen heiklen, sensiblen Bereichen der Umwelt sofort die Gendarmerie zu Hilfe rufen muß, dann können wir bitte uns schon ausmalen, wohin der Weg dann geht. Es wird ungeheuer schwierig sein. Wir werden es überhaupt nur schaffen können, wenn wir in diesen heiklen Fragen Konfliktlösungsmodelle entwickeln, die das Gespräch – ich möchte fast sagen – bis zur Erschöpfung einmal im Vordergrund sehen. Es kommt dann so der Punkt, wo man wahrscheinlich nie alle überzeugen wird können. Wenn dann Argument gegen Argument ausgetauscht worden ist, muß doch einmal entschieden werden. Meine Damen und Herren, ich sage auch jetzt etwas ungeschützt, und ich möchte es nicht allen Besetzern unterstellen – es sind viele oben, die wirklich aus Idealismus und Überzeugung dort sind –, aber es gibt auch welche, die ganz bewußt aus bestimmten Gründen ein zweites Hainburg machen wollten. Herr Abgeordneter Zellnig, es ist alles in diese Richtung programmiert gewesen, damit Sie sich auch keine Illusionen machen. Es ist das Fernsehen oben gewesen, alle Zeitungsjournalisten, und Sie können sicher sein, daß mit dem Einsatz der Staatsgewalt am nächsten Tag nicht nur zehn oder 20 dort gesessen wären, sondern daß die Identifikation mit den Besetzern zu dem Zeitpunkt sehr groß gewesen wäre. Dann hätten wir das zweite Hainburg gehabt, und dann wäre Fischenz ganz sicher nicht mehr baufähig gewesen. Jetzt auch ein klares Wort, bitte, die Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht von mir erbeten worden, sondern von den Konsenswerbern. Ich lese Ihnen das vor, weil der Herr Abgeordnete Trampusch gemeint hat, das sei von mir sozusagen in Diskussion gebracht worden. (Abg. Zellnig: „Darf ich einen Zwischenruf machen? Bei dieser Besichtigung ist der Herr Bezirkshauptmann anwesend gewesen und hat erklärt, daß vom Gewerbeamt her alle Bedingungen erfüllt sind und daß jeder, der sich entgegenstellt, gegen das Gesetz ist. Wem soll man glauben?“)

Herr Abgeordneter, darf ich das vielleicht einmal darstellen, dann können wir ruhig nachher weiterdiskutieren. Ich habe ein Schreiben vom 11. Dezember 1989 hier, das ist der mündlichen Bitte vom Vorstand der STEWEAG nachgekommen, und da steht folgendes drinnen, meine Damen und Herren: „Sehr geehrter Herr Landesrat! Die STEWEAG hat alle für die Errichtung des Kraftwerkes Fischenz erforderlichen Genehmigungen erwirkt, wobei bei der Planung besonders auf ein umweltfreundliches und naturnahes Projekt geachtet wurde. Alle hiefür eingebrachten Gutachten und Ausarbeitungen von namhaften Sachverständigen wurden bereits diesem Behördenverfahren zugrunde gelegt.“ Da ist der eigentliche Unterschied zu Hainburg, weil hier wirklich alle Genehmigungen vorgelegen haben. Ich zitiere weiter: „Da bekanntlich eine alternative Gruppe in den vergangenen Tagen unsere Baustelle besetzt hat, hat die STEWEAG neben der Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten auch Gespräche mit den Baustellenbesetzern geführt, die ein unabhängiges Gesamtgutachten fordern. Wir dürfen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nunmehr mit dem schriftlichen Ersuchen herantreten, innerhalb einer kurzen Frist ein unabhängiges Gesamtgutachten über das Kraftwerk Fischenz erstellen zu lassen. Dieses Gutachten, das allerdings

die bescheidmäßigen Rechte der STEWEAG nicht beeinflussen kann, soll im besonderen die umweltspezifischen Probleme berücksichtigen und die bereits vorliegenden Bescheide, deren Auflagen und Gutachten einbeziehen.“ Meine Damen und Herren, auf Grund dieses Ersuchens habe ich mich bereit erklärt, ein solches Gutachten machen zu lassen – und ich sage Ihnen auch etwas: kein Alibigutachten. Das werden Sie von mir nie bekommen! Sondern ich habe mir ein Institut ausgesucht, von dem ich ausgehen kann, daß es ganz seriös ist und daß es sich ohne irgend welche Vorgaben den eigenen Weg und das eigene Urteil findet. Daher kann ich nur sagen: wenn jener, der alle Rechte erworben hat, zeitweise auf die Ausübung seiner Rechte verzichtet, hat das mit Rechtsbruch nichts zu tun. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Bleibt nicht im Raum stehen, daß es in der Steiermark keine unabhängigen Gutachter und Gutachten gibt?“) Ich habe Ihnen das heute, Herr Abgeordneter Trampusch, sehr klar gesagt, warum ich auf die Schweizer zurückgegriffen habe: weil ich das höchstmögliche Maß an Objektivität haben wollte. Das ist der einzige Grund gewesen; wir haben sicher auch in Österreich Gutachter, die das auch können, das ist überhaupt keine Frage, aber es ist mir schon darum gegangen, daß wir hier im höchstmöglichen Maß eine solche Stellungnahme objektiv und unbeeinflusst erstellen lassen.

Meine Damen und Herren, das Weitere ist bekannt. Herr Abgeordneter Trampusch, Sie haben recht, das Gespräch mit den Besetzern ist nicht einfach. Ich möchte mir immer alle Seiten anhören und auch die Besetzer, das ist meine Philosophie. Sie sind zu mir gekommen, es war deren Wunsch, und ich habe das mit ihnen besprochen. Die Damen und Herren sitzen hier im Haus, mit ihnen haben wir ganz vernünftig reden können. Offensichtlich gibt es aber auch innerhalb der Besetzer unterschiedliche Gruppierungen, die sich dann anders entschieden haben, als wir es eigentlich ins Auge gefaßt hatten.

Vielleicht doch noch etwas zur Frage Energieplan: Herr Abgeordneter Trampusch, eigentlich hat es mich ein bißchen gestört und auch gewundert, daß Sie heute versucht haben, unser Vorhaben einer Enquete lächerlich zu machen. Ich muß davon ausgehen, ich nehme Sie ernst, wir haben das gemeinsam besprochen, ich habe Sie eingeladen, mit uns, mit allen Parteien zusammen, eine Enquete zur Energiepolitik in der Steiermark zu machen – dann kann ich es aber nicht lächerlich machen! (Abg. Trampusch: „Ich finde das im Modell Steiermark immer irgendwie nachträglich. Dem wollte ich vorbeugen!“)

Ich danke für das Stichwort! Ich sage Ihnen auch, und ich habe das begründet, entweder haben Sie das nicht gehört oder nicht hören wollen: Der Ausgangspunkt für die energiepolitische Diskussion ist ein sehr klar vorbestimmter. Der Herr Landeshauptmann hat es in seiner Anfragebeantwortung heute gesagt. Wir haben im Jahr 1984 einen Landesenergieplan verabschiedet und haben uns damals dazu verpflichtet, das entspricht etwa unserer Planungsphilosophie, nach fünf Jahren zu überprüfen, ob die Voraussetzungen eines solchen Energiekonzeptes noch stimmen. Das heißt, im Jahr 1989 sind die fünf Jahre abgelaufen. Es ist bekannt, daß der Herr Landeshauptmann mich beauftragt hat,

hier die Vorarbeiten für eine Überprüfung und Fortschreibung einzuleiten, und ich habe es jedenfalls so gehalten und werde es auch in Zukunft so halten, daß so entscheidende Fragen nicht am „grünen Tisch“, sondern breit diskutiert werden. Das war genau der Punkt, wo wir in der entscheidenden Phase der Erstellung des Energieplanes sind, also in der Fortschreibung, und ich sehe es als meine Verantwortung, mit Ihnen zusammen und mit allen jenen, die Interesse an der Energiepolitik haben, ein solches Thema zu diskutieren. Das ist der eine Gesichtspunkt. Der zweite ist der, daß gerade jetzt – und das paßt auch ganz gut herein – die Bundesregierung ein energiepolitisches Konzept vorgelegt hat, das in den Grundzügen durchaus bejaht werden kann, aber in einzelnen Punkten diskussionswürdig ist, das aber für uns sehr entscheidende Auswirkungen hat, weil letztendlich die politischen Rahmenbedingungen für die Energiepolitik nicht in der Steiermark, sondern auf Bundesebene getroffen werden. Daß wir dann beides zusammen, Diskussion der Fortschreibung des Energieplanes und Diskussion des bundespolitischen Energiekonzeptes, zusammenbinden, ist, glaube ich, sehr logisch und vernünftig. Wir haben auch vor – und ich bin sehr froh darüber, sofort mit allen Parteien das Einvernehmen erzielt zu haben –, daß wir gemeinsam dieses Thema diskutieren. Ich glaube, daß der Anlaß Fischenich auch ein wenig dazu beigetragen hat, weil er die Wasserkraft ins Gerede gebracht hat. Wenn Sie mir bitte so etwas vorwerfen, werde ich es aushalten, glaube aber, daß es sinnvoll ist, daß wir dieses Thema gewissenhaft und umfassend genug diskutieren.

Abschließend möchte ich nur noch sagen: Ich bin eigentlich schon sehr betroffen, wenn der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber immer versucht, einen so hochqualifizierten Mann wie Univ.-Doz. Dr. Zankel – ich könnte mir keinen besseren vorstellen – abzuwerten, indem er ihn sozusagen zum „Knecht der STEWEAG“ deklariert – das sind unfaire Methoden, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, ich lasse mich nicht von Ihnen aus dem Konzept bringen, ich darf Ihnen nur sagen, daß der Herr Dr. Zankel, wie der Herr Landeshauptmann es angekündigt hat, mir den ersten Entwurf des Berichtes über die Durchführung des Maßnahmenkataloges Energieplan 1984 vor wenigen Tagen vorgelegt hat. Sie werden ihn, auch wenn er nicht mehr Entwurf, sondern endgültige Fassung ist, bekommen. Ich werde mir ersparen, jetzt den ganzen Katalog durchzugehen – es ist eine bemerkenswerte Geschichte, nämlich nicht nur als Arbeit, sondern auch ein bemerkenswerter Rechenschaftsbericht im Hinblick auf die Energiepolitik des Landes. Ich habe natürlich auch Verständnis, ich bin lange genug auch unten auf den Bänken gesessen, daß man hier versucht, aus unterschiedlicher parteipolitischer Position heraus zu kritisieren. Das ist auch eine Aufgabe der Politik, aber ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, das, was in der Steiermark an energiepolitischen Weichenstellungen getroffen worden ist, ist sicherlich in Österreich einmalig. Ich möchte nur sagen, Stabilisierung des Energieverbrauchs – Herr Abgeordneter Trampusch, ich habe die Ziffern hier, ich kann sie Ihnen nennen, weil Sie auch den Energieplan zitiert haben, Stabilisierung des Energieverbrauchs ist damals drinnengestanden, Zunahme des elektrischen

Anteils. Das stimmt genau, wenn man 1984 mit 1988 vergleicht, ist es so, daß beim Primärenergieeinsatz wir im Jahr 1984 157 Betajoule in der Steiermark eingesetzt haben und im Jahre 1988, das ist allerdings eine vorläufige Ziffer, 154 Betajoule. Ich will nicht sagen, daß das jetzt nur ein Verdienst des Energieplanes ist, aber die Zielvorgabe hat gestimmt, das heißt, es ist gelungen, den Gesamtenergieeinsatz zu stabilisieren. Natürlich, und das ist auch richtig, daß der Anteil des elektrischen Stroms zugenommen hat von 7,3 Prozent auf 11,3 Prozent.

Aber, damit bin ich beim nächsten Punkt. Hier möchte ich das nur unterstreichen, was Präsident Pörtl gesagt hat. Es ist ja kein Zufall, bitte, daß bei uns die Biomasse zugenommen hat. Herr Abgeordneter Trampusch, Sie haben mit Recht moniert, daß die Ziffern nicht ganz stimmen, daß Sie etwas anderes haben. Ich habe jetzt jene, die auf Grund der Energiedatenbank letzter Stand sind. Wir sind sogar besser, als im vorjährigen Konzept enthalten ist. Der Anteil der Biomasse hat vom Jahre 1983 von 9 Prozent an Primärenergieeinsatz auf 13 Prozent zugenommen. Das heißt, wir haben diesen Anteil enorm steigern können, und wenn wir heute in Österreich auf dem Gebiet führend sind, ist es auch kein Zufall.

Fernwärmeausbau! Ich habe gestern den Beschluß der Landesregierung vorstellen können, daß wir hier ganz gezielt, meine Damen und Herren diese Energieform ausbauen, weil sie über die Kraftwärmekupplung auch einen hohen Wirkungsgrad hat und damit auch die Energie besser genutzt werden kann. Das Land Steiermark hat 110 Millionen im Rahmen der Sonderförderung zum Smogabbau zur Verfügung gestellt. 27 Millionen sind bereits in Anspruch genommen. Wir werden weitere 100 Millionen für den Fernwärmeausbau in der ganzen Steiermark zur Verfügung stellen. Das sind, bitte, meine Damen und Herren, durchaus sehr klare Akzente, die natürlich auch nicht Zufall sind, sondern politische Weichenstellungen, die getroffen worden sind. Ich bin auch mit ihnen d'accord, daß wir uns noch sehr viele Gedanken über einen besseren Energieeinsatz machen müssen, über eine bessere Nutzung der zur Verfügung gestellten Energie. Da hat Minister Schüssel ein sehr kluges Wort gesagt, nämlich, wir müssen den Wirkungsgrad erhöhen. Wir werden vielleicht manche Kraftwerkskapazität besser nutzen können, wenn wir den Wirkungsgrad etwas erhöhen können.

Meine Damen und Herren, auch die Frage der Wärmedämmung ist angesprochen worden. Wir haben viele Millionen Wohnbauförderungsmittel zur Verfügung gestellt, um hier mit der Energie sparsamer umzugehen. Das ist mit auch einer der Gründe, daß wir überhaupt eine solche Bilanz aufweisen können.

Ich komme schon zum Schluß, meine Damen und Herren, auch wenn es hier heute manch kontrover-sielle Position gegeben hat, so glaube ich trotzdem, daß wir uns hier im Interesse dieses Landes darum bemühen sollen – ich bin überzeugt, daß wir es auch werden –, gemeinsam die nächsten fünf oder zehn Jahre Energiepolitik mehr oder minder nicht nur zu diskutieren, sondern anzusteuern. Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen für Ihre Beiträge, für die Bereitschaft, an dieser Diskussion in den nächsten Wochen und Mona-

ten mitzuwirken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Es liegen mir zwei Beschlußanträge vor, und zwar erstens: Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meyer, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, und zweitens: Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Grillitsch und Kröll.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich lasse in folgender Reihenfolge abstimmen: erstens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meyer, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Grillitsch und Kröll.

Ich komme zur Abstimmung: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Mag. Rader, Weilharter, Sponer, Erhart, Franz Ofner, Heibl, Schrittwieser, Vollmann, Meyer, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber ihre Zustimmung erteilen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zum Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Maitz, Grillitsch und Kröll. Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

16. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 772/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Schrammel, Kröll und Pußwald, betreffend die Abhaltung von Bausprechtagen in den steirischen Gemeinden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Kröll. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröll (18.58 Uhr): Die genannte Einlagezahl 772/3 der soeben genannten Abgeordneten hatte die Abhaltung von Bausprechtagen in steirischen Gemeinden zum Inhalt. Ich darf hier berichten, daß die Landesregierung, Rechtsabteilung 3, die Bezirkshauptmannschaften, die Baubezirksleitungen und die Gemeinden selbst seit dieser Antragstellung eine Reihe von Hilfestellungen eingeführt und beschlossen haben, und ich ersuche namens des Gemeinde-Ausschusses um Annahme. (18.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

23. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Einl.-Zahl 963/1, Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes für Strafsachen Graz, betreffend den Landtagsabgeordneten Dr. Candidus Cortolezis, gemäß Paragraphen 111 Absätze 1 und 2, 115 Absatz 1, 116, 117 Absätze 1 und 2 StGB.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz (18.59 Uhr): Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das gegenständliche Auslieferungsansuchen wurde im Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß eingehend beraten und folgender Antrag einstimmig beschlossen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Es besteht ein Zusammenhang zwischen den dem Abgeordneten Dr. Cortolezis im Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Graz auf Auslieferung vom 28. Dezember 1989 zur Last gelegten Handlungen mit seiner politischen Tätigkeit. Es wird die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung nicht erteilt. (19 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Präsident Wegart: Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 22, betreffend erste Lesungen.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat der Präsident, wenn in einem selbständigen Antrag von Mitgliedern die Vornahme einer ersten Lesung verlangt wird, diese auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen zu setzen. Bei dieser ersten Lesung erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 3 findet bei der Begründung selbständiger Anträge eine Wechselrede nicht statt. Jedoch dürfen gemäß § 29 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Anträge darüber gestellt werden, ob der Antrag einem schon bestehenden oder einem erst zu wählenden Ausschuß oder der Landesregierung zugewiesen werden soll.

In den nun folgenden Anträgen haben die Antragsteller beantragt, nach Vornahme der ersten Lesung die Anträge der Landesregierung zuzuweisen.

Ich komme nun zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 20, betreffend die Anträge auf erste Lesung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber.

17. Antrag, Einl.-Zahl 897/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die behördliche Untersagung der Benützung und des Betriebes des Asphaltwerkes der Baufirma Granit Ges. m. b. H. in der Grazer Frischluftschleuse Andritz-Weinitzen; erste Lesung.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.01 Uhr) Herr Präsident!

Ihre Einleitung ist länger als meine erste Lesung, denn ich kann Ihnen mitteilen, daß nach neun Mona-

ten gewissenhafter Überprüfung von Langsamdenkern festgestellt wurde, daß nach dem gesetzlichen Zustand, der in der Gewerbeordnung drinnensteht, kein Betrieb erlaubt ist und daher dieses Werk seitens der Gewerbebehörde geschlossen werden mußte. Ich danke. (19.01 Uhr.)

Präsident: Ich bitte, zum Tagesordnungspunkt 18 fortzusetzen.

18. Antrag, Einl.-Zahl 898/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Feststellung, inwieweit die bewilligte Deponiefläche in Halbenrain von acht Hektar durch unbewilligte Maßnahmen im Freiland nach dem Raumordnungsgesetz und durch Rodungen bereits überschritten ist; erste Lesung.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.02 Uhr): Ich setze mit dem Tagesordnungspunkt 18, betreffend die Feststellung, inwieweit die bewilligte Deponiefläche in Halbenrain von acht Hektar durch unbewilligte Maßnahmen im Freiland nach dem Raumordnungsgesetz und durch Rodungen bereits überschritten ist, fort. Ich habe bereits das letzte Mal festgestellt, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller bestätigt hat, daß die Rodungen bereits das widerrechtliche Ausmaß erreicht haben beziehungsweise nach der Sondernutzung im Freiland die bewilligten acht Hektar überschritten sind. Inwieweit die unbewilligten und gesetzwidrigen Schüttungen stattfinden, weiß ich nicht, glaube aber, daß wir, wenn das nach längerer Zeit wieder in den Ausschuß kommt, auch hier eine befriedigende Antwort vorfinden werden. (19.02 Uhr.)

Präsident: Tagesordnungspunkt 19.

19. Antrag, Einl.-Zahl 899/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Untersagung des weiteren Sprengbetriebes und der widerrechtlich gebauten Asphaltanlage der Firma Kern im Annagraben wegen Gesundheitsgefährdung und Gefahr für das Eigentum von Staatsbürgern; erste Lesung.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.03 Uhr): Ich möchte hier festhalten, daß wir durch eine Luftbildaufnahme bereits bestätigt haben, daß die Firma Kern im Freiland ohne forstrechtlichen Rodungsbescheid etwa 40 Prozent ihres zugesagten Steinbruchbetriebes überschritten hat, und zwar in einer Richtung, daß durch Sprengmaßnahmen, Großraumsprengungen, bereits Gebäudeschäden aufgetreten sind, bereits die Versicherung Zahlungen anbietet und daß diese widerrechtlichen Sprengmaßnahmen auf eine gesetzwidrige Überprüfung des Steinbruchbetriebes beziehungsweise auf keine Überprüfung des Steinbruchbetriebes zurückzuführen sind und daher nach dem Raumordnungsgesetz der zuständige Bürgermeister der Gemeinde Weinitzen die volle Verantwortung und Haftung für diese bereits aufgetretenen Schäden übernehmen soll und zu übernehmen hat, und weil sich die Menschen gefährdet fühlen, diese Sache auch ein Fall für die Staatsanwaltschaft sein sollte. Dieser Sachverhalt ist an die Aufsichtsbehörde weitergegangen, und vielleicht folgt hier, so wie bei der Sache Granit, eine zweite Anzeige an die Staatsanwaltschaft.

Was die Gesundheitsgefährdung betrifft, halten wir am Gutachten der Landessanitätsdirektion fest, und es wurde mit 24. November 1989 wieder eine eindeutige Gesundheitsgefährdung durch diesen widerrechtlichen Betrieb einer Bitumenheißasphaltemischanlage bestätigt. Das betrifft nicht nur die Firma Kern, sondern auch die Firma Granit. Es ist eine Farce, in Graz von einer Sanierung des Luftgebietes zu reden, wenn genau in jenen Gebieten, wo die Frischluft aus dem Schöcklgebiet nach Graz einströmt, durch düsenartige Emissionen dieses Gebiet praktisch ununterbrochen belastet wird und wenn von beiden Betrieben bis zu 35.000 Kubikmeter pro Stunde verheizt werden, aber nicht nur verheizt werden, sondern mit Schwefel, Stickoxid, Ozon belastet werden, hier auch Ultragifte wie auch Dioxine zu vermuten sind, da bei Bitumen auch Chloride beigemischt werden, damit es nachher härter wird. Auch die Benzpyräne sind krebserregend, es gibt auch gar keine Grenzwerte für solche Anlagen, weil überhaupt keine Benzpyräne herauskommen dürfen. Die ganze Situation ist eine Inversionswetterlage. Man kann von den Grenzwerten deshalb nicht reden, weil sich die sogenannten Giftstoffe aufsummieren und daher die Belastung so groß wird, daß dort Kinder nicht einmal mehr einen ruhigen Schlaf finden können. Hier ist die Situation so, daß man wirklich nur sagen und alles bestätigen kann, daß die Anlagen aus diesem sensiblen Gebiet von Graz hinauskommen, zumal sie weder eine Widmungsbewilligung oder Baubewilligung haben, noch bei Granit eine gewerberechtliche Bewilligung vorliegt. Es hat gestern eine Widmungsverhandlung stattgefunden, und es ist aufgebrochen, daß es dort andere Umweltskandale gibt, wie Fasslagerungen von Bitumen, von Teer, von geplatzten Fässern, und es wurde auch gestern eine Anzeige bei der zuständigen Wasserrechtsbehörde beziehungsweise bei der Gemeinde als Baupolizei erstattet.

Das zu Punkt 19, es war etwas ausführlicher. (19.07 Uhr.)

Präsident: Punkt 20.

20. Antrag, Einl.-Zahl 932/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend den gesicherten Nachweis des Ultragiftes „Dioxin“ bei Gewerbebetrieben; erste Lesung.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.07 Uhr): Hier kann ich auf die Antwort des Herrn Umweltlandesrates Dipl.-Ing. Schaller verweisen, daß nach Aussagen der Gewerbebehörde das kaum möglich ist, weil es zu aufwendig, zu kostspielig ist und weil die nötigen Geräte derzeit in der Steiermark nicht zur Verfügung stehen. Diese Aussage geht für mich in die fahrlässige Allgemeingefährdung von Wasser, Boden und Luft. Die Dioxine sind ein Ultragift, und wenn sie auch nur derzeit in Spuren emittieren, vor allem bei der Verbrennung von chlorhaltigen Schlammern, wie in Pöls, dann summiert sich das im Boden auf wie DDD, und wir wollen ja nicht, daß, wie in Seveso, einmal der ganze Boden abgeschoben werden muß und in eine große Dioxindeponie kommt.

Daher ersuche ich den Herrn Landeshauptmann, der Gewerbebehörde, der Frau Klasnic, zu sagen, daß die

Dioxine selbstverständlich überprüft werden und daß hier in Zukunft und demnächst eine Möglichkeit besteht, auch in der Steiermark diese Ultragifte zu messen, um nicht immer als das „kleine Bergvolk hinter den Alpen“ von Wien abhängig zu sein. Diese Meßstelle bedarf sicher einer einmaligen Investition aus dem Umweltlandesfonds, aus Steuergeldern, aber dann haben wir wenigstens den Vorwurf nicht mehr, daß wir das nicht einmal messen können, Frau Landesrat! Ich würde wirklich ersuchen, daß Sie mit Hochschulp Professoren, mit Chemikern reden (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Eine Messung kostet zwischen 150.000 und 200.000 Schilling!“) Ja, der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sagt vollkommen richtig, eine Messung in Wien kostet zwischen 150.000 und 200.000 Schilling. Das ist sicher eine gewaltige Summe, weil man es ja machen lassen muß. Ich kenne zum Beispiel auch Honorare von Professoren in Deutschland, die verlangen für eine Messung eine Million Schilling. Das können Sie auch haben! Daher ist bestätigt, daß wir das demnächst selber brauchen, damit wir eine Wassermessung, eine Grundwassermessung, eine Abwassermessung auch mit einem anständigen Preis machen können. Wenn man dazu 5000 bis 20.000 Schilling braucht, ist das zu verantworten, und daher ist die Einrichtung einer Möglichkeit, vor allem in Graz überprüfen zu lassen – der Herr Dr. Strenitz ist Gesundheitslandesrat –, wichtig. Wir wollen, daß die Leute gesund bleiben und nicht sozusagen dann von Ihnen behandelt werden müssen. Wichtig ist vorbeugender Umweltschutz, vorbeugender Gesundheitsschutz – Umweltschutz ist heute ja großteils schon Menschen-schutz. Bitte unterstützen Sie das, Frau Landesrat Klasnic, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Herr Landeshauptmann, Sie werden doch zusammenbringen, daß man in der Steiermark Dioxin messen kann! Ich danke! (19.08 Uhr.)

Präsident: Da keine anderslautenden Anträge eingebracht wurden, weise ich diese Anträge der Landesregierung zu.

Nun komme ich zu den Tagesordnungspunkten 21 und 22, betreffend Anträge auf erste Lesung der Frau Abgeordneten Gundi Kammlander. Das ist der Antrag, Einl.-Zahl 930/1, sowie der Antrag, Einl.-Zahl 931/1. Ich sehe, die Frau Abgeordnete ist auf dem schnellsten Weg zum Rednerpult. Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen zur Begründung der Anträge das Wort.

21. Antrag, Einl.-Zahl 930/1, der Abgeordneten Gundi Kammlander, betreffend die Überprüfung der Marktgemeinde Spielberg gemäß der Bestimmung des Artikels 127 a Absatz 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) durch den Bundesrechnungshof; erste Lesung.

22. Antrag, Einl. Zahl 931/1, der Abgeordneten Gundi Kammlander, betreffend die ausreichende Dotierung des Ausstellungssubthemas „Frauensport“ bei der 1991 in Mürzzuschlag stattfindenden Landesausstellung „Sport und Spiel“; erste Lesung.

Abg. Kammlander: Ich verzichte.

Präsident: Die Frau Abgeordnete verzichtet.

Da keine anderslautenden Anträge eingebracht wurden, weise ich diese Anträge der Landesregierung zu.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft und die Herbsttagung 1989/90 beendet.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.10 Uhr.)